
Beschäftigungstrends 2009

Niedersachsen

Auswertung des IAB-Betriebspanels 2009 für das
Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

durch die

Forschungsstelle Firmenpanel der Leibniz Universität Hannover

Bearbeiter: Knut Gerlach, Vanessa Lange, Wolfgang Meyer und Luca Rebeggiani

April 2010

Forschungsstelle Firmenpanel Niedersachsen
Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
Kontaktadresse: Wolfgang Meyer
Königsworther Platz 1, 30167 Hannover
Telefon 0511 - 7624587
E-Mail: meyer@sopo.uni-hannover.de

Kooperationspartner:
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

Inhaltsverzeichnis:

0	In aller Kürze.....	2
1	Betriebspanel als Informationsquelle.....	7
2	Betriebs- und Beschäftigungsstruktur und -entwicklung	12
2.1	Entwicklung 2000 bis 2009 insgesamt.....	12
2.2	Struktur und Entwicklung nach Branchen	17
2.3	Struktur und Entwicklung nach Betriebsgrößenklassen	19
2.4	Struktur und Entwicklung nach Betriebsalter, -typ und Rechtsform.....	23
2.5	Struktur und Entwicklung nach Regionen	26
3	Personalstruktur.....	29
3.1	Tätigkeitsgruppen.....	29
3.2	Mini- und Midi-Jobs	31
3.3	„1-Euro-Jobs“	33
3.4	Teilzeitbeschäftigung.....	33
3.5	Befristete Beschäftigung.....	34
3.6	Aushilfen, Praktikanten, freie Mitarbeiter und Leiharbeitskräfte	39
4	Personalpolitik.....	43
4.1	Einstellungen, Abgänge und Personalsuche	43
4.2	Betriebliche Ausbildung.....	51
4.3	Fort- und Weiterbildung.....	60
4.4	Arbeitszeit, Arbeitszeitkonten, Überstunden und Kurzarbeit	68
5	Wirtschaftliche Lage.....	74
5.1	Geschäftsvolumen und Produktivität	74
5.2	Ertragslage.....	78
5.3	Investitionen	80
5.4	Innovationen.....	85
5.5	Öffentliche Förderung.....	88
5.6	Standortfaktoren.....	89
5.7	Tarifbindung, übertarifliche Bezahlung, betriebliche Bündnisse, Kapital- und Gewinnbeteiligung	93

0 In aller Kürze

Erwerbstätigkeit:

Die Betriebsbefragung fand in den Monaten Juni bis September des vergangenen Jahres statt und folgte damit dem stärksten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Da die Arbeitsmarktentwicklung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung üblicherweise mit Verzögerung folgt, musste mit einem deutlichen Rückgang der Erwerbstätigkeit gerechnet werden. Erfreulicherweise trat dies nicht ein. Der seit 2005 vorherrschende positive Trend setzte sich auch 2009 fort, wenngleich mit schwächeren Zuwächsen. Das Wachstum wurde zwar wieder vor allem von der geringfügigen Beschäftigung getragen, aber – mit Ausnahme der Beamten – verzeichneten alle Teilgruppen, insbesondere auch die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, positive Änderungsraten. Wachstumsimpulse gehen dabei von einem knappen Viertel der Betriebe aus, denen allerdings ein nur etwas kleinerer Anteil an schrumpfenden Betrieben gegenübersteht. Beschäftigungsverluste traten vor allem im Verarbeitenden Gewerbe bzw. bei exportorientierten Betrieben auf, da diese von der Wirtschaftskrise überproportional betroffen waren. Auch das Baugewerbe hat wieder Personal abgebaut. Der Bereich Handel und Reparatur zeichnete sich dagegen für alle Beschäftigungsgruppen durch Zuwächse aus. Das gleiche gilt für mittelständische Betriebe. Bei regionaler Differenzierung zeichnet sich erneut der ehemalige Regierungsbezirk Weser-Ems positiv aus. Für die Entwicklung von 2009 auf 2010 sind die meisten Betriebe verhalten optimistisch, d.h. sie rechnen mit einer konstanten oder steigenden Zahl an Erwerbstätigen.

Personalstruktur:

Die Personalstruktur niedersächsischer Betriebe blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant: Etwa ein Fünftel der Beschäftigten ist mit einfachen Tätigkeiten betraut, also deutlich weniger als noch vor zehn Jahren, der Rest übt qualifizierte (60 Prozent) bzw. hochqualifizierte (12 Prozent) Tätigkeiten aus. Frauen sind bei einfachen Tätigkeiten über- und bei hochqualifizierten Tätigkeiten wie bei tätigen Inhabern/Vorständen weiterhin unterrepräsentiert. Die Umstrukturierung von Vollzeitbeschäftigung in Dauerjobs zu einer stärkeren Nutzung von befristeter Beschäftigung, Teilzeitbeschäftigung und geringfügiger Beschäftigung hat sich 2009 nicht durchgängig fortgesetzt. Geringfügige Beschäftigung hat leicht zugenommen, andere Formen haben eher auf dem Vorjahresniveau stagniert. Betriebe nutzen die geringfügige Beschäftigung vor allem aufgrund der höheren Flexibilität und des geringen Umfangs der Tätigkeiten. Befristet Beschäftigte werden vornehmlich als flexible Randbelegschaft genutzt, mit der auf Nachfrageschwankungen reagiert wird.

Einstellungen, Abgänge und freie Stellen:

Entsprechend der positiven Gesamtentwicklung ist die Zahl der Einstellungen im 1. Halbjahr auch 2009 höher als die der Abgänge, und zwar um 18.000. Für Frauen ist die Entwicklung etwas günstiger als für Männer, denn sie stellen einen überproportionalen Anteil an den Einstellungen und einen unterproportionalen an den Abgängen. Die Krise ist – trotz insgesamt steigender Erwerbstätigkeit – doch spürbar, da bei gegenüber dem Vorjahr etwa gleicher Zahl von Abgängen die Einstellungen zurückgegangen sind. Weiterhin ist der Anteil der Betriebe, die gern weitere Einstellungen vorgenommen hätten, deutlich zurückgegangen und die Zahl der offenen Stellen hat sich fast halbiert. Bei den Abgängen ist die betriebsseitige Kündigung wieder der häufigste Abgangsgrund geworden.

Betriebliche Ausbildung:

Der Bereich der betrieblichen Ausbildung ist in quantitativer Hinsicht leicht rückläufig. Inwieweit dies eine Krisenfolge ist, lässt sich nicht eindeutig sagen, da hier nur eine angebotsseitige Betrachtung vorgelegt wird. Der leicht schrumpfende Ausbildungsumfang und das im Jahr 2008/09 zurückgehende Ausbildungsplatzangebot können auch die in Folge der demographischen Entwicklung sinkende Zahl an Ausbildungsplatznachfragern widerspiegeln. Da aber auch die Übernahmequote erfolgreicher Ausbildungsabsolventen sinkt, ist ein negativer Einfluss der Rezession offensichtlich vorhanden. Nach wie vor ist der Ausbildungsbereich relativ heterogen. Nur ein Teil der Betriebe ist ausbildungsberechtigt und von diesen wiederum bildet nur gut die Hälfte tatsächlich aus. Dabei unterscheiden sich ausbildungsstarke (z.B. Baugewerbe, Handwerkskammer-Betriebe) und –schwache Bereiche (z.B. Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung) deutlich.

Weiterbildung

Die Fort- und Weiterbildung bildet, intern oder extern durchgeführt, einen wichtigen Eckpfeiler für die Entwicklung der beruflichen Kompetenz der Beschäftigten. Von 2008 auf 2009 ist der Anteil an Betrieben wie Personen mit Weiterbildungsmaßnahmen um ein bzw. zwei Prozentpunkte auf 47 bzw. 23 Prozent zurückgegangen. Erneut fällt die höhere Partizipation von Frauen auf. Das höchste Weiterbildungsengagement findet sich bei Arbeitnehmern mit qualifizierten Tätigkeiten nach einem Lehrabschluss. Größere Unternehmen beteiligen sich generell mehr als kleinere. Es dominieren institutionelle Formen der Weiterbildung, aber auch die Weiterbildung am Arbeitsplatz sowie die durch Qualitäts-/Werkstattzirkel hat an Bedeutung gewonnen. Das bereits in den Vorjahren aufgezeigte dominante Muster, nach dem Weiterbildung überwiegend während der Arbeitszeit und auf Kosten der Betriebe stattfindet, hat sich weiter verfestigt. Auch hier gibt es allerdings erhebliche Branchen- und Größenunterschiede. Um dem vielfach beklagten Mangel an Fachqualifikationen abzuhelpfen,

reicht bei spezifischen komplexen Fachqualifikationen Weiterbildung häufig nicht aus. Auch betriebliche Ausbildung ist hier teilweise überfordert, die Fachinhalte müssen eher im tertiären Bildungsbereich vermittelt werden. In diesen Fällen kann es sinnvoll sein, Interessenten frühzeitig für den Betrieb zu interessieren und ihn an sich zu binden. Finanzielle Unterstützungen in Form von Stipendien stellen hierzu eine Möglichkeit dar, die allerdings nur von einem sehr kleinen Teil der Betriebe genutzt wird. Auch die aktuellen Planungen sehen keine wesentliche stärkere Nutzung dieses personalpolitischen Instruments vor.

Arbeitszeit, Arbeitszeitkonten, Überstunden und Kurzarbeit:

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit, die bis 2004 rückläufig war und bis 2006 deutlich angestiegen ist, hat sich in den letzten Jahren stabilisiert und beträgt 2009 39,3 Stunden. Allerdings ist die Spannweite zwischen den Betrieben ziemlich hoch. Die Überstundennutzung hat gegenüber dem Vorjahr noch an Bedeutung gewonnen, allerdings wird sie für das vergangene Geschäftsjahr abgefragt und charakterisiert damit die Situation im Jahr 2008, d.h. die hier präsentierten Werte bilden die Krisenfolgen noch nicht ab. Die Verbreitung von Arbeitszeitkonten ist erneut deutlich gestiegen und bietet mittlerweile für knapp jeden dritten Betrieb – mit der Hälfte der Erwerbstätigen – die Möglichkeit, flexibel auf Schwankungen im Arbeitsanfall zu reagieren. Die insgesamt trotz Krise günstige Beschäftigungsentwicklung ist unter anderem auf den Einsatz dieses Instruments zurückzuführen. Ein zweites gegenwärtig sehr bedeutsames, Ausschläge dämpfendes Instrument ist die Kurzarbeit. Die Anspruchsvoraussetzungen und die Leistungen wurden kurzfristig immer wieder angepasst, um es attraktiver zu machen und die Inanspruchnahme zu erleichtern, was auch gelungen ist, wie die Steigerung des quantitativen Umfangs der Kurzarbeit zeigt. Dabei konzentriert sich die Kurzarbeit in den Betrieben, die von der Krise überproportional betroffen sind, d.h. im Verarbeitenden Gewerbe bzw. in den exportierenden Betrieben. Bei Kopplung von Kurzarbeit und Weiterbildung steigen die staatlichen Unterstützungsleistungen an. Durch Verbesserung der Qualifikationen der Beschäftigten sollen die Betriebe besser auf die Herausforderungen der Märkte reagieren können. Es zeigt sich aber, dass von dieser Möglichkeit nur verhalten Gebrauch gemacht wird. Angesichts der Unsicherheit bezüglich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ist für die Betriebe die Rentabilität dieser Humankapitalinvestitionen offensichtlich nicht gesichert.

Geschäftsvolumen und Ertragslage:

Geschäftsvolumen und Ertragslage gehören zu den wichtigsten betrieblichen Kennziffern, die allerdings von den Betrieben nicht immer Außenstehenden mitgeteilt werden. Daher ist der Unsicherheitsbereich der Angaben hier größer als bei weniger "sensiblen" Sachverhalten. Die niedersächsischen Betriebe haben 2008 (dem letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr vor der Befragung) im Durchschnitt einen Umsatz

von gut 3 Millionen Euro erwirtschaftet, was etwas unter dem Wert des Vorjahrs liegt. Der gesamte Umsatz in Niedersachsen sank um 20 Milliarden auf etwa den Wert des Jahres 2006. Die Bruttowertschöpfung pro Arbeitskraft (Arbeitsproduktivität) hat sich positiv entwickelt, und zwar sowohl gemessen am Median (36.000 Euro) als auch am Durchschnittswert (52.000 Euro). Drei von fünf Betrieben hätten mit den vorhandenen Ressourcen auch höhere Umsätze realisieren können, wenn die Nachfrage nach ihren Produkten stärker gewesen wäre. Die Ertragslage wird im Durchschnitt mit befriedigend bewertet, wobei sich die Einschätzungen im Vergleich zu 2007 sogar leicht gebessert haben. Jeweils etwas über ein Drittel der Betriebe sieht sich mittlerem bzw. hohem Wettbewerbsdruck ausgesetzt, wobei bei letzteren jeder zweite Betrieb in seiner Existenz gefährdet ist.

Investitionen und Innovationen:

Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe hängt unter anderem vom technischen Stand der Anlagen ab, der von etwa sechzig Prozent der Firmen mit gut bis sehr gut beurteilt wird. Betriebe mit Investitionen im vorausgehenden Jahr schneiden dabei deutlich besser ab. Der Anteil investierender Betriebe liegt im Jahr 2008 mit 59 Prozent auf dem höchsten Stand der letzten 5 Jahre, wobei die Investitionstätigkeit mit zunehmender Betriebsgröße deutlich ansteigt. Die Finanzkrise hat 2009 gewisse Einschnitte bei der Investitionstätigkeit hinterlassen: Etwa ein Fünftel der Investitionsprojekte wurde verändert oder verschoben, und knapp 40 Prozent davon aufgrund der Krise. Bei der Fremdkapitalbeschaffung hatte etwa ein Achtel der Betriebe Probleme, und zwar am häufigsten in Form abgelehnter Kreditanträge. Knapp 40 Prozent der Betriebe konnte 2008 Weiterentwicklungen von Produkten vermelden, 8 Prozent auch die Entwicklung von Marktneuheiten. Der Anteil der Betriebe, die geplante Investitionen aufgrund von Hemmnissen nicht durchführen konnte, ist gesunken. Der Anteil derjenigen, die Forschung und Entwicklung betreiben, ist dagegen gestiegen.

Öffentliche Förderung, Standortfaktoren

Öffentliche Investitions- und Sachmittelzuschüsse erhielten 5 Prozent der Betriebe. Die durchschnittliche Fördersumme betrug dabei mit 97.100 Euro deutlich mehr als bei der letzten Auswertung 2007. Der Förderumfang steigt mit zunehmender Betriebsgröße und variiert von Branche zu Branche erheblich. Programme zur Beschäftigungsförderung werden in etwa jedem zehnten Betrieb bezuschusst, deutlich weniger als 2007. Insgesamt werden etwa 65.000 Beschäftigte gefördert, das sind 3,4 Personen pro gefördertem Betrieb. Die Nähe zu Kunden wird von den Betrieben als wichtigster Standortfaktor eingeschätzt und gleichzeitig bewerten diese ihre Standorte hinsichtlich dieser Anforderung im Durchschnitt mit „gut“.

Tarifbindung, Öffnungsklauseln, Kapital- und Gewinnbeteiligung:

Seit geraumer Zeit besteht eine Tendenz zu sinkenden Tarifbindungsgraden. Im Jahr 2009 hat sich allerdings eine Stabilisierung ergeben. Waren 2002 noch 50 Prozent der Betriebe an einen Branchentarifvertrag gebunden, so ist dieser Anteil mittlerweile auf 36 Prozent (2009) gesunken. Der Grad der tariflichen Bindung steigt mit der Unternehmensgröße an und ist in den Bereichen Baugewerbe sowie Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung am höchsten, in eher jungen, dynamisch wachsenden Branchen wie dem Dienstleistungssektor am niedrigsten. Der Anteil der Betriebe mit übertariflicher Bezahlung und der Anteil der davon profitierenden Beschäftigten haben sich ebenfalls auf niedrigem Niveau stabilisiert. Eine Alternative zu einem Ausstieg aus der Tarifbindung kann in der Vereinbarung betrieblicher Bündnisse liegen. Gegenüber 2006 ist der Anteil der Betriebe mit Bündnissen gestiegen. Konstant niedrig ist der Anteil der Betriebe geblieben, die über Kapital- bzw. Gewinnbeteiligung eine Motivation der Beschäftigten erreichen wollen.

1 Betriebspanel als Informationsquelle

Seit 1993 führt Infratest Sozialforschung im Auftrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) Befragungen von Betrieben zur Erfassung aktueller Beschäftigungstrends durch. Diese Basisstichprobe, die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung finanziert wird, ist so strukturiert, dass repräsentative Aussagen für die gesamtdeutsche Wirtschaft gemacht werden können. Da die ostdeutschen Bundesländer auch an länderspezifischen Analysen interessiert waren, finanzierten sie ab 1996 eine Aufstockung der Stichprobe, die dann repräsentative Aussagen für die beteiligten Länder ermöglichte. Westdeutsche Bundesländer erkannten ebenfalls bald die Bedeutung dieses Informationsinstruments, so dass die Zahl der insgesamt befragten Betriebe ständig wuchs: Von ca. 4.000 im Jahr 1993 auf ca. 16.000 seit 2003. Im Jahr 2009 ist erneut nur Hamburg nicht im Betriebspanel vertreten.

Regelmäßige Befragungen einer ausgewählten Gruppe von Betrieben – ein Betriebspanel – sind ein wertvolles, die amtliche Statistik ergänzendes Informationsinstrument für die Politikberatung. Sie haben u. a. folgende Vorteile:

- Sie liefern Informationen über das betriebliche Geschehen für alle Bereiche der Wirtschaft, insbesondere auch für die sonst schlecht erfassten Dienstleistungsbereiche. Bei neuen Interessenschwerpunkten ist eine raschere Anpassung des Fragenprogramms möglich als bei der amtlichen Statistik.
- Aufgrund der verknüpfbaren Querschnitts- und Längsschnittsinformationen können einzelwirtschaftliche und gruppenspezifische Entwicklungen analysiert werden. So lässt sich z. B. die Beschäftigungsdynamik von jungen oder kleineren Betrieben ermitteln.
- Es bestehen Vergleichsmöglichkeiten mit anderen regionalen Einheiten des Datensatzes, d. h. ein Benchmarking ist möglich.
- Kausalanalysen sind durchführbar, so dass Erfolgsfaktoren extrahiert oder Wirkungsabschätzungen von Maßnahmen vorgenommen werden können.

Ziel dieser Befragungen ist es, Daten über die aktuelle betriebliche Beschäftigungssituation sowie zu deren wichtigsten Bestimmungsgrößen zu erheben, um eine verlässliche Basis für die wirtschaftspolitische Diagnose und Therapie zu gewinnen. Die Befragung des Jahres 2009 konzentrierte sich dabei unter anderem auf die Erfassung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Fragen zu Kurzarbeit, zu Problemen bei der Finanzierung von Investitionen und zu Arbeitszeitkonten wurden entsprechend modifiziert. Bei der diesjährigen Welle muss beachtet werden, dass sich die Branchenklassifikation entsprechend den Vorgaben des Statistischen Bundesam-

tes geändert hat und Branchenvergleiche mit den Vorjahren daher nicht möglich sind.

Niedersachsen beteiligt sich seit dem Jahr 2000 am Betriebspanel. Finanziert wurde die Aufstockung zunächst durch die Forschungsstelle Firmenpanel der Leibniz Universität Hannover, wobei diese auf finanzielle Unterstützung durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur zurückgreifen konnte. Nachdem im Jahr 2002 das Niedersächsische Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales einen Teil der Finanzierung der Datenerhebung übernommen hatte, wird die Erstellung des Länderberichtes seit dem Jahr 2003 durch das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ermöglicht.¹

Zur Auswahl der befragten Betriebe wurde die Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit, in der alle Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verzeichnet sind, verwendet. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Struktur der ca. 189.000 niedersächsischen Betriebe im Juni 2008, die zu diesem Zeitpunkt insgesamt knapp 2,4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hatten. Aus dieser Grundgesamtheit wurde entsprechend dem Prinzip der optimalen Schichtung eine nach Branchen und Betriebsgrößen geschichtete Stichprobe gezogen. In den ausgewählten Betrieben wurden auf der Grundlage einheitlicher Fragebögen mündliche Interviews mit Inhabern, Geschäftsführern oder personalverantwortlichen leitenden Mitarbeitern durchgeführt. Für das Jahr 2009 liegen von 1078 niedersächsischen Betrieben verwertbare Interviews vor.

Orientiert man sich an der Anzahl der Betriebe, so zeigt sich in der niedersächsischen Wirtschaft wie auch in der deutschen Wirtschaft insgesamt eine Dominanz von Kleinbetrieben. 61,9 Prozent der Betriebe haben weniger als 5 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Allerdings sind nur 9,3 Prozent des Personals hier tätig. In den beiden oberen Größenklassen mit 1,9 Prozent der Betriebe finden sich dagegen 43,8 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die meisten Betriebe gehören zum Sektor Dienstleistungen (75,4 Prozent mit 66,7 Prozent der Beschäftigten), mit Handel, Instandhaltung und Reparatur als größtem Einzelbereich. Nach wie vor bedeutsam ist auch das Verarbeitende Gewerbe, das mit 8,7 Prozent der Betriebe 23,3 Prozent des Personals Arbeitsplätze bietet. Die Struktur ist auf Grund der Änderung der Branchengliederung mit den Vorjahren nicht vergleichbar. Insbesondere die Hereinnahme der neu aufgenommenen Branche Information und Kommunikation sprengt die alten Branchen- und Sektorgrenzen.

¹ Die Aufstockung der Daten für Niedersachsen wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit kofinanziert.

Tabelle 1: Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen (Grundgesamtheit) nach Branchen und Betriebsgrößenklassen 2007 (Stand 30.06.) sowie Anzahl der realisierten Interviews 2008

Branche	Betriebe mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2008						Niedersachsen insgesamt		Interviews 2009
	1 - 4	5 - 19	20 - 99	100 - 499	500 u. mehr	absolut	in Prozent		
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	7.789	971	156	10	1	8.927	4,7	27	
Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	760	518	347	94	12	1.731	0,9	25	
Nahrungs- und Genussmittel	1.104	945	458	177	18	2.702	1,4	41	
Verbrauchsgüter	927	632	329	107	8	2.003	1,1	37	
Produktionsgüter	682	626	544	201	36	2.089	1,1	59	
Investitions- und Gebrauchsgüter	3.678	2.980	1.455	369	65	8.547	4,5	112	
Baugewerbe	11.502	6.673	1.321	117	2	19.615	10,4	76	
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	24.500	12.686	3.434	429	13	41.062	21,7	161	
Verkehr und Lagerei	4.019	12.567	1.122	142	17	7.867	4,2	50	
Information und Kommunikation	2.264	886	360	61	10	3.581	1,9	20	
Gastgewerbe	9.621	2.633	614	39	0	12.907	6,9	49	
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3.968	888	370	136	20	5.382	2,8	33	
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	18.332	6.258	1.783	418	36	26.827	14,2	113	
Erziehung und Unterricht	2.802	2.249	692	69	13	5.825	3,1	43	
Gesundheits- und Sozialwesen	10.787	6.706	2.021	342	79	19.935	10,6	117	
sonstige Dienstleistungen	7.378	1.995	262	45	1	9.681	5,1	32	
Organisationen ohne Erwerbszw.	3.042	947	286	44	0	4.319	2,3	14	
Öffentliche Verwaltung	761	721	940	318	40	2.780	1,5	69	
Rest (nicht zugeordnet)	3.040	40	10	5	1	3.096	1,6	–	
Niedersachsen	116.956	51.921	16.504	3.123	372	188.876	100,0	1078	
Anteil in Prozent	61,9	27,5	8,7	1,7	0,2	100,0		100	
Interviews 2009	260	241	298	216	63			1078	

Quelle der Grundgesamtheit: Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit.

⋮ Betriebe werden zusammengefasst ausgewiesen

Die der Betriebsbefragung zu Grunde liegende Stichprobe ist so strukturiert, dass durch Hochrechnungen Aussagen für die gesamte niedersächsische Wirtschaft gemacht werden können. Die ermittelten Werte sind allerdings Schätzungen der entsprechenden Merkmale in der Grundgesamtheit und daher mit einer gewissen Unschärfe behaftet. Generell gilt: Je größer die Streuung des Merkmals und je kleiner die der Schätzung zu Grunde liegende Zahl von Interviews ist, desto größer ist der statistische Unschärfbereich. Kontrollrechnungen für das Jahr 2001 haben gezeigt,

dass z. B. bei der Zahl der Erwerbstätigen mit einer Unschärfe von ± 8 Prozent gerechnet werden muss. Hochrechnungen für Teilmengen wie z. B. Betriebe des Baugewerbes sind – bei steigender Unschärfe – ebenfalls möglich. Für statistisch vertretbare Aussagen sollten die hochzurechnenden Werte wenn möglich auf der Befragung von mehr als 100 Betrieben basieren. Wie Tabelle 1 zeigt, ist diese Bedingung in vielen Branchen nicht erfüllt. Hier ergeben sich drei Möglichkeiten. Erstens kann man auf einen Ausweis dieser Branchen verzichten. Zweitens kann man Branchen zusammenlegen, so dass die kritische Grenze übersprungen wird. Drittens kann man die kritische Grenze in Einzelfällen etwas niedriger ansetzen. Von allen drei Möglichkeiten wird in diesem Bericht Gebrauch gemacht. Die Branchen "Land-, Forstwirtschaft und Fischerei" sowie "Bergbau, Energie-, Wasserversorgung, Abfallentsorgung" werden nicht ausgewiesen. Es liegen hier nur wenige Fälle vor und eine Zusammenfassung mit anderen Branchen würde sehr heterogene Einheiten ergeben. Zusammenfassungen werden in folgender Weise vorgenommen:

- Verarbeitendes Gewerbe: Nahrungs- und Genussmittel; Verbrauchsgüter; Produktionsgüter; Investitions- und Gebrauchsgüter;
- Dienstleistungen²: Verkehr und Lagerei; Information und Kommunikation; Gastgewerbe; Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; wirtschaftliche, wissenschaftliche und freiberufliche Dienstleistungen; Erziehung und Unterricht; Gesundheits- und Sozialwesen; sonstige Dienstleistungen;
- Öffentliche Verwaltung, Organisationen ohne Erwerbszweck: Organisationen ohne Erwerbszweck; öffentliche Verwaltung.

Bei der letztgenannten Gruppe und im Baugewerbe wird die kritische Grenze von 100 Fällen zwar nicht ganz erreicht, aber da sie wichtige Teile der niedersächsischen Wirtschaft ausmachen, werden sie in den Tabellen ausgewiesen. Allerdings müssen die Ergebnisse für diese beiden Wirtschaftsbereiche mit etwas größerer Vorsicht interpretiert werden, da die Unsicherheitsbereiche größer sind.

Ein Blick auf die Tabelle zeigt, dass die Zahl der Interviews nach Branchen und Größenklassen nicht proportional zur Grundgesamtheit ist. Stattdessen liegt ein Oversampling bei großen Betrieben und beim Verarbeitenden Gewerbe vor, weil diese Bereiche als besonders interessant angesehen werden. Dies wird allerdings bei der Auswertung durch eine entsprechende Gewichtung berücksichtigt.

Bei Vergleichen über mehrere Jahre ist zu beachten, dass in einem Panel im Prinzip von Jahr zu Jahr die gleichen Betriebe befragt werden sollen. In der Praxis ist dies jedoch nicht möglich, da jährlich etwa 15 Prozent der Betriebe ausscheiden. Dies

² Im Sinne der Drei-Sektoren-Hypothese umfasst der Sektor Dienstleistungen zusätzlich zu den hier genannten Branchen auch Handel und Reparatur sowie Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung, die hier getrennt ausgewiesen werden.

kann dadurch bedingt sein, dass die Betriebe schließen, sie in ein anderes Bundesland ziehen oder auch die weitere Teilnahme an der Befragung verweigern. Es werden dann entsprechend viele Betriebe unter Beachtung der Branchen- und Betriebsgrößenstruktur neu in das Panel aufgenommen. Dies hat einerseits den Vorteil, dass der Strukturwandel der Betriebe berücksichtigt wird. Dies bedeutet andererseits, dass Veränderungen in den beobachteten Größen sowohl auf Verhaltensänderungen als auch auf Änderungen in der Zusammensetzung der Stichprobe zurückzuführen sein können.³ Im Prinzip lässt sich der zweitgenannte Einfluss wieder durch entsprechende Längsschnitthochrechnungsverfahren herausrechnen. Allerdings sind die Unsicherheitsbereiche dieser Rechnungen so hoch, dass hier darauf verzichtet wird.

In den folgenden Auswertungen werden – mit wenigen Ausnahmen – im Querschnitt hochgerechnete Werte präsentiert. Diese können als repräsentativ für Niedersachsen angesehen werden. Die Angaben beziehen sich auf „gültige Fälle“, d. h. auf die Betriebe, die auf eine Frage prinzipiell antworten können; z. B. bei Fragen nach Details des betrieblichen Ausbildungsverhaltens bilden alle ausbildenden Betriebe die Gruppe der gültigen Fälle. Innerhalb dieser Gruppe werden „Antwörter“ und „Nichtantwörter (weiß nicht/keine Angabe)“ unterschieden. Sofern nicht anders angegeben, stellen jeweils die Antwörter die Basis der Prozentangaben (= 100 Prozent) dar. Die Gruppe der Nichtantwörter ist mit Werten um 1 bis 2 Prozent der gültigen Fälle meist sehr klein. Die wenigen Ausnahmen mit höheren Nichtantwörteranteilen betreffen i.d.R. quantitative Angaben wie Umsatz, Investitionssumme oder Lohnsumme. Da in den Infratest-Tabellen die Prozentuierung auf gültige Fälle erfolgt, treten gelegentlich Abweichungen zwischen den Angaben im "Tabellenband" und den hier präsentierten Werten auf.

³ Damit sind Änderungen unterhalb der Schichtungsmerkmale Branche und Betriebsgrößenklasse gemeint. Scheidet z.B. ein Kleinbetrieb im Baugewerbe mit hohem Auszubildendenanteil aus und wird durch einen entsprechenden Betrieb mit niedrigem Anteil ersetzt, sinkt die Ausbildungsintensität des Aggregats „Kleinbetriebe im Baugewerbe“ auch dann, wenn beide Betriebe genauso viele Auszubildende beschäftigen wie im Vorjahr.

2 Betriebs- und Beschäftigungsstruktur und -entwicklung

2.1 Entwicklung 2000 bis 2009 insgesamt

Im Zentrum des Betriebspanels steht die Beschäftigung. Daher bilden Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die Grundgesamtheit. Es geht darum, alle Personen zu erfassen, die in einem dieser Betriebe einer Erwerbstätigkeit nachgehen, und zwar unabhängig

- davon, ob sie sozialversicherungspflichtig sind oder nicht,
- von der Dauer der Arbeitszeit,
- von ihrer Stellung im Beruf.

Zusätzlich zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden daher auch Beamte, tätige Inhaber, mithelfende Familienangehörige und geringfügig Beschäftigte erfasst. Bis 2004 wurde diese Gesamtgruppe als „Beschäftigte“ bezeichnet. Da man mit diesem Begriff möglicherweise aber nur abhängig Beschäftigte assoziiert, wird seit 2005 in Anlehnung an die Begriffsbildung des Statistischen Bundesamtes bei der Gesamtgruppe stattdessen von „Erwerbstätigen“ gesprochen. Allerdings ist auch diese Begriffsverwendung nicht ganz präzise, da die Gruppe der tätigen Inhaber im Panel nicht vollständig erfasst wird.⁴ Wird im Folgenden von Beschäftigten gesprochen, so handelt es sich um Teilgruppen, wie z. B. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte oder geringfügig Beschäftigte bzw. um diese abhängig Beschäftigten insgesamt.

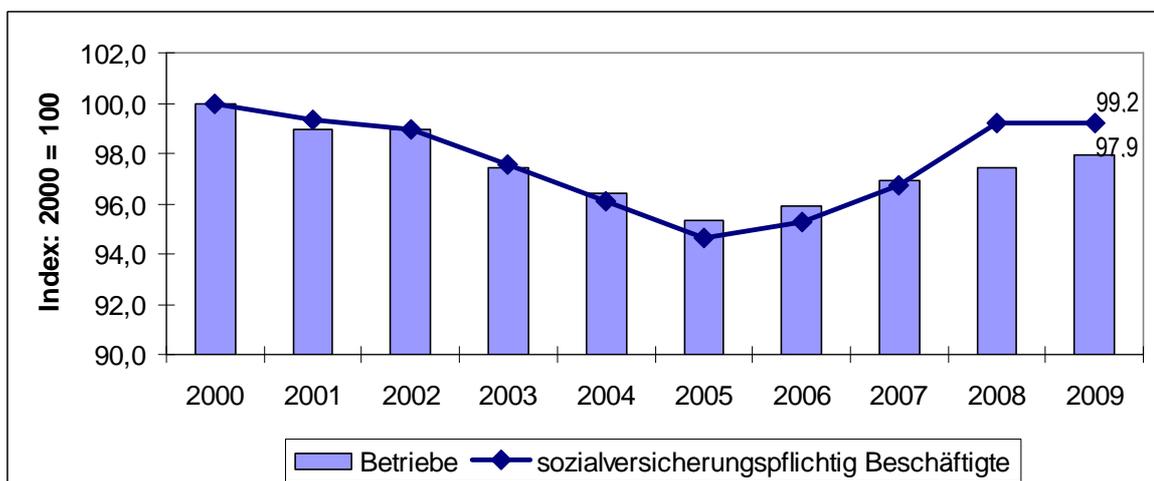
Im Betriebspanel werden wie gesagt Fälle von Erwerbstätigkeit registriert. Daher kann es zu Doppelzählungen kommen, wenn Personen in mehreren befragten Betrieben Arbeitsverhältnisse hatten. Bei Vergleichen mit anderen Datenquellen muss auch beachtet werden, dass sich die quantitativen Angaben im Betriebspanel meist auf den Stand des 30. Juni eines Jahres beziehen, während sonst häufig Jahresdurchschnitte angegeben werden.

Abbildung 1 zeichnet die tatsächliche Betriebs- und Beschäftigtenentwicklung in Niedersachsen in den Jahren 2000 bis 2009 anhand der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit nach. In dieser Statistik sind nur Informationen über die Teilgruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten enthalten, die allerdings zum Kern des Arbeitsmarktes zählt. Die Ausgangswerte des Jahres 2000 (194.000

⁴ Die hier ausgewiesenen Werte für die Zahl der Erwerbstätigen sind im Vergleich zur Erwerbstätigenrechnung des Statistischen Bundesamtes niedriger, da Ein-Personen-Betriebe ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Panel fehlen. Umgekehrt sind die Angaben höher als die der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, da letztere nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte enthalten.

Betriebe mit 2.436.000 Erwerbstätigen) werden gleich 100 gesetzt. In den ersten Jahren des Betrachtungszeitraums verlief die Entwicklung sowohl bei den Betrieben wie bei den Beschäftigten mit einer abwärts gerichteten Tendenz. Niedersachsen lag damit im Trend der meisten Bundesländer. Begünstigt durch die seit 2006 spürbare allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ist aber die Abwärtsbewegung vorerst gestoppt. Sowohl die Zahl der Betriebe wie der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat wieder zugenommen. Bei der Beschäftigung ist 2008 das Ausgangsniveau fast wieder erreicht. Für die aktuelle Berichtsperiode wurde allgemein befürchtet, dass erneut ein Rückgang einsetzt. Erfreulicherweise konnte aber trotz Wirtschaftskrise das Niveau an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gehalten werden.

Abbildung 1: Betriebe und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Niedersachsen 2000 bis 2009, Stand: jeweils 30.06.



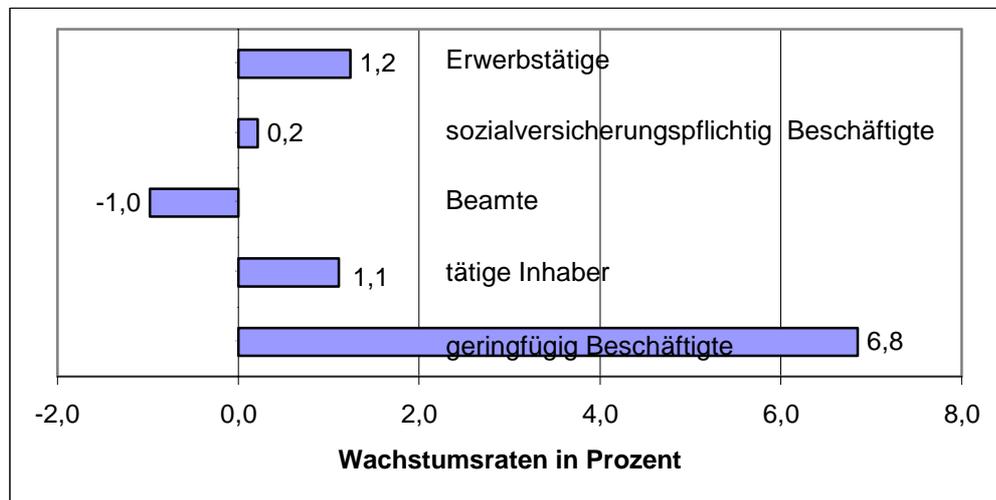
Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Der in Abbildung 1 dargestellte negative Trend bis 2005 erfasste nicht alle Beschäftigungsgruppen gleichermaßen. Für die Gruppe der tätigen Inhaber und der geringfügig Beschäftigten kam der Umbruch schon deutlich früher und kräftiger, so dass diese Gruppen 2009 mehr Personen umfassen als im Ausgangsjahr.

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung für die verschiedenen Gruppen von 2008 auf 2009 und bestätigt noch einmal das eben angesprochene Muster. Die Grundtendenz weist wie im Vorjahr aufwärts, allerdings mit 1,2 Prozent für die Erwerbstätigen nicht mehr ganz so stark wie 2008. Diese Aufwärtsentwicklung ist im Wesentlichen auf eine Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung zurückzuführen. Auch die Gruppe der tätigen Inhaber ist gewachsen. Insgesamt ist die Entwicklung in Niedersachsen etwas günstiger als die in der Vergleichsregion. In Westdeutschland stagniert die Zahl der Erwerbstätigen, da die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung leicht zurück-

geht (-0,1 Prozent) und die geringfügige etwas weniger stark anwächst (4,7 Prozent).

Abbildung 2: Wachstumsraten der Erwerbstätigen und verschiedener Teilgruppen in Niedersachsen 2009, Veränderung 30.06.2008 auf 30.06.2009



Bedenkt man, dass das reale Bruttoinlandsprodukt in Niedersachsen von 2008 auf 2009 um 4,7 Prozent geschrumpft ist (Pressemitteilung 22/10 des LSKN), ein Negativwert, der weit über dem vorangegangener Rezessionen liegt, dann war nach bisherigem konjunkturellen Muster mit einem deutlichen Beschäftigungseinbruch zu rechnen. Das dies – in Niedersachsen wie in Deutschland insgesamt – nicht eingetreten ist, wird teilweise auch als Beschäftigungswunder bezeichnet. Es wird sich aber zeigen, dass dies Wunder wohl nicht auf überirdische Mächte sondern eher auf den Einsatz arbeitsmarkt- und personalpolitischer Instrumente zurückzuführen ist.

Die Veränderungen der Gesamtzahl der Erwerbstätigen sind das saldierte Ergebnis von Bewegungsvorgängen, die sich auf betrieblicher Ebene durch Wachstums- und Schrumpfungprozesse ausdrücken. Wie Tabelle 2 zeigt, hat sich in gut der Hälfte der Betriebe keine Veränderung ergeben. Die andere Hälfte teilt sich auf in einen etwas größeren Teil mit wachsenden Betrieben und einen etwas kleineren mit schrumpfenden. Da der Wachstumsprozess mit rund 14 Prozent ausgeprägter ist als der Schrumpfungsprozess mit rund 12 Prozent, ergibt sich für das Aggregat „alle Betriebe“ eine positive Entwicklung. Die Divergenz ist etwas größer als im Vorjahr.

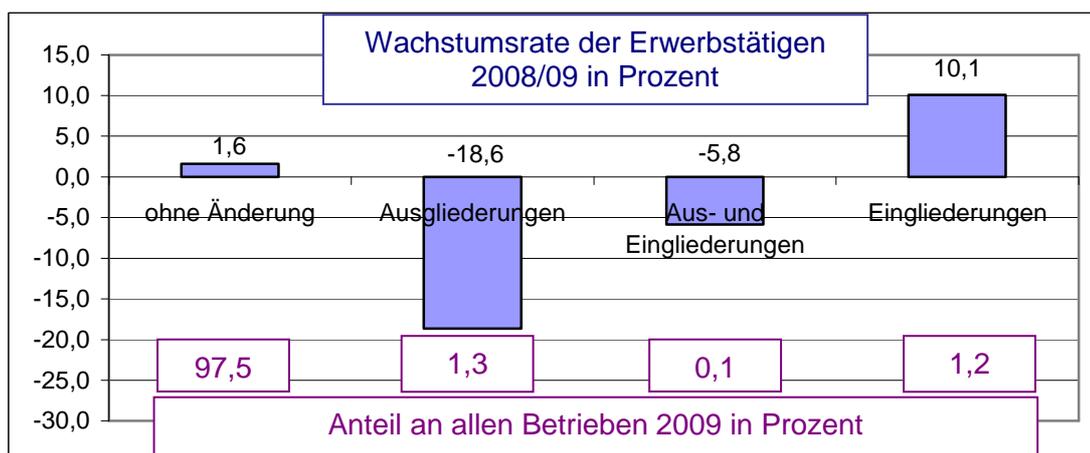
Tabelle 2: Wachsende und schrumpfende Betriebe in Niedersachsen 2008 auf 2009, Stand: jeweils 30.06.

Die Zahl der Erwerbstätigen ist von 2007 auf 2008 ...	Betriebe		Erwerbstätige	
	2008 in Tausend	2008 Anteil in Prozent	Änderung 07-08 in Tausend	Änderung 07-08 in Prozent
gestiegen	45	24	+ 177	+ 14,2
gleich geblieben	100	54	0	0,0
gefallen	41	22	- 139	- 12,3

Lesebeispiel „gestiegen“: In 45.000 Betrieben, entsprechend einem Anteil von 24 Prozent, ist die Zahl der Erwerbstätigen gestiegen und zwar um 177.000, entsprechend einer Steigerungsrate von 14,2 Prozent.

Wie in den früheren Berichten soll auch hier der Frage nachgegangen werden, ob Arbeitsplätze in großem Umfang durch Schließungen von Betriebsteilen, Ausgründungen oder Ausgliederungen verloren gingen. Wie Abbildung 3 zeigt, ist die quantitative Bedeutung dieser Prozesse dadurch begrenzt, dass weniger als 3 Prozent der Firmen von solchen Veränderungen betroffen sind. Zudem stehen den Abgängen von Arbeitsplätzen in gut 1 Prozent der Firmen Eingliederungen von Betrieben oder Unternehmensteilen in etwa gleich vielen Betrieben gegenüber. Allerdings fallen die Schrumpfungen bei Ersteren stärker aus als das Wachstum bei Letzteren.

Abbildung 3: Betriebe mit Betriebsänderungen und Wachstumsraten der Erwerbstätigen in Niedersachsen 2009, Stand: jeweils 30.06.



Lesebeispiel „ohne Änderung“: In 97,5 Prozent aller Betriebe haben sich keine Änderungen (Aus- bzw. Eingliederungen) ergeben. Die Zahl der Erwerbstätigen ist hier um 1,6 Prozent gestiegen.

Aufgrund von Platzmangel auf dem Fragebogen musste auf die Abfrage der von Aus- und Eingliederungen betroffenen Arbeitsplätze verzichtet werden. In Abbildung 3 ist stattdessen die gesamte Beschäftigungsänderung von 2008 auf 2009 in

den einzelnen Kategorien angegeben. Hier zeigt sich, dass ausgliedernde Betriebe insgesamt um ca. 18 Prozent schrumpfen und eingliedernde um ca. 10 Prozent wachsen.⁵ Bei Betrieben, die sowohl Aus- wie Eingliederungen vornehmen ist eine negative Entwicklung zu verzeichnen. Insgesamt gesehen lässt sich feststellen, dass Ausgliederungen allenfalls das Beschäftigungswachstum etwas bremsen. Für einzelne Betriebe oder auch einzelne Regionen können die Auswirkungen allerdings durchaus gravierend sein.

Während die Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung bisher rückwärtsgewandt war, richtet Tabelle 3 den Fokus auf die Zukunft (vom Zeitpunkt der Befragung aus gesehen). Für das Jahr 2010 rechnen die meisten Betriebe – wie in allen Jahren – mit einer unveränderten Beschäftigtenzahl; 12 Prozent erwarten eine steigende und 5 Prozent eine fallende Belegschaft. Damit setzt sich der seit 2006 vorherrschende positive Trend unverändert fort. Klammert man die Betriebe aus, die noch keine Aussage treffen können, dann wird mit einer Steigerung der Beschäftigung um 1,9 Prozent gerechnet. Dies ist auch exakt der Wert, mit dem die Betriebe Mitte des Vorjahres, d.h. vor Ausbruch der Krise, gerechnet haben. Differenziert man die Betrachtung nach der letztjährigen Entwicklung, dann sind die Erwartungen bei den wachsenden Betrieben etwas positiver und bei den schrumpfenden etwas negativer als im Durchschnitt über alle Betriebe.

Tabelle 3: Erwartete Beschäftigtenentwicklung bis Juni 2010

Die Beschäftigung wird bis Juni 2010 voraussichtlich...	Anteil ... Betriebe in Prozent			
	alle Betriebe	Zahl der Erwerbstätigen war 2008 auf 2009 ...		
		konstant	wachsend	schrumpfend
etwa gleich bleiben	75	81	70	68
eher steigen	12	7	19	14
eher fallen	5	3	5	10
Kann man noch nicht sagen	8	9	6	8

Wie in den vergangenen Jahren wurde auch geprüft, ob die im Vorjahr geäußerten Erwartungen eingetroffen sind oder nicht. Dabei zeigt sich, dass ca. 44 Prozent der Betriebe die Entwicklungstendenz (konstant, wachsend, schrumpfend) richtig vorher gesehen haben. Dies ist ein Wert, der in etwa denen der Vorjahre entspricht. Meist war dann die Gruppe derjenigen, die zu pessimistisch war und die Entwicklung un-

⁵ Welchen Anteil Aus- und Eingliederungen an diesen Gesamtentwicklungen haben, kann nicht gesagt werden.

terschätzt hat, etwas größer als die Gegengruppe, die sie überschätzt hat. Von 2008 auf 2009 ist es aber genau umgekehrt, was angesichts der im Herbst 2008 beginnenden Krise ganz plausibel ist. Dementsprechend ist die tatsächliche Entwicklung etwas schlechter ausgefallen, als im Vorjahr erwartet worden war.

2.2 Struktur und Entwicklung nach Branchen

Einen Überblick über die Struktur der niedersächsischen Wirtschaft, gegliedert nach den in Kapitel 1 erläuterten aggregierten Wirtschaftsbereichen, gibt Tabelle 4. Die meisten Betriebe (50 Prozent) und die meisten Erwerbstätigen (44 Prozent) finden sich im Bereich Dienstleistungen, gefolgt im Hinblick auf Betriebe vom Bereich Handel und Reparatur (22 Prozent) und im Hinblick auf die Erwerbstätigen vom Verarbeitenden Gewerbe (19 Prozent). Das Baugewerbe und der Bereich öffentliche Verwaltung und Organisationen ohne Erwerbszweck sind dagegen in quantitativer Hinsicht weniger bedeutsam. Während das Baugewerbe, Handel und Reparatur sowie Dienstleistungen eher kleinbetrieblich strukturiert sind, finden sich im Verarbeitenden Gewerbe und in der öffentlichen Verwaltung auch größere Betriebseinheiten.

In den Jahren 2007 und 2008 entwickelte sich die Erwerbstätigkeit in allen Branchen durchweg positiv. Die aktuelle Krise hat diese Grundtendenz meist abgebremst aber nicht umgekehrt. Branchen mit vorwiegend inländischen Nachfragern haben die Beschäftigung halten können oder ausgeweitet. An der Spitze liegt hier der Bereich Handel und Reparatur. Zu diesem gehört u. a. der Kfz-Handel, bei dem die Abwrackprämie sicher positiv zur Entwicklung beigetragen hat. Angesichts der konjunkturellen Stützungsmaßnahmen der Bundesregierung hätte man auch für das Baugewerbe positive Impulse erwarten können. Zum Befragungszeitpunkt Mitte 2009 waren aber wohl viele Maßnahmen noch im Planungsstadium, so dass die Erwerbstätigkeit hier stagnierte. Deutlich negativ betroffen war das Verarbeitende Gewerbe. Hier war der Rückgang der Produktion mit 18,1 Prozent auch sehr viel ausgeprägter als in den übrigen Bereichen (Pressemitteilung 22/10 des LSKN).

Das eben erläuterte Muster von Struktur und Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Branchen zeigt sich im Großen und Ganzen auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Etwas abweichend ist die Situation bei den geringfügig Beschäftigten. Sie werden überproportional häufig in Handel und Reparatur und den Dienstleistungen eingesetzt. Zusammengenommen arbeiten in diesen beiden Bereichen 61 Prozent der Erwerbstätigen und 83 Prozent der geringfügig Beschäftigten. In Handel und Reparatur ist gut jeder Fünfte geringfügig Beschäftigt, während dies im Verarbeitenden Gewerbe nur auf jeden Zwanzigsten zutrifft. Während in den stark besetzten Bereichen die geringfügige Beschäftigung noch anwächst, nimmt sie in den anderen ab (Ausnahme Baugewerbe).

Tabelle 4: Betriebe und Erwerbstätige in Niedersachsen 2008 und 2009 nach Branchen, Stand: jeweils 30.06.

Branche ^{a)}	Zahl der				Betriebe 2009 Anteil in Prozent	Erwerbstätige pro Betrieb 2009 Anzahl
	2008 in Tausend	2009 in Tausend	Anteil in Prozent	Änderung 2008/9 in Prozent		
Verarbeitendes Gewerbe					8	40
Erwerbstätige	623	609	19	-2,2		
sozialversicherungspfl. Beschäft.	577	564	23	-2,2		
geringfügig Beschäftigte	31	31	7	-1,3		
Baugewerbe					11	9
Erwerbstätige	184	183	6	-0,3		
sozialversicherungspfl. Beschäft.	147	143	6	-2,9		
geringfügig Beschäftigte	17	19	4	11,0		
Handel, Reparatur					22	13
Erwerbstätige	524	546	17	4,2		
sozialversicherungspfl. Beschäft.	381	393	16	3,1		
geringfügig Beschäftigte	107	116	28	8,9		
Dienstleistungen					50	15
Erwerbstätige	1.360	1.387	44	2,0		
sozialversicherungspfl. Beschäft.	1.004	1011	42	0,7		
geringfügig Beschäftigte	215	231	55	7,4		
Öffentliche Verwaltung, Org. o. E.					4	40
Erwerbstätige	283	285	9	0,7		
sozialversicherungspfl. Beschäft.	200	203	8	1,3		
geringfügig Beschäftigte	13	12	3	-4,9		
Exportierende Betriebe					11	36
Erwerbstätige	667	657	21	-1,5		
sozialversicherungspfl. Beschäft.	616	604	25	-2,0		
geringfügig Beschäftigte	30	34	8	10,9		
Nichtexportierende Betriebe ^{b)}					58	12
Erwerbstätige	1.781	1.811	58	1,7		
sozialversicherungspfl. Beschäft.	1.314	1.319	55	0,4		
geringfügig Beschäftigte	314	334	79	6,1		
Niedersachsen, Erwerbstätige	3.107	3.146	100	1,2	100	17

a) Die Teilwerte addieren sich auf Grund nicht ausgewiesener Branchen nicht zu den Gesamtwerten.

b) Ohne Betriebe, die ihr Geschäftsvolumen mit einem Haushalt messen (z.B. öffentliche Verwaltung).

In der öffentlichen Diskussion wird häufig darauf hingewiesen, dass insbesondere exportorientierte Betriebe unter den Auswirkungen der Krise gelitten haben. Im unteren Teil der Tabelle ist daher eine Aufteilung nach exportierenden und nichtexportierenden Betrieben vorgenommen. Die Werte zeigen, dass gut jeder zehnte Betrieb sich am Export beteiligt und dass – wie behauptet – deren Beschäftigungsentwicklung ungünstiger ist als die der Betriebe ohne Auslandsumsätze. Die erste Gruppe schrumpft (EWT –1,5 Prozent), die zweite wächst (EWT 1,7 Prozent). Der Unterschied ist aber nicht so groß, wie auf Grund der Berichte über enorme Einbrüche im Exportgeschäft zu erwarten gewesen wäre. Das Bild ändert sich auch nicht wesentlich, wenn man die Betrachtung weiter differenziert und nur exportierende Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe anschaut bzw. die Analyse auf Betriebe mit einem Auslandsumsatzanteil von mehr als 50 Prozent konzentriert.

Sowohl bei Schrumpfungs- wie auch bei Wachstumsprozessen von Branchen muss wieder bedacht werden, dass diese nicht einheitlich verlaufen. Auch in dem deutlich wachsenden Bereich Handel und Reparatur haben 21 Prozent der Betriebe sinkende Erwerbstätigenzahlen und mit 24 Prozent ist die Gruppe der wachsenden Betriebe nur wenig größer. Im Schrumpfungsbereich Verarbeitendes Gewerbe wachsen auch 22 Prozent der Betriebe, aber hier stehen denen 38 Prozent mit sinkenden Erwerbstätigenzahlen gegenüber.

Die Erwartungen im Hinblick auf die Beschäftigungsentwicklung bis 2010 unterscheiden sich zwischen den Branchen durchaus. Die Erwartungen der Betriebe in den Dienstleistungsbereichen sind etwas positiver als die gesamtwirtschaftlichen Durchschnittserwartungen, während das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe etwas pessimistischer sind.

2.3 Struktur und Entwicklung nach Betriebsgrößenklassen

Die Tabellen 1 und 4 (letzte Spalte) haben schon gezeigt, dass die Wirtschaft in Niedersachsen überwiegend kleinbetrieblich strukturiert ist. Ein Blick auf Tabelle 5 bestätigt das. In 86 Prozent der Betriebe sind weniger als 20 Personen tätig, in 98 Prozent weniger als 100 Personen. Diese haben allerdings nur einen unterproportionalen Anteil an den niedersächsischen Erwerbstätigen. Umgekehrt entfällt auf die 2,2 Prozent der Betriebe mit 100 und mehr Personen ein Anteil von 41 Prozent an den Erwerbstätigen. Die Größenstruktur hat sich gegenüber den Vorjahren nur wenig geändert.

Tabelle 5: Betriebe und Erwerbstätige in Niedersachsen 2009 nach Betriebsgrößenklassen, Stand: jeweils 30.06.

Betriebsgrößenklasse ^{a)}	Erwerbstätige insgesamt				Betriebe 2009	
	2009		Änderung 2008/9		in Tausend	Anteil in Prozent
	in Tausend	Anteil in Prozent	in Tausend	in Prozent		
1-4 Erwerbstätige	209	7	10	4,8	76	41
5-19 Erwerbstätige	759	24	-1	-0,2	84	45
20-99 Erwerbstätige	928	29	31	3,4	22	12
100-499 Erwerbstätige	740	24	1	0,2	4	2
500 und mehr	510	16	-2	-0,4	0,4	0,2
Niedersachsen	3.146	100	39	1,2	186	100

a) Die Einteilung in Größenklassen erfolgt anhand der Zahl der Erwerbstätigen am 30.06.2008.

Der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen bei den Kleinstbetrieben ist von einer starken Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung getragen; die Kerngruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist dagegen deutlich gesunken (-3,0 Prozent). Letzteres trifft auch für die Großbetriebe zu, während die mittleren Betriebsgrößen die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausdehnen.

Die Erfassung der Beschäftigtendynamik nach Größenklassen ist nicht ganz einfach, da sich durch Schrumpfungen, Schließungen und Zuwächse die Zugehörigkeit zu einer Größenklasse von Jahr zu Jahr ändern kann. Im Prinzip gibt es drei Möglichkeiten der Klassifizierung:

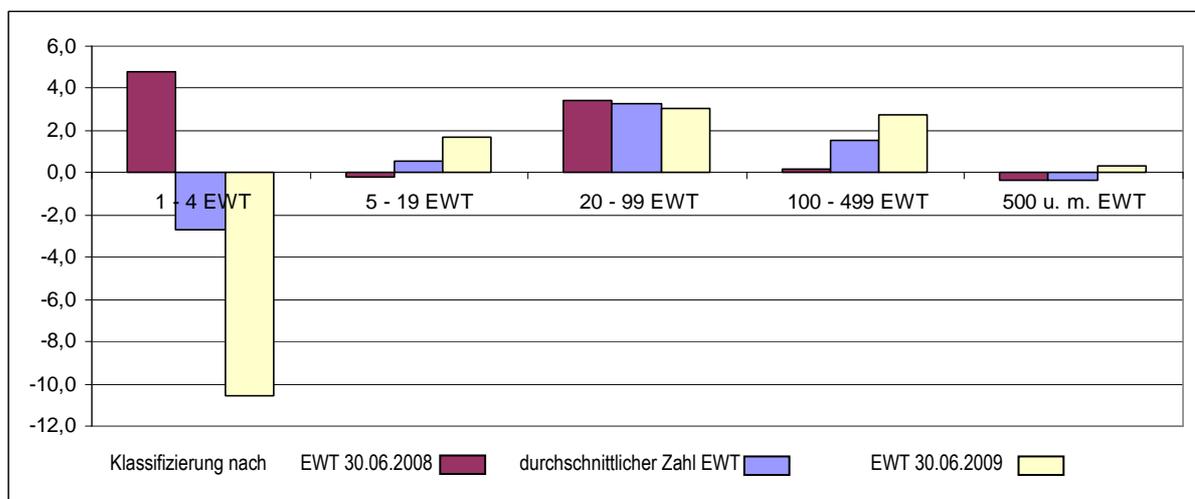
- Nach der Zahl der Erwerbstätigen im Ausgangszeitpunkt, hier 30.06.08;
- nach der Zahl der Erwerbstätigen im Endzeitpunkt, hier 30.06.09;
- nach der durchschnittlichen Zahl der Erwerbstätigen beider Zeitpunkte.

In der Tabelle 5 wurde die erste Möglichkeit gewählt, d.h. die Betriebe wurden nach der Zahl der Erwerbstätigen zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung klassifiziert.

Die Art der Klassifikation hat vor allem bei Klein- und Großbetrieben große Auswirkungen auf die ausgewiesene Beschäftigungsdynamik, wie Abbildung 4 zeigt. Die Unterschiede sollen an Hand der Betriebe mit 1-4 Erwerbstätigen verdeutlicht werden. Klassifiziert man den Betrieb nach der Erwerbstätigenzahl 2008, dann kann der Betrieb entweder in dieser Klasse verbleiben, oder aber bei Wachstum in höhere Klassen aufsteigen. Zwar können auch Betriebe Insolvenz anmelden und ausscheiden, aber über diese liegen 2009 keine Informationen im Panel vor. Die Entwicklung der Kohorte wird daher zu positiv dargestellt. Klassifiziert man umgekehrt nach der Erwerbstätigenzahl 2009, dann sind in dieser Klasse Betriebe, die schon 2008 1-4

Erwerbstätige hatten, und solche, die durch Schrumpfung aus größeren Klassen in die unterste Kategorie hineingeraten sind. Die Entwicklung dieser Kohorte wird zu negativ dargestellt. Bei Großbetrieben kehrt sich das genau um, d.h. die erstgenannte Klassifizierungsart führt zu negativer Verzerrung und die zweitgenannte zu positiver. Je größer die Klassenbreite gewählt wird, umso kleiner ist die Verzerrung, weil weniger Klassenübergänge zu verzeichnen sind.

Abbildung 4: Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen in Niedersachsen nach Betriebsgrößenklassen bei unterschiedlichen Einteilungskriterien, jeweils Änderungsrate 30.06.08 auf 30.06.09 in Prozent



Als Ausweg aus diesem Dilemma kann man die Einteilung an Hand der durchschnittlichen Anzahl der Erwerbstätigen vornehmen. Wie die Abbildung zeigt, kommt man dann entsprechend zu mittleren Werten für die Beschäftigungsdynamik. Bei der kleinsten und der größten Klasse nimmt die Beschäftigung ab, bei den mittleren dagegen zu.

Erneut ist darauf hinzuweisen, dass auch in allen Größenklassen – wie bei den Branchen – erhebliche Heterogenität herrscht, d. h. es koexistieren wieder jeweils wachsende und schrumpfende Betriebe.

Richtet man den Fokus statt auf die zurückliegende Entwicklung auf die Erwartungen, dann zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang mit der Betriebsgröße, wenn man die Differenz der Anteile von Betrieben mit Wachstumserwartungen und der mit Schrumpfungsperspektiven bildet. Diese Differenz ist zunächst positiv – wachsende Betriebe überwiegen – wird mit steigender Betriebsgrößenklasse kleiner und schlägt ab Betrieben mit 100 und mehr Erwerbstätigen ins negative um. Je größer der Betrieb, umso pessimistischer die Erwartungen.

In Deutschland wird die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung nach Betriebsgrößenklassen auch häufig mit der Diskussion um die Bedeutung des Mittelstandes verknüpft. Grenzt man den Mittelstand nach rein quantitativen Größen ab, dann ist er identisch mit kleinen und mittleren Unternehmen. Als Obergrenze für mittelständische Unternehmen werden dabei häufig, einer EU-Definition folgend, eine Beschäftigung von 499 Personen und ein Umsatz von 50 Millionen Euro gesetzt. Bei einer solchen Abgrenzung gehören ca. 99 Prozent aller Unternehmen zum Mittelstand. Für den Mittelstand ist in qualitativer Hinsicht darüber hinaus die enge Verbindung von Unternehmen und Inhaberin bzw. Inhaber von zentraler Bedeutung. Die enge Verbindung führt im Idealfall zu einer Einheit von Eigentum, Leitung und Haftung. Hier werden beide Aspekte miteinander verknüpft, d. h. von Mittelstand soll gesprochen werden, wenn ein unabhängiges, eigentümergeführtes Unternehmen⁶ unter der genannten Beschäftigungs- und Umsatzgrenze bleibt. Allerdings kann dieses Konzept nicht eins zu eins umgesetzt werden, da im vorliegenden Datensatz der Betrieb als technisch-organisatorische und regionale Einheit und nicht das Unternehmen die Befragungseinheit darstellt. Umsatz und Beschäftigung von Mehrbetriebsunternehmen sind nicht bekannt. Der Mittelstand wird auf eigentümergeführte Betriebe, die unterhalb der Beschäftigungs- bzw. Umsatzobergrenze bleiben, eingegrenzt.⁷

Ein Blick auf Tabelle 6 zeigt, dass drei Viertel aller Betriebe zum Mittelstand gehören und 40 Prozent der Erwerbstätigen dort Beschäftigung finden. Klammert man die öffentliche Wirtschaft aus der Betrachtung aus, steigen die entsprechenden Anteilswerte auf 83 und 50 Prozent an. Die in der Tabelle ausgewiesenen Werte für die Beschäftigungsentwicklung von 2008 auf 2009 setzen den 2006 begonnenen Trend in allen Teilbereichen fort. Der größte Anstieg der Beschäftigung ist wieder im Bereich des Mittelstandes zu verzeichnen. Die öffentliche Wirtschaft weist trotz der Rückgänge im Sektor Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung ebenfalls ein Wachstum auf. Dies liegt vor allem daran, dass auch im expandierenden Sektor Gesundheits- und Sozialwesen in größerem Umfang öffentliche Betriebe vertreten sind.

⁶ Die Abgrenzung beruht auf der Frage 90 „Wer bildet in Ihrem Betrieb die Geschäftsführung/-leitung?“ mit den Antwortkategorien (1) „Ausschließlich Eigentümer/Mitglieder der Eigentümerfamilien“, (2) „Ausschließlich Manager“ und (3) „Beides“. Zum Mittelstand werden hier nur Betriebe mit Antwort (1) gezählt.

⁷ Die Abgrenzung des Mittelstands erfolgte bis 2007 auf der Basis von Einzelunternehmen unterhalb der Beschäftigungs- und Umsatzgrenzen. Diese Abgrenzung führt zu niedrigeren Anteilswerten. Die jetzt gewählte Abgrenzung anhand der Unternehmensleitung durch Eigentümer nimmt die Idee des Mittelstandes besser auf. Sie ist erst seit 2007 auf Grund einer zusätzlichen Frage möglich.

Tabelle 6: Betriebe und Erwerbstätige im Mittelstand sowie der privaten und öffentlichen Wirtschaft in Niedersachsen 2008 und 2009, Stand: jeweils 30.06.

Bereich	2008 in Tausend	Erwerbstätige insgesamt			Betriebe 2009		
		2009 in Tausend	Anteil in Prozent	Änderung 2008/9 in Tau- send	in Prozent	in Tau- send	Anteil in Prozent
private Wirtschaft insges. ^{a)}	2.517	2.533	81	16	0,6	168	90
Mittelstand ^{b)}	1.247	1.266	40	19	1,5	139	75
übrige private Wirtschaft ^{b)}	1.270	1.267	40	-3	-0,2	29	15
öffentliche Wirtschaft ^{c)}	590	613	19	23	3,9	18	10
Niedersachsen	3.107	3.146	100	39	1,2	186	100

a) Betriebe, die ihr Geschäftsvolumen durch Umsatz, Bilanzsumme oder Beitragssumme messen.

b) Die Werte für die Bereiche Mittelstand und übrige private Wirtschaft ergänzen sich nicht immer zur privaten Wirtschaft insgesamt, da einige Betriebe nicht zugeordnet werden konnten.

c) Betriebe, die ihr Geschäftsvolumen durch einen Haushalt messen.

2.4 Struktur und Entwicklung nach Betriebsalter, -typ und Rechtsform

Differenziert man die Betrachtung nach dem Alter des Betriebes und unterscheidet zwei Alterskategorien, zeigt sich seit mehreren Jahren ein ähnliches Muster. Eine knappe Mehrheit der Betriebe mit jetzt 66 Prozent der Beschäftigten wurde vor 1990 gegründet. Mit etwa 21 Beschäftigten pro Betrieb sind ältere Firmen größer als die 1990 und später gegründeten, die im Durchschnitt 12 Personen beschäftigen, wengleich sich dieser Abstand im Vergleich zu 2008 verringert hat. Wie in den Vorjahren ist die Entwicklung in den jungen Betrieben günstiger. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Beschäftigung hier um 2,2 Prozent, während die älteren Betriebe mit 0,6 Prozent hinter den jüngeren zurückbleiben. Beide Veränderungsdaten haben gegenüber 2008 deutlich abgenommen, bleiben aber immerhin noch positiv. In beiden Betriebsaltersgruppen wird das Wachstum von der geringfügigen Beschäftigung getrieben. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nimmt nur bei den jüngeren Betrieben noch etwas zu, während sie bei den älteren zurückgeht.

Tabelle 7: Betriebe und Erwerbstätige in Niedersachsen 2009 nach Betriebsalter, Stand: 30.06.

Betriebe ...	Erwerbstätige					Betriebe 2009	
	2000 in Tau- send	2009 in Tau- send	Anteil in Prozent	Änderung 2008/9 in Tau- send	in Pro- zent	in Tau- send	Anteil in Prozent
vor 1990 gegründet	2.534	2.028	66	14	0,6	97	52
1990 und später gegründet	479	1.065	34	22	2,2	89	48
Niedersachsen ^{a)}	3.013	3.093	100	36	1,2	186	100

a) Da für einige Betriebe keine Altersangaben vorliegen, treten bei den für Niedersachsen ausgewiesenen Werten kleinere Abweichungen gegenüber denen der vorherigen Abschnitte auf.

Für manche Fragestellungen kann auch eine Differenzierung der Analyse nach dem Betriebstyp von Interesse sein (Tabelle 8). So hat man z.B. in regionalökonomischen Analysen festgestellt, dass Niederlassungen/Filialen deutlich konjunktur reagibler sind als Unternehmenszentralen. Wie man sieht, sind die weitaus meisten Betriebe (85 Prozent) Ein-Betriebs-Unternehmen. Sie treten vor allem im kleinbetrieblichen Bereich überproportional häufig auf und in ihnen sind 62 Prozent der Erwerbstätigen tätig. Bei den übrigen Typen steigt dagegen die Verbreitungshäufigkeit mit der Betriebsgröße an, so dass die Erwerbstätigenanteile höher sind als die Betriebsanteile. Besonders ausgeprägt tritt dies bei Zentralen/Hauptverwaltungen auf. Mittelinstanzen gibt es vor allem im Bereich der öffentlichen Verwaltungen.

Tabelle 8: Betriebe und Erwerbstätige in Niedersachsen 2009 nach Betriebstyp, Stand: 30.06.

Betrieb/Dienststelle ist ...	Erwerbstätige					Betriebe 2009	
	2000 in Tau- send	2009 in Tau- send	Anteil in Prozent	Änderung 2008/9 in Tau- send	Anteil in Prozent	in Tau- send	Anteil in Prozent
Ein-Betriebs-Unternehmen	1.561	1.916	62	36	1,9	158	85
Zentrale/Hauptverwaltung	498	391	13	8	2,2	5	3
Niederlassung/Filiale	673	669	22	-11	-1,7	20	11
Mittelinstanz	221	94	3	3	3,6	1	1
Niedersachsen ^{a)}	2.953	3.070	100	36	1,2	184	100

a) Da für einige Betriebe keine Angaben zum Betriebstyp vorliegen, treten bei den für Niedersachsen ausgewiesenen Werten kleinere Abweichungen gegenüber denen der vorherigen Abschnitte auf.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit ist die Situation in den Ein-Betriebs-Unternehmen sowohl gegenüber dem Vorjahr wie gegenüber dem Jahr 2000 weiterhin relativ günstig. Es steigt sowohl die sozialversicherungspflichtige wie die geringfügige Beschäftigung. Ähnlich ist es in der kurzen Frist bei Zentra-

len/Hauptverwaltungen; in der längerfristigen Perspektive haben sie aber an Bedeutung verloren. Letzteres trifft auch für Mittelinstanzen zu, die auch von 2008 auf 2009 wieder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung abgebaut haben und nur durch verstärkte geringfügige Beschäftigung gewachsen sind. Am ungünstigsten ist die Entwicklung bei Niederlassungen/Filialen verlaufen.

In der folgenden Tabelle 9 findet sich die Situation differenziert nach der Rechtsform. Im Bereich der privaten Betriebe sind Einzelunternehmen am häufigsten anzutreffen, gefolgt von GmbHs, denen allerdings im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit die größte Bedeutung zukommt. Hinter den sonstigen Formen verbergen sich vor allem Vereine und Genossenschaften.

Tabelle 9: Betriebe und Erwerbstätige in Niedersachsen 2009 nach der Rechtsform, Stand: 30.06.

Bereich	Erwerbstätige					Betriebe 2009	
	2000 in Tau- send	2009 in Tau- send	Anteil in Prozent	Änderung 2008/9 in Tau- send	Anteil in Prozent	in Tau- send	Anteil in Prozent
Einzelunternehmen	557	604	19	3	0,4	100	55
Personengesellschaft	214	149	5	12	8,5	10	5
GmbH/GmbH & Co.KG	1.122	1.451	47	5	0,4	54	29
Kapitalgesellschaft	290	197	6	-1	-0,3	2	1
Körperschaft des öffentlichen Rechts	599	512	17	15	3,0	10	5
sonstige Rechtsform	203	177	6	2	1,2	10	5
Niedersachsen ^{a)}	2.985	3.090	100	36	1,2	186	100

a) Da für einige Betriebe keine Angaben zum Betriebstyp vorliegen, treten bei den für Niedersachsen ausgewiesenen Werten kleinere Abweichungen gegenüber denen der vorherigen Abschnitte auf.

In der längerfristigen Perspektive ist die Bedeutung der Einzelunternehmen und der GmbHs gestiegen, während die anderen Rechtsformen Beschäftigungsanteile verloren haben. Die aktuelle Entwicklung entspricht dem langfristigen Trend nur teilweise. Im Vergleich zum Vorjahr konnten Personengesellschaften und Körperschaften des öffentlichen Rechts erneut die höchsten Beschäftigungszuwächse verzeichnen und zwar auch auf Grund wachsender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Die beiden langfristig erfolgreichen Betriebstypen haben zwar auch noch einen knappen Zuwachs bei den Erwerbstätigen, der aber vor allem auf steigender geringfügiger Beschäftigung beruht. Kapitalgesellschaften bilden im Hinblick auf die kurz- wie langfristige Beschäftigtenentwicklung das Schlusslicht in Tabelle 9.

Betrachtet man die Eigentumsverhältnisse niedersächsischer Betriebe (Tabelle 10), so stellt man fest, dass sich neun von zehn von ihnen mehrheitlich in westdeutschem Besitz befinden. In diesen arbeiten allerdings nur 77 Prozent der Erwerbstätigen. Betriebe in öffentlichem Eigentum stellen zwar nur 3 Prozent aller Produktionsstätten dar, beschäftigen aber 13 Prozent aller Erwerbstätigen. Ihre Bedeutung für die Beschäftigung hat im Vergleich zum Vorjahr zugenommen (plus knapp 3 Prozent), ebenso wie diejenige der Betriebe in westdeutschem Eigentum. Dagegen ist die Beschäftigtenzahl in den Produktionsstätten in ausländischem Eigentum sowohl im Vergleich zu 2008, als auch in der langfristigen Perspektive deutlich gesunken. Hier gingen seit 2000 etwa 28 Tausend Arbeitsplätze verloren.

Tabelle 10: Betriebe und Erwerbstätige in Niedersachsen 2009 nach Eigentumsverhältnissen; Stand: 30.06.

Betrieb ist mehrheitlich bzw. ausschließlich in...	Erwerbstätige					Betriebe 2009	
	2000 in Tausend	2009 in Tau- send	Anteil in Prozent	Änderung 2008/9 in Tau- send	Anteil in Prozent	in Tau- send	Anteil in Prozent
westdeutschem Eigentum	2.377	2.286	77	31	1,4	162	90
ostdeutschem Eigentum	--	--	--	--	--	--	--
ausländischem Eigentum	175	147	5	-6	-4,2	5	3
öffentlichem Eigentum	346	406	13	12	2,9	6	3
keinem mehrheitlichen Eigentum	149	135	5	-1	-0,7	7	4
Niedersachsen ^{a)}	3.048	2.974	100	36	1,2	180	100

a) Da für einige Betriebe keine Angaben zu den Eigentumsverhältnissen vorliegen, treten bei den für Niedersachsen ausgewiesenen Werten kleinere Abweichungen gegenüber denen der vorherigen Abschnitte auf.

2.5 Struktur und Entwicklung nach Regionen

Die Raumstruktur des Landes wird in wirtschaftlicher Hinsicht durch die Verdichtungsräume Hannover und Braunschweig sowie die enge Verzahnung des jeweiligen niedersächsischen Umlandes mit den Stadtstaaten Bremen und Hamburg geformt. Wirtschaftlich bedeutsam sind auch die westlichen Städte Osnabrück und Oldenburg sowie Göttingen im Süden. Der übrige Raum ist stärker ländlich geprägt. Hinzu kommen im nördlichen Bereich Besonderheiten, die aus der Küstenlage resultieren. Die Ergebnisse der Betriebsbefragung sind im Prinzip bis auf Kreisebene regionalisierbar. Allerdings sind die Fallzahlen zum Teil sehr klein, so dass Hochrechnungen auf dieser Ebene nicht möglich sind. Entsprechend der früheren Verwaltungsgliede-

rung des Landes werden daher die alten Regierungsbezirke als höhere regionale Einheit gewählt.⁸

Tabelle 11: Beschäftigte und Beschäftigungsentwicklung in Niedersachsen 2009 nach Regionen, Stand: jeweils 30.06

Region	Erwerbstätige				Betriebe		
	2009		Änderung 2008/9		2009		
	in Tau- send	Anteil in Prozent	in Tau- send	in Pro- zent	in Tau- send	Anteil in Prozent	
Bezirk/Statistische Region							
Braunschweig	558	18	100	4	0,8	36	19
wachsende Betriebe		48			12,7		29
schrumpfende Betriebe		30			-13,5		24
Hannover	974	31	100	18	1,9	53	28
wachsende Betriebe		42			17,9		21
schrumpfende Betriebe		36			-11,0		23
Lüneburg	538	17	100	-5	-1,0	41	22
wachsende Betriebe		41			10,8		19
schrumpfende Betriebe		32			-13,4		25
Weser-Ems	1.076	34	100	21	2,0	56	31
wachsende Betriebe		49			13,8		28
schrumpfende Betriebe		28			-12,5		19
Verdichtungsregionen	1.225	39	100	14	1,3	71	38
wachsende Betriebe		46			12,1		24
schrumpfende Betriebe		32			-13,8		24
Stadtregionen	752	24	100	10	1,3	37	20
wachsende Betriebe		44			12,5		29
schrumpfende Betriebe		35			-12,1		21
ländliche Regionen	1.169	37	100	15	1,2	78	42
wachsende Betriebe		45			12,8		22
schrumpfende Betriebe		29			-15,8		21
Niedersachsen	3.146	100		39	1,2	186	100

Lesebeispiel „Bezirk/Statistische Region Braunschweig“: Die Zahl der Erwerbstätigen beträgt 558.000 oder 18 Prozent aller niedersächsischen Erwerbstätigen. Gegenüber 2008 ist die Zahl um 4.000 oder 0,8 Prozent gestiegen. Die Zahl der Betriebe beträgt 36.000 oder 19 Prozent aller niedersächsischen Betriebe. 29 Prozent aller Betriebe mit 48 Prozent aller Erwerbstätigen im Regierungsbezirk haben eine wachsende Beschäftigung, denen in 24 Prozent der Betriebe mit 30 Prozent der Beschäftigten Schrumpfungen gegenüberstehen.

⁸ Die vier ehemaligen Regierungsbezirke entsprechen den so genannten NUTS II-Regionen der europäischen regionalen Gliederungssystematik. In der amtlichen Statistik werden sie als „Statistische Regionen“ bezeichnet. Siehe dazu Eichhorn, L. (2009): Die Europäische Regionalsystematik NUTS und Niedersachsens Regionen, in: *Statistische Monatshefte Niedersachsen* 6/2009, S. 268-272.

Wirtschaftlich größter Teilraum sowohl im Hinblick auf die Anzahl an Betrieben wie auf die Beschäftigten ist mit jeweils etwa einem Drittel der Regierungsbezirk Weser-Ems. Ihm folgen der Bezirk Hannover und dann erst mit deutlichem Abstand Lüneburg, und Braunschweig. Der Bereich Hannover ist eher groß- und Lüneburg eher kleinbetrieblich strukturiert. Dies sieht man daran, dass bei ersterem der Erwerbstätigenanteil größer ist als der Betriebsanteil und bei letzterem es umgekehrt ist.

Die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt waren in den verschiedenen Bezirken uneinheitlich. Von 2008 auf 2009 verzeichneten drei von vier von ihnen immerhin noch Beschäftigungszuwächse, wenngleich die jeweiligen Anstiege im Vergleich zur Vorperiode deutlich geringer ausfielen. Nur im Bezirk Lüneburg war ein Rückgang zu konstatieren. An günstigsten war, wie in den Vorjahren, die Entwicklung im Bezirk Weser-Ems, dicht gefolgt von Hannover. Da die Entwicklung auch innerhalb der Bezirke nicht einheitlich verläuft, ist die Analyse zusätzlich nach wachsenden und schrumpfenden Betrieben gegliedert.

Differenziert man nach Raumtypen, so ergibt sich ein überraschend einheitliches Bild: Sowohl in den Verdichtungsregionen als auch in den ländlichen bzw. in den Stadtregionen hat die Beschäftigung 2009 um nahezu den gleichen Wert (1,2 bzw. 1,3 Prozent) zugenommen.

Zu den Verdichtungsregionen zählt man dabei die Großstädte Hannover und Braunschweig mitsamt ihrem Umland, die größeren Gemeinden im östlichen Niedersachsen (Wolfsburg, Gifhorn, Salzgitter, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel) sowie die an den Stadtstaaten Bremen und Hamburg angrenzenden Städte und Landkreise. Diese Regionen stellen mit 39 Prozent den größten Anteil der Erwerbstätigen, aber nur den zweithöchsten der Betriebe. Als Stadtregionen werden die niedersächsischen Städte um 100.000 Einwohner, also Hildesheim, Osnabrück, Oldenburg und Göttingen sowie der Landkreis Ammerland bezeichnet. Die übrigen Städte und Landkreise klassifiziert man als ländliche Regionen. Hier sind mit 42 Prozent die meisten niedersächsischen Betriebe beheimatet.

3 Personalstruktur

3.1 Tätigkeitsgruppen

Die Tätigkeitsgruppen spiegeln die Qualifikationsanforderungen am Arbeitsplatz wider. Dabei werden Beschäftigte danach unterschieden, ob für ihre Tätigkeiten eine Berufsausbildung erforderlich ist (qualifizierte Tätigkeiten) oder nicht (einfache Tätigkeiten). Bei ersteren wird darüber hinaus danach differenziert, ob eine abgeschlossene Lehre bzw. eine vergleichbare Ausbildung oder ein Hochschul-/Fachhochschulabschluss vorausgesetzt wird. Weiterhin werden leitende Tätigkeiten als Inhaber/-innen, Vorstände und Geschäftsführer/-innen erfasst. In die Auswertung wird – wie in den Vorjahren - nur der engere Tätigkeitsbereich einbezogen, d. h. der Ausbildungsbereich wird ausgegrenzt.

Auf Arbeitsplätzen mit einfachen Tätigkeiten sind im vergangenen Jahr 22 Prozent der Erwerbstätigen (ohne Auszubildende und Beamtenanwärter) zu finden. Die Mehrheit übt qualifizierte Tätigkeiten aus, wobei für 60 Prozent eine Berufsausbildung und für 12 Prozent ein Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluss erforderlich ist. Der Anteil der tätigen Inhaber/-innen, Vorstände und Geschäftsführer/-innen beträgt 6 Prozent. Differenziert man die Betrachtung nach Branchen, so zeigen sich hohe Anteile an Geringqualifizierten in verschiedenen Dienstleistungsbereichen (u.a. Handel und Reparatur 27 Prozent) während umgekehrt im Baugewerbe sowie bei Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentlicher Verwaltung relativ wenige Beschäftigte dieser Qualifikationsstufe eingesetzt werden (je 11 Prozent). Letztgenannter Bereich verfügt stattdessen über einen hohen Anteil hochqualifizierter Arbeitnehmer (30 Prozent).

Zur Verdeutlichung des Beschäftigtenstrukturwandels ist auch die Aufteilung auf Tätigkeitsgruppen in den vorherigen Jahren wieder gegeben. Generell lässt sich sagen, dass der Strukturwandel Hochqualifizierte begünstigt und Geringqualifizierte benachteiligt. Diese Entwicklung war nicht in allen einzelnen Jahren durchgängig zu verzeichnen und auch die Veränderungen von 2008 auf 2009 bewegten sich geringfügig in die entgegengesetzte Richtung. Über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet ist der Trend aber deutlich. Der Anteil der Personen mit Leitungsfunktionen ist bemerkenswert konstant.

Tabelle 12: Erwerbstätige in Niedersachsen nach Tätigkeitsgruppen 2004 bis 2009, Stand: jeweils 30.6.

Tätigkeitsgruppen	Anteil an Erwerbstätigen ^{a)} in Prozent						
	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einfache Tätigkeiten	33	25	26	22	24	21	22
Qualifizierte Tätigkeiten nach Berufsausbildung	61	59	57	61	59	61	60
Qualifizierte Tätigkeiten nach Studium		10	11	11	11	12	12
Tätige Inhaber/innen, Vorstände, Geschäftsführer/innen	6	6	6	6	6	6	6
Erwerbstätige ohne Auszubildende/Beamtenanwärter	100	100	100	100	100	100	100

a) Alle Erwerbstätigen ohne Auszubildende und Beamtenanwärter.

Die nächste Tabelle informiert über die Aufteilung der Tätigkeitsgruppen, getrennt für weibliche und männliche Erwerbstätige im Jahr 2009. Die größte Differenz (7 Prozentpunkte) zeigt sich bei den Geringqualifizierten, da 26 Prozent der Frauen und nur 19 Prozent der Männer einfache Tätigkeiten ausüben. Dieser Unterschied hat im Vergleich zu 2008 allerdings um 3 Prozentpunkte abgenommen. Zugenommen hat dagegen der Abstand zwischen Frauen und Männern bei qualifizierten Tätigkeiten mit Berufsausbildung, der mittlerweile 4 Prozentpunkte beträgt. Bei qualifizierten Tätigkeiten mit Studium beträgt dagegen die Differenz 5 Prozentpunkte zugunsten der männlichen Erwerbstätigen. Auch bei tätigen Inhabern, Vorständen und Geschäftsführern sind weibliche Erwerbstätige unterrepräsentiert.

Tabelle 13: Vergleich von weiblichen und männlichen Erwerbstätigen in Niedersachsen nach Tätigkeitsgruppen im Jahr 2009, Stand: 30.6.

Tätigkeitsgruppe	Anteil an Erwerbstätigen ^{a)} in Prozent	
	Frauen	Männer
einfache Tätigkeiten	26	19
qualifizierte Tätigkeiten mit Berufsausbildung	62	58
qualifizierte Tätigkeiten mit Studium	9	14
tätige Inhaber/-innen, Vorstände, Geschäftsführer/-innen	3	9
Erwerbstätige ohne Auszubildende/Beamtenanwärter	100	100

a) Alle Erwerbstätigen ohne Auszubildende und Beamtenanwärter.

3.2 Mini- und Midi-Jobs

Die geringfügige Beschäftigung wird seit April 2003 als Mini-Job geführt, falls der Monatsverdienst 400 Euro nicht übersteigt; hinzu kommen kurzfristig Beschäftigte (maximal 2 Monate oder 50 Tage im Jahr). Diese Beschäftigungskategorie wurde bis 2005 bei den Betrieben als „sonstige Beschäftigte“ erfragt, mit einem besonderen Hinweis auf geringfügige Beschäftigung. Auf Anregung der Betriebe wurden 2006 die geringfügig Beschäftigten als eigene Kategorie neben den „sonstigen Beschäftigten“ erfasst. Daher sind die Zahlen gegenüber den Berichten vor 2006 nicht ganz vergleichbar. Die Differenzen sind aber gering.⁹

Im Jahr 2009 beschäftigen 56 Prozent der Betriebe geringfügig Beschäftigte, vier Prozentpunkte mehr als im Jahr 2008. Die Anteile der geringfügig Beschäftigten an allen Beschäftigten (ohne Auszubildende und Beamtenanwärter) bzw. an allen Erwerbstätigen in Betrieben mit geringfügiger Beschäftigung haben nach dem leichten Rückgang 2008 wieder zugenommen, so dass die Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre weiter fortgesetzt zu werden scheint. In Westdeutschland hat die geringfügige Beschäftigung ein vergleichbares Ausmaß.

Tabelle 14: Geringfügige Beschäftigung in Niedersachsen 2001 bis 2009, Anteile in Prozent, Stand: jeweils 30.06.

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Betriebe mit geringfügiger Beschäftigung	44	37	40	46	51	55	52	53	52	56
geringfügig Beschäftigte ^{a)}	13	9	10	12	13	13	14	15	13	14
Anteil an Erwerbstätigen in Betrieben mit geringfügiger Beschäftigung ^{a)}	24	18	21	23	22	21	23	24	21	22

a) Geringfügig Beschäftigte bezogen auf Erwerbstätige ohne Auszubildende und Beamtenanwärter.

Die geringfügige Beschäftigung tritt verstärkt im Dienstleistungssektor auf (u.a. Handel und Reparatur 23 Prozent) und ist eher in Mittelbetrieben anzufinden als in Großbetrieben mit mehr als 100 Erwerbstätigen (weniger als 7 Prozent).

Welche sind die Gründe für den Einsatz geringfügiger Beschäftigung? Fragt man die Betriebe nach dem wichtigsten Motiv, so dominieren die Gründe „mehr Flexibilität“ und „geringer Umfang der Tätigkeit“, mit jeweils etwas mehr als einem Drittel. Bei den Organisationen ohne Erwerbszweck und der öffentlichen Verwaltung sowie im Baugewerbe ist der geringe Tätigkeitsumfang mit ca. der Hälfte der Antworten am wichtigsten, in Handel und Reparatur die Flexibilität. Im erstgenannten Bereich hat

⁹ Am 30.06.2009 betrug die Zahl der geringfügig Beschäftigten 423.000 und die der sonstigen 23.000.

allerdings auch der Grund „Senkung der Lohnkosten“ mit 24 Prozent eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung. Die Lohnkostensenkung spielt auch für kleine Betriebe mit bis zu 4 Erwerbstätigen eine überproportional große Rolle.

Tabelle 15: Wichtigster Grund für die Nutzung geringfügiger Beschäftigung in Niedersachsen 2009; 1. Halbjahr. Basis: Betriebe mit Nutzung von geringfügiger Beschäftigung^{a)}

	Mehr Flexibilität im Einsatz der Beschäftigten	Verlängerung der Betriebszeit	Senkung der Lohnkosten	Geringer Umfang der Tätigkeit	Einsatz erfolgte auf Wunsch der Mitarbeiter
2009 Niedersachsen	34	1	15	38	8
Verarbeitendes Gewerbe	30	--	16	41	6
Baugewerbe	32	--	8	47	9
Handel, Reparatur	46	2	12	27	7
Dienstleistungen	31	1	15	42	8
Org. o. E., öffentliche Verwaltung	23	--	24	51	1
1-4 Erwerbstätige	25	1	22	39	5
5-19 Erwerbstätige	36	1	15	39	8
20-99 Erwerbstätige	44	3	4	37	10
100-499 Erwerbstätige	30	2	9	40	13
500 und mehr	37	--	--	37	9
2009 Westdeutschland	30	2	12	39	10

a) Die Prozentsätze addieren sich nicht zu Hundert, da die Kategorie „Sonstiges“ nicht ausgewiesen wird.

Seit April 2003 besteht des Weiteren die Möglichkeit der Beschäftigung in Midi-Jobs. Bei einem Monatsverdienst zwischen 400,01 Euro und 800 Euro tritt nicht die volle Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbeitragslast, sondern eine Gleitzone ein. Der Anteil der Betriebe mit Beschäftigten in Midi-Jobs war vom Ausgangswert im Jahr 2003 bis zum Jahr 2006 um 4 Prozentpunkte auf 21 Prozent gesunken, im Jahr darauf deutlich gestiegen und anschließend in fast gleichem Ausmaß wieder gefallen. Der Anteil an allen Beschäftigten in Niedersachsen (4 Prozent) sowie an den Beschäftigten in Betrieben mit Midi-Jobs (11 Prozent) ist in den letzten Jahren relativ konstant geblieben. Die größte Veränderung ist beim Anteil der vollzeitbeschäftigten Midi-Jobs zu verzeichnen. War 2003 fast jeder dritte Beschäftigte in einem Midi-Job vollzeitbeschäftigt, so war dies bei 2009 nur noch jeder zwanzigste, wobei dieser Wert insbesondere in den letzten beiden Jahren stark abgenommen hat.

Tabelle 16: Midi-Jobs in Niedersachsen 2004 bis 2009, Anteile in Prozent, Stand: jeweils 30.06.

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Betriebe mit Midi-Jobs	25	21	22	21	26	22	23
Beschäftigte in Midi-Jobs ^{a)}	3	3	3	3	4	3	4
Anteil an Beschäftigten in Betrieben mit Midi-Jobs ^{a)}	11	11	10	11	11	11	11
Anteil Vollzeitbeschäftigte an Beschäftigten mit Midi-Jobs	31	10	13	16	16	8	5

a) Beschäftigte in Midi-Jobs bezogen auf Erwerbstätige ohne Auszubildende und Beamtenanwärter.

3.3 „1-Euro-Jobs“

Nach dem Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003 wurden Länder, Gemeinden, Wohlfahrtsverbände und andere Einrichtungen aktiv, um die so genannten „1-Euro-Jobs“ zu schaffen. Etwa 2 Prozent der Betriebe in Niedersachsen nutzen „1-Euro-Jobs“.

Tabelle 17: „1-Euro-Jobs“ in Niedersachsen 2006 bis 2009, Anteile in Prozent, Stand: jeweils 30.06.

	2006	2007	2008	2009
Betriebe mit 1-Euro-Jobs	3	2	2	2
Beschäftigte in 1-Euro-Jobs ^{a)}	1	1	1	1
Anteil an Erwerbstätigen in Betrieben mit 1-Euro-Jobs ^{a)}	8	8	12	13

a) Beschäftigte in 1-Euro-Jobs bezogen auf Erwerbstätige ohne Auszubildende und Beamtenanwärter.

Dem Charakter der „1-Euro-Jobs“ entsprechend gehören die Betriebe mit Nutzung von 1-Euro-Jobs überwiegend dem Sektor Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung an. Der Anteil der „1-Euro-Jobber“ an allen Beschäftigten in Niedersachsen beträgt nur knapp 1 Prozent. Allerdings ist in Betrieben mit Nutzung der Anteil mit 13 Prozent erheblich höher. Insgesamt zeigen sich nur bei der letztgenannten Größe, die in den letzten beiden Jahren deutlich gestiegen ist, Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren.

3.4 Teilzeitbeschäftigung

Über den bisherigen Beobachtungszeitraum (2001-2008) gesehen, gab es zwei relativ stabile Entwicklungstendenzen: Zum einen gewann die Teilzeitbeschäftigung an Bedeutung und zum anderen stieg der Männeranteil an den Teilzeitbeschäftigten

langsam an. Die erste Tendenz lässt sich sowohl am Anteil der Betriebe mit Teilzeitbeschäftigung als auch am Anteil der Teilzeitbeschäftigten selbst ablesen, denn die Werte für 2008 liegen um 9 bzw. 5 Prozentpunkte über den Startwerten im Jahr 2001. Die zweite Tendenz zeigt sich im tendenziell sinkenden Frauenanteil, der gleichwohl aber noch immer recht hoch liegt. Die aktuelle Entwicklung von 2008 auf 2009 verläuft allerdings diesem Trend entgegengesetzt. Der Umfang der Teilzeitarbeit hat etwas abgenommen und der Frauenanteil ist angestiegen. Es ist aber nicht zu erwarten, dass es sich hier um eine Trendumkehr handelt. Leichte Schwankungen im Entwicklungsprozess hat es auch in früheren Jahren schon gegeben.

Tabelle 18: Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung in Niedersachsen 2001 bis 2009, Anteile in Prozent, Stand: jeweils 30.06.

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Betriebe mit Teilzeitbeschäftigung	55	67	66	73	71	68	76	75	76	76
Teilzeitbeschäftigte ^{a)}	18	23	25	26	26	26	29	29	29	28
Anteil an Erwerbstätigen in Betrieben mit Teilzeitbesch. ^{a)}	23	27	29	29	29	30	33	31	32	30
Frauenanteil an Teilzeitbeschäftigung	85	85	84	80	82	83	80	79	78	80

a) Teilzeitbeschäftigte bezogen auf Erwerbstätige ohne Auszubildende und Beamtenanwärter.

Bei einer nach Branchen differenzierten Betrachtung wird deutlich, dass die meisten Dienstleistungsbranchen und der Bereich Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung stark von Teilzeitbeschäftigung Gebrauch machen, während Handel und Reparatur und vor allem das Baugewerbe eine unterdurchschnittliche Nutzung dieses personalpolitischen Instruments aufweisen.

Im Vergleich zu Westdeutschland verwenden niedersächsische Betriebe etwas häufiger das Instrument Teilzeitbeschäftigung.

3.5 Befristete Beschäftigung

Die Entwicklung befristeter Beschäftigungsverhältnisse im Beobachtungszeitraum zeigt einen leicht zunehmenden Trend. Der Anteil der Betriebe, die Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen beschäftigt haben, liegt bei 17 Prozent und somit um 8 Prozentpunkte über dem Ausgangswert im Jahr 2001. Der Anteil an allen Beschäftigten ist auf 8 Prozent bzw. auf 14 Prozent aller Beschäftigten in Betrieben mit befristeter Beschäftigung gestiegen. Frauen stellten mit Ausnahme von 2007 stets die Mehrheit der Beschäftigten in befristeten Arbeitsverhältnissen. Da die Frauen aber nur ca.

45 Prozent der Erwerbstätigen stellen, sind sie in der gesamten Periode überproportional betroffen.

Tabelle 19: Befristete Beschäftigung in Niedersachsen 2001 bis 2009, Anteile in Prozent

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Betriebe mit befristeter Beschäftigung ^{a)}	10	9	12	15	18	16	18	17	17	17
befristet Beschäftigte ^{a) b)}	5	4	5	5	6	6	7	7	8	8
Anteil an Erwerbstätigen in Betrieben mit befristeter Beschäftigung ^{a) b)}	10	9	11	9	11	11	12	13	14	14
Frauenanteil an Personen mit befristeter Beschäftigung ^{a)}	53	56	52	54	51	55	58	49	54	57
Befristete Neueinstellungen ^{c)}										
Anteil Betriebe mit Neueinstellungen		30	25	27	28	22	30	26	28	26
... davon mit befristeten Neueinstellungen		27	28	38	41	35	40	36	30	26
Anteil befristeter an allen Neueinstellungen		37	39	38	46	46	41	46	43	53
Anteil befristeter an allen Neueinstellungen in Betrieben mit befrist. Neueinstellungen		72	72	75	75	84	71	84	78	80

a) Stand: jeweils 30.6.

b) Befristet Beschäftigte bezogen auf Erwerbstätige ohne Auszubildende und Beamtenanwärter.

c) Bezug: jeweils 1. Halbjahr

Die Gründe der betrieblichen Nachfrage nach befristeter Beschäftigung machen es erforderlich, befristete Arbeitsverträge im Zusammenhang mit dem Einstellungsverhalten von Betrieben zu betrachten. Der Anteil der Betriebe mit Neueinstellungen ist seit dem Jahr 2001 zunächst deutlich von 30 auf 22 Prozent im Jahr 2005 gesunken. Die anschließende positive Wirtschaftsentwicklung hat dann wieder zu vermehrten Neueinstellungen geführt, ehe im Krisenjahr 2009 der Umfang wieder etwas zurückgegangen ist. Die quantitative Bedeutung des personalpolitischen Instruments der Befristung hat am aktuellen Rand der Beobachtungsperiode wieder zugenommen und liegt deutlich über den Werten zu Beginn des Jahrtausends. Ein kleiner Teil der Befristungen (3 Prozent aller Befristungen) ist auf zeitlich begrenzte öffentliche Förderung zurückzuführen.

Im Vergleich zu Westdeutschland nutzen niedersächsische Betriebe befristete Beschäftigung etwas häufiger. Auffällig ist vor allem der stärkere Einsatz im Bereich öffentliche Verwaltung bzw. Organisationen ohne Erwerbscharakter. Niedersächsi-

sche Betriebe haben 2009 etwas häufiger Neueinstellungen vorgenommen im Vergleich zu Westdeutschland, darunter aber auch häufiger befristet Beschäftigte.

Die aktuelle Welle des Betriebspanels enthält auch Fragen zu den Gründen für den Einsatz befristeter Beschäftigung. Dabei bestätigen sich die häufig geäußerten Vermutungen zu ihrer Nutzung als personalpolitisches Mittel. So werden befristet Beschäftigte als flexible Randbelegschaft genutzt, mit der auf Nachfrageschwankungen reagiert wird (insgesamt 15+20+3+16=54 Prozent). Ein weiterer Grund ist die Nutzung von Befristungen als verlängerte Probezeit bei Neueinstellungen, was von immerhin 28 Prozent der Betriebe als wichtigstes Motiv angegeben wird.

Tabelle 20: Wichtigster Grund für die Nutzung befristeter Beschäftigung in Niedersachsen 2009; 1. Halbjahr. Basis: Betriebe mit Nutzung von geringfügiger Beschäftigung^{a)}

	Zeitlich begrenzter Ersatzbedarf	Unsicherheit bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung	Stellen können nur für einen begrenzten Zeitraum finanziert werden	Zusätzlicher Bedarf besteht nur für begrenzte Zeit	Eignung von Beschäftigten kann vor einer Festanstellung besser beurteilt werden	Leistungsbereitschaft und Motivation der Beschäftigten ist höher
2009 Niedersachsen	15	20	3	16	28	2
Verarbeitendes Gewerbe	9	36	1	22	24	--
Baugewerbe	5	30	--	18	9	--
Handel, Reparatur	3	30	--	8	44	9
Dienstleistungen	19	17	4	12	31	1
Org. o. E., öffentliche Verwaltung	38	--	12	28	2	--
1-4 Erwerbstätige	--	10	--	4	--	12
5-19 Erwerbstätige	15	23	1	21	30	--
20-99 Erwerbstätige	17	19	6	12	39	1
100-499 Erwerbstätige	23	24	9	16	17	4
500 und mehr	32	17	14	15	16	--
2009 Westdeutschland	18	22	6	15	24	1

a) Die Prozentsätze addieren sich nicht zu Hundert, da die Kategorie „Sonstiges“ nicht ausgewiesen wird.

Auffällig ist, dass im Gegensatz zu den vier überwiegend privatwirtschaftlich organisierten Sektoren die Unsicherheit bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung in der öffentlichen Verwaltung und bei den Organisationen ohne Erwerbszweck keine wichtige Triebfeder für den Einsatz befristeter Beschäftigung ist. Hier dominieren zeitlich begrenzte Bedarfe sowie begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten für Arbeitsplätze. Im

öffentlichen Sektor spielt außerdem die befristete Beschäftigung als verlängerte Probezeit eine vernachlässigbare Rolle, während im Bereich Handel und Reparatur 44 Prozent der Betriebe angeben, vorrangig aus diesem Grund Arbeitnehmer befristet einzustellen.

Als Motivationsinstrument hat die befristete Beschäftigung keine große Bedeutung. Nur bei kleinen Betrieben mit bis zu 4 Mitarbeitern lässt sich ein nennenswerter Anteil verzeichnen. Mit zunehmender Betriebsgröße steigt dagegen die Bedeutung der befristeten Beschäftigung als Lösung für zeitlich begrenzte Ersatzbedarfe.

Befristet Beschäftigte werden am häufigsten für Tätigkeiten eingesetzt, die ein mittleres Qualifikationsprofil erfordern (56 Prozent). Im Baugewerbe betrifft dies sämtliche temporär Beschäftigte. Vornehmlich für einfache Tätigkeiten wird etwa ein Drittel der befristet Beschäftigten verwendet, während mit Aufgaben, die eine akademische Ausbildung erfordern, knapp ein Achtel betraut wird. Letztere finden sich fast ausschließlich im Dienstleistungssektor sowie in der öffentlichen Verwaltung und den Organisationen ohne Erwerbszweck wieder.

Tabelle 21: Häufigste Tätigkeitsform bei Nutzung befristeter Beschäftigung in Niedersachsen 2009; 1. Halbjahr. Basis: Betriebe mit Nutzung von befristeter Beschäftigung

	einfache Tätigkeiten, die keine Berufsausbildung erfordern	Tätigkeiten, die eine Berufsausbildung bzw. Berufserfahrung erfordern	Tätigkeiten, die einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss erfordern
2009 Niedersachsen	32	56	12
Verarbeitendes Gewerbe	43	52	5
Baugewerbe	--	100	--
Handel, Reparatur	19	81	--
Dienstleistungen	34	48	18
Org. o. E., öffentliche Verwaltung	30	48	22
1-4 Erwerbstätige	14	75	11
5-19 Erwerbstätige	35	48	17
20-99 Erwerbstätige	35	59	6
100-499 Erwerbstätige	33	60	7
500 und mehr	19	76	5
2009 Westdeutschland	33	54	9

Schaut man sich für diese drei Tätigkeitsgruppen jeweils die häufigsten Befristungsgründe an (in Tabelle 21 nicht angegeben), ergibt sich, dass bei den Hochqualifizierten die Unsicherheit von einem großen Teil (31 Prozent) genannt wird, bei Qualifizierten mit abgeschlossener Lehre dominiert die Verlängerung der Probezeit als Grund und schließlich bei den Geringqualifizierten die zeitliche Begrenzung eines zusätzlichen Bedarfs.

Differenziert man die befristete Beschäftigung nach der häufigsten Vertragsdauer, dann zeigt sich das in der folgenden Tabelle dargestellte Bild. Am weitesten verbreitet sind Befristungsdauern zwischen 6 Monaten und einem Jahr, gefolgt von denen bis unter 6 Monate. Nur in 18 Prozent der Fälle ist die häufigste Vertragsdauer länger als ein Jahr. Im Baugewerbe sind allerdings Vertragsdauern von einem bis zwei Jahre stärker verbreitet (36 Prozent) und im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Organisationen ohne Erwerbscharakter kommen in mehr als einem Fünftel der Betriebe sogar häufigste Vertragsdauern von mehr als zwei Jahren vor. Generell lässt sich sagen, je anspruchsvoller die Tätigkeit, umso länger die Vertragsdauer im Durchschnitt.

Tabelle 22: Häufigste Vertragsdauern bei befristeter Beschäftigung in Niedersachsen 2009; 1. Halbjahr. Basis: Betriebe mit Nutzung von befristeter Beschäftigung

	Befristungen bis zu sechs Monaten	Befristungen zwischen 6 und 12 Monaten	Befristungen zwischen 12 und 24 Monaten	Befristungen von mehr als 24 Monaten
2009 Niedersachsen	38	44	16	2
Verarbeitendes Gewerbe	28	56	15	1
Baugewerbe	36	28	36	--
Handel, Reparatur	28	53	19	--
Dienstleistungen	43	43	13	1
Org. o. E., öffentliche Verwaltung	21	36	22	21
1-4 Erwerbstätige	54	13	20	13
5-19 Erwerbstätige	49	41	10	--
20-99 Erwerbstätige	25	56	18	1
100-499 Erwerbstätige	23	48	24	5
500 und mehr	26	47	26	1
2009 Westdeutschland	28	42	19	5

Befristet Beschäftigte streben häufig eine Übernahme in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis an. Wie Tabelle 23 zeigt, hat sich im Jahr 2009 aus Arbeitnehmer-sicht die Situation verschlechtert, nachdem im Vorjahr eine wesentliche Verbesserung verzeichnet werden konnte. Bezogen auf alle Erwerbstätigen (ohne Auszubildende und Beamtenanwärter) ist der Anteil Übernommener sehr gering. Bezieht man allerdings die Übernommenen auf die Zahl der befristet Beschäftigten steigt der Anteil mit 12 Prozent deutlich an.¹⁰ Mehr als die Hälfte der Übernommenen sind Frauen, die allerdings mit 57 Prozent auch überproportional von Befristungen betroffen sind. Von den Beschäftigten, denen kein unbefristetes Arbeitsverhältnis angeboten werden konnte, wurden 2009 weitere 22 Prozent immerhin in ein weiteres befristetes Vertragsverhältnis überführt.

Tabelle 23: Übernahme aus befristeter in unbefristete bzw. erneut befristete Beschäftigung in Niedersachsen 2009; Basis: Betriebe mit befristeter Beschäftigung, Anteile in Prozent

	2007	2008	2009
Anteil Betriebe mit Übernahmen aus befristeter Beschäftigung ^{a)}	25	37	33
Anteil übernommener Arbeitnehmer aus befristeter Beschäftigung ^{a) b)}	1	2	2
.....davon Frauenanteil	46	54	54
Anteil Betriebe mit erneuter befristeter Beschäftigung ^{a)}	--	--	22
Anteil erneut befristet beschäftigter Arbeitnehmer ^{a) b)}	--	--	2

a) Bezug: jeweils 1. Halbjahr

b) Befristet Beschäftigte bezogen auf Erwerbstätige ohne Auszubildende und Beamtenanwärter.

3.6 Aushilfen, Praktikanten, freie Mitarbeiter und Leiharbeitskräfte

Die Beschäftigung von Aushilfen bzw. Praktikanten hat im Jahr 2006 gegenüber den vorherigen Jahren mit allgemeinem Beschäftigungsrückgang (2001 bis 2005) an Bedeutung verloren und ist seitdem auf relativ niedrigem Niveau ziemlich konstant geblieben. 15 Prozent der Betriebe – verteilt über alle Branchen – setzten 2009 derartige Kräfte ein. Der Anteil der Betriebe mit freien Mitarbeitern, die Werk- oder Dienstverträge haben, schwankt seit mehreren Jahren zwischen 4 und 5 Prozent. Im Krisenjahr 2009 hat die quantitative Bedeutung dieser Beschäftigungsform etwas

¹⁰ Korrekterweise müsste die Zahl der Übernommenen auf die durchschnittliche Zahl der befristet Beschäftigten im 1. Halbjahr bezogen werden, die aber nicht bekannt ist. Der ausgewiesene Wert kann leicht nach oben verzerrt sein.

zugenommen. Genau das Gegenteil ist bei der Leiharbeit eingetreten. Der Anteil der Betriebe, die Leiharbeit nutzen, ist gegenüber dem Vorjahr um einen Prozentpunkt zurückgegangen und beträgt jetzt 3 Prozent. Bezogen auf die Erwerbstätigen ist der Anteil der Leiharbeiter auf ein Prozent abgesunken. Hierin zeigt sich, dass "Leiharbeit" ein sehr flexibles personalpolitisches Instrument darstellt. In absoluten Zahlen bedeutet das, dass 1.000 Betriebe dies Instrument nicht mehr nutzen. Die Zahl der Leiharbeiter ist gleichzeitig um 25.000 oder 37 Prozent gesunken. Bezogen auf die Gruppe der Betroffenen ist der Rückgang sehr bedeutsam, bezogen auf die Beschäftigten insgesamt aber eher marginal. Insofern ist die große mediale Aufmerksamkeit, die dieser Entwicklung zu Teil wurde, zwar verständlich, aber mit Blick auf die Gesamtwirtschaft übertrieben gewesen. Bei einer Differenzierung der Analyse zeigt sich, dass vor allem Großbetriebe und Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe Leiharbeitnehmer einsetzen, während diese Beschäftigungsform in den übrigen Bereichen nur eine geringe Rolle spielt.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern liegen die Anteile der Betriebe mit Aushilfen, Praktikanten bzw. Leiharbeitskräften etwa im westdeutschen Durchschnitt. Auch der Anteil der Betriebe mit freien Mitarbeitern hat sich in Niedersachsen mit 6 Prozent mittlerweile dem westdeutschen Durchschnitt (7 Prozent) angenähert.

Tabelle 24: Beschäftigung von Aushilfen, Praktikanten, freien Mitarbeitern und Leiharbeitskräften in Niedersachsen 2002 bis 2009, Anteile in Prozent, Stand: jeweils 30.06.

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Aushilfen/ Praktikanten								
Anteil an Betrieben	15	18	17	19	16	15	15	15
Verhältnis zu Erwerbstätigen ^{a)}	3	3	3	3	2	2	2	2
Verhältnis zu EWT in Betr. m. Nutzung ^{a)}	7	7	8	8	5	6	5	5
Freie Mitarbeiter								
Anteil an Betrieben	3	3	4	5	4	5	4	6
Verhältnis zu Erwerbstätigen ^{a)}	1	1	1	2	2	2	2	3
Verhältnis zu EWT in Betr. m. Nutzung ^{a)}	7	9	12	14	14	14	19	24
Leiharbeitskräfte								
Anteil an Betrieben	3	2	2	2	3	4	4	3
Verhältnis zu Erwerbstätigen ^{a)}	1	1	1	1	1	2	2	1
Verhältnis zu EWT in Betr. m. Nutzung ^{a)}	4	5	5	6	8	9	9	8

a) Alle Erwerbstätigen (EWT) ohne Auszubildende und Beamtenanwärter.

Aushilfen bzw. Praktikanten, freie Mitarbeiter und Leiharbeiter werden bei der Erfassung der Zahl der Erwerbstätigen im Betrieb nicht mitgezählt. Daher kann für diese

Beschäftigungsformen nicht der Anteil, sondern nur das Verhältnis zu allen Erwerbstätigen ausgewiesen werden. Dieses Verhältnis ist 2009 für alle drei Gruppen nur leicht verändert auf niedrigem Niveau (1-3 Prozent) geblieben. In Betrieben mit Nutzung der jeweiligen Beschäftigungsform ist das Verhältnis von Aushilfen bzw. Praktikanten im Vergleich zum Vorjahr in etwa konstant geblieben, das Verhältnis von Leiharbeitnehmern leicht gefallen, während beim Verhältnis von freien Mitarbeitern seit Jahren ein steigender Trend zu beobachten ist. Der leichte Zuwachs bei den Leiharbeitskräften 2007-2008 war wahrscheinlich durch die seit 2006 gute Konjunktur bedingt: Im Krisenjahr 2009 ging dieser Wert mit dem allgemeinen Konjunkturrückgang wieder zurück.

In der wirtschaftspolitischen Diskussion um die Bewertung des Einsatzes von Leiharbeitskräften wird von deren Befürwortern zum einen die dadurch erreichbare betriebliche Flexibilität hervorgehoben und zum anderen wird auf den sogenannten Klebeeffekt hingewiesen, nach dem Leiharbeitskräfte Chancen haben, im beschäftigenden Betrieb als reguläre Arbeitskraft eingestellt zu werden. Über die Stärke dieses Klebeeffekts wird allerdings gestritten. Im letztjährigen Bericht wurden Informationen zur Übernahme erhoben, aus denen sich allerdings der Klebeeffekt nicht präzise errechnen ließ.

3.7 Atypische Beschäftigung

Der leicht zunehmende Anteil, der in den vorangegangenen Abschnitten für die Phänomene der geringfügigen und befristeten Beschäftigung sowie der Teilzeitbeschäftigung festgestellt wurde, reflektiert eine Entwicklung, die auch in anderen Veröffentlichungen festgestellt wird.¹¹ Einer Definition des Statistischen Bundesamts folgend, werden die genannten Beschäftigungsformen (plus die Leiharbeit) häufig als „atypische Beschäftigung“ bezeichnet, da sie nicht mehr dem Grundmodell der unbefristeten Vollzeitstelle entsprechen. Im vorliegenden Bericht werden die verschiedenen "atypischen" Beschäftigungsformen nicht zu einer Gesamtgruppe "atypisch Beschäftigter" zusammengefasst, weil im Betriebspanel Beschäftigungsfälle erfasst werden. Unter Umständen kann eine Person hier mehrfach gezählt werden. Wenn sie z.B. einen befristeten Teilzeitvertrag mit einer Entlohnung zwischen 401 und 800 Euro hat, würde sie hier drei Mal aufgeführt, nämlich bei der Befristung, der Teilzeit und den Midi-Jobs. Die Gruppe mit "Normalarbeitsverhältnissen" würde dadurch zu niedrig ausgewiesen.

¹¹ Die Situation in Niedersachsen wird analysiert in: Rebggiani, L. (2009): Atypische Beschäftigung in Niedersachsen, in: *Statistische Monatshefte Niedersachsen* 10/2009, S. 493-500.

Die Entlohnung "atypischer" Arbeitsverhältnisse ist deutlich geringer als die von Normalarbeitnehmer/-innen, was sich mithilfe der so genannten Verdienststrukturerhebung ermitteln lässt.¹² Dieses geringere Verdienstniveau führt tendenziell zu einer größeren Armutsgefährdung, wobei dafür mitentscheidend die sonstige Erwerbskonstellation im Haushalt ist. So kann ein Niedriglohn aus einer geringfügigen Beschäftigung ein willkommenes „Taschengeld“ für eine Person sein, deren Ehe- oder Lebenspartner einen überdurchschnittlich gut bezahlten Vollzeitjob hat. Er kann aber wirtschaftlichen Notstand bedeuten, wenn die Person alleine davon leben muss. Im Zehnjahresvergleich offenbaren die Ergebnisse des Mikrozensus einen deutlichen Anstieg des Armutsrisikos bei atypisch Beschäftigten in Niedersachsen.

¹² Die Verdienststrukturerhebung ist eine zukünftig alle vier Jahre durchgeführte repräsentative Stichprobenerhebung mit Auskunftspflicht. Im Jahr 2006 wurden etwa 28 000 Betriebe mit mindestens zehn Arbeitnehmern und mehr als 3 Millionen Beschäftigte erfasst.

4 Personalpolitik

4.1 Einstellungen, Abgänge und Personalsuche

Auch 2009 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr erhöht und zwar um 1,2 Prozent. Wie bereits in Kapitel 2 hervorgehoben, handelt es sich hierbei um eine Nettogröße aus betrieblichen Wachstums- und Schrumpfungsprozessen. Die Arbeitsmarktdynamik ist daher viel größer, als die aggregierten Werte vermuten lassen. Wachsende, schrumpfende oder auch konstante Beschäftigtenzahlen eines Betriebes sind wiederum Ergebnis von betrieblichen Personalbewegungen, nämlich von Einstellungen und Personalabgängen, wie die nächste Tabelle zeigt. So gab es im 1. Halbjahr 2009 insgesamt 164.000 Einstellungen und 146.000 Personalabgänge. Dabei waren die Einstellungen und die Abgänge auf etwa ein Viertel aller Betriebe verteilt. Rechnet man die Werte auf das Jahr hoch, so betreffen Ein- und Austritte ca. 10 Prozent der Erwerbstätigen. Die wirtschaftliche Krise hat sich vor allem in einem Rückgang der Einstellungen niedergeschlagen (minus 11 Prozent), während die Abgänge nur geringfügig angestiegen sind (plus 1 Prozent).

Die Personalbewegungen sind für Frauen günstiger ausgefallen als für Männer, denn Frauen stellen 45 Prozent aller Erwerbstätigen, 48 Prozent an den Einstellungen und nur 41 bei den Austritten. In den Aufschwungjahren 2006 und 2007 war dies ähnlich, 2008 und vor 2006 aber genau anders herum. In der Tabelle ist auch die Situation bei den exportierenden Betrieben ausgewiesen. Aus der Branchenbetrachtung (Tabelle 4) ist bereits bekannt, dass in diesen Betrieben die Beschäftigung – entgegen dem allgemeinen Trend – schrumpft. Hier zeigt sich, dass die rückläufige Beschäftigung nicht auf überproportional viele Abgänge, sondern auf Zurückhaltung bei den Einstellungen zurückzuführen ist. Entsprechendes gilt für das Verarbeitende Gewerbe.

Betrachtet man das Qualifikationsprofil der neu Eingestellten, könnte man den Eindruck haben, dass Geringqualifizierte besonders gefragt sind, denn sie stellen einen überproportionalen Teil dieser Gruppe. Dies wäre aber eine Fehlinterpretation, wie der langfristige Rückgang im Umfang der Beschäftigung geringqualifizierter Arbeitskräfte zeigt. Der hohe Anteil ist stattdessen Ausdruck der geringen Stabilität dieses Beschäftigungssegments. Lägen auch Informationen zum Qualifikationsprofil der Abgänge vor, würde das in ebenfalls überproportionalen Abgangsanteilen deutlich werden.

Die durch die Krise angestiegene Unsicherheit zeigt sich auch darin, dass die quantitative Bedeutung der Befristung von Beschäftigungsverhältnissen bei Neueinstellungen deutlich angestiegen ist und zwar von 43 Prozent der eingestellten Personen auf 53 Prozent. Bei den Frauen ist der Anteil befristeter Einstellungen wie in früheren

Jahren noch etwas größer. Bei einer Branchendifferenzierung zeigt sich, dass die öffentliche Verwaltung überproportional häufig das Instrument der Befristung einsetzt. 75 Prozent aller neu eingestellten Arbeitnehmer erhalten hier befristete Verträge. Im Baugewerbe sind es demgegenüber nur 22 Prozent.

Tabelle 25: Personalbewegung in Niedersachsen 2005 bis 2009 im 1. Halbjahr, Basis alle Betriebe

	Einstellungen ^{a)}			Personalabgänge		
	in Tausend	in Prozent b)	c)	in Tausend	in Prozent d)	c)
2005 Betriebe Niedersachsen	40	22		51	28	
Personen Niedersachsen	130	100	4	130	100	4
2006 Betriebe Niedersachsen	54	30		50	27	
Personen Niedersachsen	179	100	6	136	100	5
2007 Betriebe Niedersachsen	48	26		46	25	
Personen Niedersachsen	185	100	6	150	100	5
2008 Betriebe Niedersachsen	52	28		44	24	
Personen Niedersachsen	184	100	6	144	100	5
2009 Betriebe Niedersachsen	48	26			26	
Personen Niedersachsen	164	100	5	146	100	5
darunter Frauen	79	48	6	59	41	4
darunter in exportierenden Betrieben	20	12	3	29	20	5
darunter für einfache Tätigkeiten	73	44	11			
darunter für qual. Tätigkeiten	89	54	4			
darunter befristet eingestellt	87	53	3			
darunter Frauen	44	56	3			
2009 Betriebe Westdeutschland	385	24		418	26	
Personen Westdeutschland	1.341	100	5	1.379	100	5

a) Übernahmen von Auszubildenden und Mitarbeitern aus befristeten Arbeitsverhältnissen zählen nicht als Einstellungen.

b) Anteil an allen Betrieben bzw. an allen Einstellungen.

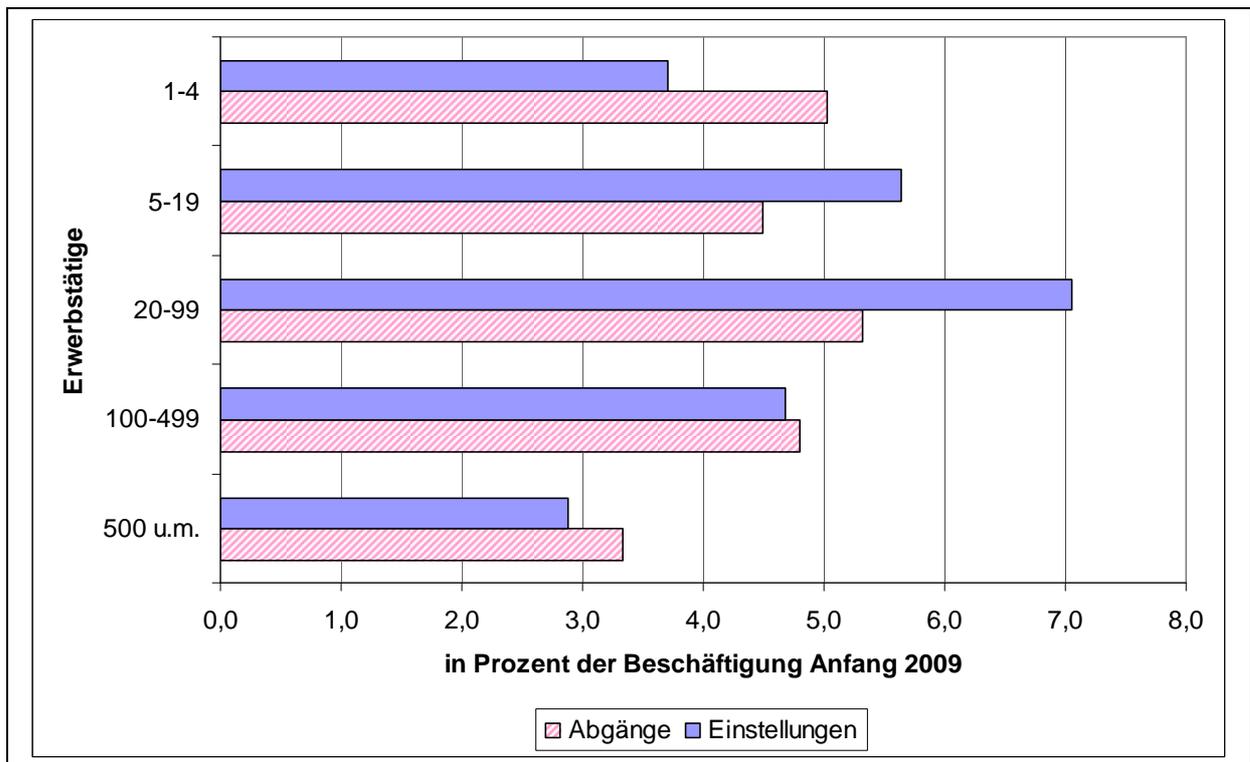
c) Anteil der Einstellungen/Abgänge an allen Erwerbstätigen bzw. allen Erwerbstätigen der betrachteten Gruppe (z.B. Frauen).

d) Anteil an allen Betrieben bzw. an allen Personalabgängen.

In Abbildung 5 sind Einstellungen und Abgänge des 1. Halbjahres 2009 als Prozentsatz des Beschäftigungsvolumens zu Beginn des Jahres nach Betriebsgrößenklassen eingetragen. Die Einteilung in Größenklassen orientiert sich dabei an der Anzahl der Erwerbstätigen zu Jahresbeginn 2009. Nur bei zwei Betriebsgrößenkategorien

überwiegt der Anteil der Einstellungen den Anteil der Abgänge.¹³ Die größte positive Differenz der Wachstumsraten (Einstellungen minus Abgänge) liegt bei den Betrieben mit 20 bis 99 Erwerbstätigen, gefolgt von der nächst kleineren Gruppe. Gleichzeitig ist erstere auch eine stark besetzte Größenklasse. Etwa zwei von fünf zusätzlichen Stellen sind hier entstanden. Es bestätigt sich, dass von den mittleren Größenklassen starke Wachstumsimpulse ausgehen, während sowohl von der kleinsten wie den beiden oberen Größenklassen Schrumpfungstendenzen ausgehen.

Abbildung 5: Einstellungen und Abgänge nach Betriebsgrößenklassen^{a)} im 1. Halbjahr 2009, Angaben in Prozent der Beschäftigung zum Jahresbeginn



a) Die Zuordnung erfolgt anhand der Zahl der Beschäftigten zum Jahresbeginn 2009.

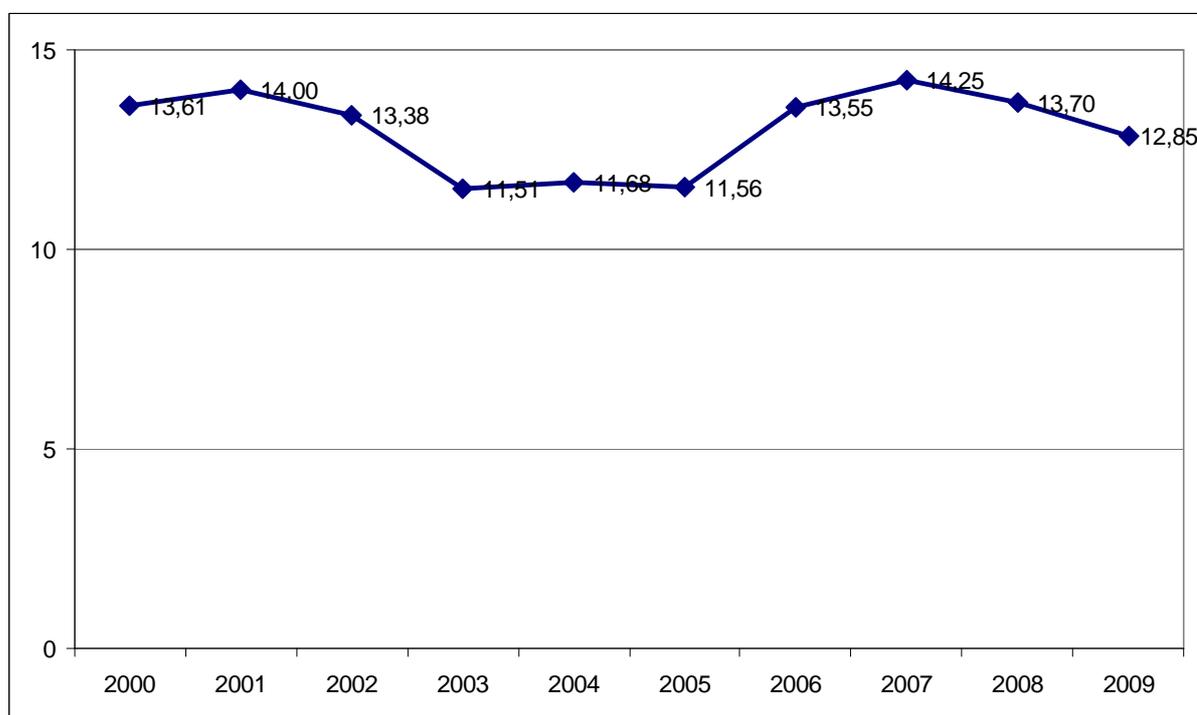
Die Dynamik der Personalbewegungen wird häufig auch durch eine dimensionslose Maßzahl zum Personalumschlag (*labour turnover rate*) ausgedrückt. Diese ergibt sich als

$$\text{Personalumschlag} = \frac{\text{Zahl der Einstellungen plus Zahl der Abgänge in einer Periode}}{\text{mittlerer Personalbestand in der Periode}}$$

¹³ Die gegenüber Tabelle 5 abweichenden Entwicklungen in der Größenklasse '100 – 499' ergeben sich auf Grund des unterschiedlichen zeitlichen Bezugs der Betriebsgrößenklassen (siehe auch Abbildung 4 auf Seite 21).

Abbildung 6 zeigt die Entwicklung dieser Größe in den Jahren 2000 bis 2009, wobei im Personalbestand nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten berücksichtigt werden und die Berechnungen jeweils auf Angaben zum 1. Halbjahr beruhen. Der Personalumschlag lag in den ersten drei Jahren der betrachteten Periode auf einem etwa konstanten Niveau bei 13,4 bis 14,0 und sackte dann für die nächsten drei Jahre um ca. zwei Prozentpunkte ab. Diese Entwicklung war durch kontinuierlich sinkende Einstellungen und mal mehr und mal weniger stark sinkende Abgänge verursacht.

Abbildung 6: Entwicklung des Personalumschlags ^{a)} in den Jahren 2000 bis 2009, Angaben in Prozent



a) Zahl der Einstellungen plus Zahl der Abgänge im 1. Halbjahr bezogen auf die mittlere Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im 1. Halbjahr.

2006 und 2007 hatten die Einstellungen deutlich zugenommen, so dass der Personalumschlag etwa auf das Niveau zu Beginn des Jahrtausends zurückgekehrt war. Seitdem nehmen sie aber wieder ab, ohne aber ganz auf das niedrige Niveau in der Mitte der Dekade zurückzufallen. Der Personalumschlag ist dabei nach Branchen stark differenziert. Für das Verarbeitende Gewerbe sowie die Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung liegen mit 6,4 und 6,6 recht niedrige Werte vor, während die Dienstleistungen mit einem Wert von 18,5 am anderen Ende des Spektrums angesiedelt sind. Bei einer Differenzierung nach Größenklassen zeigt sich, dass Kleinstbetriebe (1-4 Erwerbstätige) mit 17,5 einen deutlich größeren Personalumschlag haben als Großbetriebe (über 500 Erwerbstätige) 6,7.

Ein hoher Personalumschlag ist einerseits ein Indiz für Flexibilität des Arbeitsmarktes. Herrscht viel Bewegung, kommen Arbeitslose leichter in den Arbeitsmarkt und die Reallokation des Faktors Arbeit wird erleichtert. Eine hohe Dynamik kann aber auch Indiz für instabile Beschäftigungsverhältnisse sein, die mit zu geringer Bildung von Humankapital verbunden sind. Ein gesamtwirtschaftliches Optimum, bei dem sich die Grenzerträge der erstgenannten Entwicklung und die Grenzkosten der zweitgenannten die Waage halten, lässt sich aber leider nicht bestimmen. Der aktuell beobachtete leichte Rückgang des Personalumschlags ist eher negativ zu bewerten, weil er vor allem auf einem Rückgang der Einstellungen beruht.

Der Verzicht auf Einstellungen überhaupt oder auf Einstellung weiterer Mitarbeiter ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Betriebe keinen weiteren Bedarf haben. Nur 4 Prozent einstellende und 3 Prozent nicht einstellende Betriebe wären 2009 gerne über den realisierten Einstellungsumfang hinausgegangen. Dies liegt deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die Einstellungshemmnisse, denen diese Firmen unterliegen, können dabei vielfältig sein. Ein Mangel an geeigneten Bewerbern ist eine Möglichkeit, fehlende Nachhaltigkeit des Bedarfs bei hohen Anpassungskosten eine andere, beschränkte Finanzmittel eine dritte.¹⁴ Hemmnisse treten vor allem bei der Besetzung qualifizierter Stellen auf. Allerdings betrifft dies Problem nur 4 Prozent aller Betriebe mit 14.000 nicht besetzten Stellen für qualifizierte Arbeitnehmer. Bezogen auf das gesamte Einstellungsvolumen des 1. Halbjahres 2009 entspricht dies 8 Prozent und bezogen auf die Einstellungen qualifizierter Arbeitskräfte 15 Prozent.

Tabelle 26: Wer hätte 2009 gern mehr eingestellt in Niedersachsen? Basis alle Betriebe

	2008		2009	
	in Tausend	in Prozent	in Tausend	in Prozent
Betriebe, die gerne weitere Arbeitskräfte eingestellt hätten ^{a)}	19	10 ^{b)}	12	7 ^{b)}
darunter einstellende Betriebe	9	5 ^{b)}	7	4 ^{b)}
darunter nicht einstellende Betriebe	10	5 ^{b)}	5	3 ^{b)}
Betriebe mit nicht besetzten Stellen für qualifizierte Tätigkeiten	13	7 ^{b)}	7	4 ^{b)}
Anzahl nicht besetzter Stellen für qualifizierte Tätigkeiten	26	24 ^{c)}	14	15 ^{c)}

a) Übernahmen von Auszubildenden und Mitarbeitern aus befristeten Arbeitsverhältnissen zählen nicht als Einstellungen.

b) In Prozent aller Betriebe.

c) In Prozent der Neueinstellungen der entsprechenden Qualifikationsgruppe.

¹⁴ Im Bericht „Beschäftigungstrends 2005“ findet sich eine detailliertere Darstellung dieser Probleme.

Zusätzlich zu den Einstellungen im vergangenen 1. Halbjahr wird in jedem Jahr auch die Zahl der Arbeitskräfte, die zum nächstmöglichen Termin eingestellt werden sollen, erfasst (Tabelle 27). Es handelt sich dabei um eine Momentaufnahme der Situation der freien Stellen. Die Wirtschaftskrise hat dämpfend auf die Nachfrage nach Arbeitskräften gewirkt und so sind zum Zeitpunkt der aktuellen Befragung deutlich weniger offene Stellen vorhanden als in den Vorjahren. Allerdings war die Situation im Jahr 2005 noch etwas ungünstiger. Insgesamt ist die Lage in Niedersachsen vergleichbar mit der in Westdeutschland. Etwa jeder zweite Betrieb schaltet bei der Personalsuche die Arbeitsagentur ein und meldet die offenen Stellen. Dieser Anteil ist bei qualifizierten Stellen mit Berufsausbildung und bei Stellen für einfache Tätigkeiten etwas höher und bei solchen mit Hochschulabschluss deutlich niedriger (26 Prozent).

Den größten Anteil an freien Stellen haben wie in allen Vorjahren Firmen aus dem Bereich Dienstleistungen. Hier ist auch die Zahl der offenen Stellen in Relation zu den Erwerbstätigen relativ hoch. Quantitativ Bedeutsam ist auch noch die Suche des Bereichs Handel und Reparatur. Die öffentliche Verwaltung einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck dagegen suchte wie in den Vorjahren nur wenig zusätzliches Personal.

Die meisten freien Stellen gab es bei mittelgroßen Firmen. Vergleicht man die Verteilung der Beschäftigten über die Betriebsgrößen (Tabelle 5) mit der entsprechenden Verteilung der freien Stellen, so fällt auf, dass die kleinen und mittleren Betriebe überproportional viele freie Stellen aufweisen, während es bei den beiden oberen Größenklassen bei einem Beschäftigtenanteil von 40 Prozent nur 16 Prozent der freien Stellen sind. Dies kann zum einen auf einen geringeren Beschäftigungszuwachs, zum anderen auf längere Betriebszugehörigkeitsdauer bei den Großunternehmen zurückzuführen sein.

Differenziert nach Tätigkeitsgruppen zeigt sich, dass vor allem Beschäftigte mit qualifizierten Tätigkeiten nach abgeschlossener Berufsausbildung gesucht werden. Es folgen offene Stellen für Arbeitskräfte mit einfachen Tätigkeiten und das Schlusslicht bilden jene für hochqualifizierte Arbeitskräfte. Betrachtet man die Zahl der gesuchten Personen in Relation zur Größe der entsprechenden Teilgruppe, so zeigt sich in etwa Proportionalität bei den qualifizierten Tätigkeiten nach einer Lehre, während überproportional viele Beschäftigte für Tätigkeiten nach Hochschulabschluss und für einfache Tätigkeiten gesucht wurden. Bei der erstgenannten Gruppe ist dies Indiz für den großen Bedarf an Hochqualifizierten, bei der zweitgenannten Gruppe Indiz für instabile Arbeitsbeziehungen.

Tabelle 27: Personalsuche zum Befragungszeitpunkt in Niedersachsen Mitte 2005 bis 2009, Basis alle Betriebe

	Betriebe mit offenen Stellen			offene Stellen	
	in Tau- send	Anteile in Prozent a)	b)	in Tausend	Anteile in Prozent c)
2005 Niedersachsen	14	100	7	25	100
2006 Niedersachsen	18	100	10	39	100
2007 Niedersachsen	22	100	12	48	100
2008 Niedersachsen	26	100	14	63	100
2009 Niedersachsen	18	100	9	36	100
davon der Arbeitsagentur gemeldet	9	51	5	20	55
Verarbeitendes Gewerbe	2	9	10	3	9
Baugewerbe	2	5	9	2	5
Handel, Reparatur	3	14	8	5	15
Dienstleistungen	10	66	11	24	66
Org. o. E., öffentliche Verwaltung	0	2	4	1	2
1-4 Erwerbstätige	3	16	4	3	10
5-19 Erwerbstätige	8	42	9	12	32
20-99 Erwerbstätige	6	32	24	15	42
100-499 Erwerbstätige	1	8	32	5	13
500 und mehr	0	1	37	1	3
einfache Tätigkeiten				9	26
qualifizierte Tätigkeit nach Lehre				22	60
qual. Tätigkeit nach Hochschulabschl.				5	14
2009 Westdeutschland	161	100	10	341	100

a) Anteil an den Personal suchenden Betrieben.

b) Anteil der Personal suchenden Betriebe an allen Betrieben der Branche bzw. Größenklasse.

c) Anteil an den offenen Stellen.

Lesebeispiel „Verarbeitendes Gewerbe“: Im Verarbeitenden Gewerbe suchen 2.000 Betriebe Arbeitskräfte zur sofortigen Einstellung. Dies sind 9 Prozent der personalsuchenden Betriebe bzw. 10 Prozent aller Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes. Es werden 3.000 Arbeitskräfte gesucht, was einem Anteil von 9 Prozent an allen gesuchten Arbeitskräften ausmacht.

Die Struktur der Gründe für die 146.000 Personalabgänge ist aus Tabelle 28 zu ersehen. Die anhaltende Arbeitsmarktschwäche hatte dazu geführt, dass freiwillige Arbeitnehmerkündigungen seit 2000 von 44 Prozent auf 25 Prozent im Jahr 2005 zurückgegangen sind. Parallel dazu hat der Anteil betriebsseitiger Kündigungen von 18 Prozent auf 31 Prozent im Jahr 2005 zugenommen. Mit der Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in den Jahren danach sind die Arbeitnehmerkündigungen wieder angestiegen und rangieren 2007 und 2008 wieder auf Platz 1 der Häufigkeitsliste. Im ersten Halbjahr 2009 zeigt sich sowohl in Niedersachsen wie in der Vergleichsregion Westdeutschland wieder das "Rezessionsmuster": Arbeitnehmerseitige Kün-

digungen nehmen ab und betriebsseitig zu. Der Anteil der Abgänge aufgrund des Auslaufens eines befristeten Arbeitsvertrages steigt unabhängig vom Konjunkturverlauf trendmäßig an (2000: 12 Prozent). Geht man davon aus, dass diese Abgangsart ebenfalls überwiegend betriebsseitig bestimmt ist, so geht 2009 etwa jeder zweite Abgänger auf betriebliche Veranlassung. Die übrigen Abgänge haben vergleichsweise geringe quantitative Bedeutung und verteilen sich ziemlich gleichmäßig auf die anderen Abgangskategorien. Die Bedeutung der Abgänge in den Ruhestand vor Erreichen der regulären Altersgrenze hat von 2005 auf 2007 um einen Prozentpunkt abgenommen, ist danach aber nicht weiter gesunken. Die politischen Bemühungen um eine Verringerung des vorzeitigen Übergangs in den Ruhestand sind offensichtlich noch nicht weiter vorangekommen.

Tabelle 28: Gründe für Personalabgänge in Niedersachsen 2005 und 2007 bis 2009, jeweils 1. Halbjahr. Basis: Betriebe mit Abgängen, Anteile in Prozent aller Abgänge^{a)}

	Kündigung seitens des Arbeitnehmers	Kündigung seitens des Betriebs	Abgang nach Beendigung der Ausbildung	Ablaufen eines befristeten Arbeitsvertrages	Einvernehmliche Aufhebung (auch Sozialplan)	Ruhestand mit Erreichen d. regulären Altersgrenze	Ruhestand vor Erreichen d. regulären Altersgrenze
2005 Niedersachsen	25	31	5	14	5	5	4
2007 Niedersachsen	29	23	5	20	4	4	3
2008 Niedersachsen	32	24	3	20	5	4	3
2009 Niedersachsen	27	30	4	21	5	4	3
Verarbeitendes Gewerbe	21	28	6	15	12	8	3
Baugewerbe	17	61	10	1	2	2	0
Handel, Reparatur	32	19	7	25	2	3	4
Dienstleistungen	31	35	2	20	3	2	1
Org. o. E., öffentliche Verwaltung	13	3	6	25	8	15	9
1-4 Erwerbstätige	19	51	6	6	5	0	0
5-19 Erwerbstätige	35	27	7	14	2	2	6
20-99 Erwerbstätige	26	36	3	24	2	2	1
100-499 Erwerbstätige	28	25	3	22	9	6	3
500 und mehr	17	16	3	31	5	10	5
2009 Westdeutschland	28	30	4	17	6	4	3

a) Die Prozentsätze addieren sich nicht zu Hundert, da nicht alle Kategorien ausgewiesen sind. Es fehlen die Kategorien „Versetzung“ und „Sonstiges“.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die betriebliche Personalentwicklung gegenüber dem Vorjahr zwar verschlechtert hat, da die Einstellungen und die offenen Stellen zurück gegangen und die Abgänge etwas angestiegen sind, aber im Vergleich zu den im Vorjahr geäußerten Befürchtungen doch noch relativ günstig ausgefallen ist. Allerdings können trotz entspanntem Arbeitsmarkt insbesondere bei Fachkräften nicht alle geplanten Einstellungen realisiert werden.

4.2 Betriebliche Ausbildung

Die berufliche Ausbildung wird aus betrieblicher Perspektive als Zukunftsinvestition gesehen und nicht als Selbstzweck. Sie hat die Aufgabe, die Betriebe mit den benötigten qualifizierten Arbeitskräften zu versorgen. Auch wenn in den vergangenen Jahren wie aktuell des Öfteren über Fachkräftemangel geklagt wurde, so scheint diese Aufgabe doch im Großen und Ganzen relativ gut gelöst worden zu sein. Allerdings war auf Grund der mehrjährigen Wachstumsschwäche der Wirtschaft der Bedarf an Nachwuchskräften lange Zeit auch eher verhalten. Mit der Verbesserung der Arbeitsmarktsituation haben sich die Rahmenbedingungen für den Ausbildungsbereich wieder verbessert.

Im Folgenden werden, wie in den vorherigen Berichten, Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung, nach anderen Ausbildungsregeln wie z. B. für sozialpflegerische und sozialpädagogische Berufe, für Berufe im Gesundheitswesen sowie die Ausbildung von Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärtern zusammengefasst betrachtet. Der Bereich Ausbildung ist hier also weiter abgegrenzt als sonst üblich, da die öffentliche Diskussion meist auf die betriebliche Ausbildung im dualen System konzentriert ist.

Der Umfang der Ausbildungsleistungen kann durch verschiedene Indikatoren abgebildet werden. In Tabelle 29 wird hierzu der Anteil der ausbildungsberechtigten und der tatsächlich ausbildenden niedersächsischen Betriebe herangezogen. Stützt man sich auf die Ausbildungsberechtigung, so lag ein positiver Trend vor, denn der Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe ist bis 2008 mehr oder weniger kontinuierlich auf 60 Prozent angestiegen, im aktuellen Berichtszeitraum aber wieder in die Nähe des Ausgangsniveaus gefallen. Allerdings ist durch den Anteil der Ausbildungsberechtigten nur ein Ausbildungspotenzial gekennzeichnet, dessen Veränderungen nur dann relevant ist, wenn es auch in tatsächliche Ausbildung umgesetzt wird. Der Anteil der tatsächlich ausbildenden Betriebe ist aber relativ konstant geblieben. Jeweils etwa ein Drittel hat sich an der betrieblichen Ausbildung beteiligt, mal etwas mehr, aktuell etwas weniger.

Tabelle 29: Ausbildungsberechtigung und –beteiligung niedersächsischer Betriebe 2004 bis 2009, Basis: alle Betriebe, Anteile in Prozent

	a)	b)	c)
2004 mit Ausbildungsberechtigung	56	100	
mit Ausbildung	33	59	
2005 mit Ausbildungsberechtigung	56	100	
mit Ausbildung	35	62	
2006 mit Ausbildungsberechtigung	57	100	
mit Ausbildung	33	58	
2007 mit Ausbildungsberechtigung	59	100	
mit Ausbildung	33	56	
2008 mit Ausbildungsberechtigung	60	100	
mit Ausbildung	32	53	
2009 mit Ausbildungsberechtigung	57	100	
Ausbildungsberechtigung im Verbund	4	6	
mit Ausbildung	32	55	
alle Bereiche		100	
Verarbeitendes Gewerbe	4	12	44
Baugewerbe	3	11	32
Handel, Reparatur	9	27	39
Dienstleistungen	13	40	26
Organisationen o. E., öffentliche Verwaltung	1	3	27
Bereich Handwerkskammer ^{d)}	10	33	47
Bereich IHK ^{d)}	16	49	29
Bereich sonstige Kammern ^{d)}	7	23	42
keine Kammerzugehörigkeit	3	10	18
ohne Ausbildungsberechtigung	43	100	
Verarbeitendes Gewerbe	2	5	24
Baugewerbe	4	10	40
Handel, Reparatur	7	16	31
Dienstleistungen	26	60	52
Organisationen o. E., öffentliche Verwaltung	1	3	37

a) Anteil an allen Betrieben.

b) Anteil an den Betrieben mit/ohne Ausbildungsberechtigung bzw. mit Ausbildung.

c) Anteil der ausbildenden Betriebe bzw. der Betriebe ohne Ausbildungsberechtigung an allen Betrieben der Branche.

d) Aufgrund mehrfacher Kammerzugehörigkeit kann die Summe der Teilwerte größer als der Gesamtwert sein.

Lesebeispiel „2009 Betriebe mit Ausbildung, Verarbeitendes Gewerbe“: Ausbildende Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes machen 4 Prozent aller Betriebe bzw. 12 Prozent aller ausbildenden Betriebe aus. Von den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes bilden 44 Prozent aus.

Bei einer Differenzierung der Betrachtung nach Branchen lassen sich ausbildungsstarke und ausbildungsschwache Bereiche unterscheiden. Zur erstgenannten Gruppe gehören das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und der Bereich Handel und Reparatur. Zu den traditionell ausbildungsschwachen Branchen zählen die Dienstleistungen und Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass hier einige Teilbereiche einen relativ hohen Anteil an hochqualifizierten Arbeitskräften beschäftigen, für die die Ausbildung im tertiären Bildungssystem erfolgt.

Unterteilt man die Betriebe nach der Kammerzugehörigkeit, bestätigt sich, dass ein relativ großer Teil der Handwerksbetriebe Ausbildung betreibt. Fast die Hälfte aller Betriebe bildet hier aus, während es im absolut gesehen bedeutsameren IHK-Bereich weniger als jeder dritte ist. Ein hoher Anteil an ausbildenden Betrieben fand sich auch wieder im Zuständigkeitsbereich der sonstigen Kammern (z. B. Ärzte-, Apotheker- und Rechtsanwaltskammer). Schlusslicht sind die kammerfreien Betriebe, zu denen vor allem die öffentlichen Arbeitgeber gehören.

Ausbildungsanstrengungen in Niedersachsen und in Westdeutschland sind etwa vergleichbar (Westdeutschland 60 Prozent Ausbildungsberechtigung, 33 Prozent ausbildende Betriebe), wenn auch die niedersächsischen Werte etwas niedriger liegen.

Eine Unterteilung nach der Betriebsgröße ist in der Tabelle 29 nicht ausgewiesen, da hier ein offenkundiger Zusammenhang besteht: Je größer der Betrieb, umso wahrscheinlicher die Beteiligung an der Ausbildung. Allerdings sagt dies über das Ausmaß der Ausbildungsanstrengungen nicht viel aus. In dieser Hinsicht ist Tabelle 30, in der der Umfang der Ausbildung verzeichnet ist, aussagekräftiger. Ende Juni 2009 beschäftigten die Betriebe insgesamt ca. 136.000 Auszubildende einschließlich Beamtenanwärter/-innen. Gegenüber dem Vorjahr ist der Umfang der Ausbildung erneut zurückgegangen. Bezogen auf die Erwerbstätigen insgesamt hat die Auszubildendenquote mit 4,3 den geringsten Wert innerhalb der Berichtsperiode 2004-2009 erreicht. Bei den weiblichen Auszubildenden ist die Abwärtsbewegung noch etwas stärker ausgeprägt. Sie haben mit 42 Prozent einen Anteil an der Ausbildung der nicht ganz so hoch ist, wie der an der Erwerbstätigkeit insgesamt (45 Prozent). Dementsprechend liegt die Auszubildendenquote für Frauen noch unter dem entsprechenden Wert für die Gruppe insgesamt.

Die Abgrenzung von ausbildungsstarken und ausbildungsschwachen Branchen an Hand der vorigen Tabelle bestätigt sich hier. Gemessen am Anteil an den Auszubildenden unternimmt der Bereich Dienstleistungen die größten Ausbildungsanstrengungen, gefolgt von Handel und Reparatur. Dies gilt sowohl für Auszubildende insgesamt als auch für weibliche Auszubildende. Bezieht man die Zahl der Auszubil-

denden auf die Erwerbstätigen einer Branche und bildet eine Auszubildendenquote, so zeigt sich aber, dass das Baugewerbe die höchsten Ausbildungsleistungen aufweist und der Bereich Dienstleistungen deutlich zurückfällt. Zu den eher ausbildungsschwachen Bereichen gehören Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung. Bemerkenswert ist, dass dies der einzige Bereich ist, in dem die Auszubildendenquote für weibliche Auszubildende höher ist als die für Auszubildende insgesamt. Ein Vergleich des aktuellen Ausbildungsumfangs mit dem Vorjahr ist hier nicht möglich, da sich die Branchengliederung geändert hat.

Differenziert man die Betrachtung nach den für die Ausbildung zuständigen Kammern, zeigt sich, dass im Hinblick auf den quantitativen Umfang an Ausbildung IHK-Betriebe nach wie vor an der Spitze der Rangskala liegen; drei von fünf Auszubildenden finden sich dort. Platz zwei nehmen Handwerkskammerbetriebe ein. Der kammerfreie Bereich und der Bereich der sonstigen Kammern folgen. Bei weiblichen Auszubildenden hat der Handwerkskammerbereich einen deutlich geringeren Anteil und fällt in der Rangfolge zurück. Bezieht man die Größe der Bereiche, gemessen durch die Zahl der Erwerbstätigen, in die Betrachtung ein, dann zeigt dieser Bereich allerdings die höchste Ausbildungsintensität. Der kammerfreie Bereich weist nach diesem Maßstab wie in den Vorjahren die geringsten Ausbildungsanstrengungen auf.

Differenziert man die Betrachtung nach der Betriebsgröße, wird deutlich, dass mittlere Betriebe mit 5 bis 99 Beschäftigten den Hauptteil der Ausbildung bestreiten und zwar sowohl im Hinblick auf die absoluten Zahlen als auch in Relation zu den Beschäftigten. Nicht ganz so eindeutig ist die Situation bei der Ausbildung des weiblichen Nachwuchses.

Tabelle 30: Auszubildende insgesamt einschließlich Beamtenanwärter/-innen in Niedersachsen 2004 bis 2009, Stand: jeweils 30.06.

	Auszubildende insgesamt			Auszubildende Frauen		
	Index 2008=100	Anteile in Prozent b) c)		Index 2008=100	Anteile in Prozent b) c)	
2004 Niedersachsen	93		4,5	97		4,7
2005 Niedersachsen	95		4,6	104		5,0
2006 Niedersachsen	99		4,8	110		5,1
2007 Niedersachsen	102		4,8	108		4,9
2008 Niedersachsen	100		4,6	100		4,5
2009 Niedersachsen	95	100	4,3	93	42 ^{d)} 100	4,0
Verarbeitendes Gewerbe		20	4,4		10	4,2
Baugewerbe		7	6,3		2	2,6
Handel, Reparatur		23	6,2		22	4,3
Dienstleistungen		37	4,1		55	4,1
Org.o.E., öffentl. Verwaltung		7	2,8		9	3,5
Bereich Handwerkskammer ^{a)}	95	28	7,8	103	18	6,2
Bereich IHK ^{a)}	86	60	4,2	91	57	4,2
Bereich sonstige Kammern ^{a)}	90	11	5,1	86	17	4,8
keine Kammerzugehörigkeit	105	16	3,3	96	21	3,1
1-4 Erwerbstätige	92	6	4,2	91	5	3,0
5-19 Erwerbstätige	85	24	5,1	75	24	3,8
20-99 Erwerbstätige	111	34	5,0	122	36	4,6
100-499 Erwerbstätige	89	21	4,3	87	21	3,7
500 und mehr	90	15	4,0	84	13	4,4
2008 Westdeutschland	98	100	4,6	100	100	4,3

- a) Aufgrund mehrfacher Kammerzugehörigkeit ist die Summe der Teilwerte größer als der Gesamtwert.
b) Anteil an den Auszubildenden bzw. den weiblichen Auszubildenden insgesamt.
c) Anteil der Auszubildenden einschließlich Beamtenanwärter/-innen insgesamt an den Erwerbstätigen insgesamt in Prozent bzw. analog für Teilbereiche.
d) Anteil der weiblichen Auszubildenden an allen Auszubildenden.

Lesebeispiel „2009 Bereich Handwerkskammer“: Bei den Handwerkskammern ist die Ausbildung gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozent auf einen Indexwert von 95 gesunken. Es sind dort 28 Prozent aller Auszubildenden tätig und von allen Beschäftigten im Bereich der Handwerkskammern sind 7,8 Prozent Auszubildende. Analog für weibliche Auszubildende.

Während die Tabellen 29 und 30 Angaben zum Gesamtumfang der Ausbildung enthalten, informieren die folgenden beiden Tabellen jahrgangsbezogen über das Angebot im ersten Ausbildungsjahr. Dieses ist in der Struktur dem Gesamtumfang ähnlich, im Detail zeigen sich aber Unterschiede, da insbesondere kleinere Betriebe nicht jährlich neue Auszubildende aufnehmen. Aus Tabelle 31 ist zu entnehmen,

Tabelle 31: Ausbildungsplatzangebot in den Ausbildungsjahren 2003/2004 bis 2008/2009 in Niedersachsen, Basis: ausbildungsberechtigte Betriebe

Ausbildungsjahr	ausbildungsberechtigte Betriebe mit Ausbildungsplatzangebot im Jahr in Prozent	angebotene Ausbildungsstellen		
		in Tausend	Anteil an allen Stellen in Prozent	Anteil der unbesetzten Stellen in Prozent
2003/04 Niedersachsen	36	72		-
2004/05 Niedersachsen	34	66		-
2005/06 Niedersachsen	36	74		-
2006/07 Niedersachsen	33	70		-
2007/08 Niedersachsen	34	75	100	13
2008/09 Niedersachsen	33	67	100	14
Verarbeitendes Gewerbe ^{a)}	30	12	18	9
Baugewerbe ^{a)}	37	6	10	28
Handel und Reparatur ^{a)}	33	15	23	18
Dienstleistungen ^{a)}	30	25	37	13
Org. o. E., öffentliche Verwaltung ^{a)}	27	4	6	4
Bereich Handwerkskammer ^{b)}	35	18	28	17
Bereich IHK ^{b)}	34	39	59	14
sonstige Kammern ^{b)}	31	8	12	6
keine Kammerzugehörigkeit	30	10	14	13
1-4 Erwerbstätige	15	4	7	34
5-19 Erwerbstätige	29	20	30	19
20-99 Erwerbstätige	48	22	33	15
100-499 Erwerbstätige	70	12	18	5
500 und mehr	93	8	12	2
2008/09 Westdeutschland		611	100	14

a) Auf Grund von fehlenden Branchen addieren sich die Teilwerte nicht zu den Gesamtwerten.

b) Aufgrund mehrfacher Kammerzugehörigkeit ist die Summe der Teilwerte größer als der Gesamtwert.

c) Anteil der Betriebe mit unbesetzten Stellen an den Betrieben mit Ausbildungsplatzangebot.

Lesebeispiel „2008/09 Verarbeitendes Gewerbe“: Im Verarbeitenden Gewerbe bieten 30 Prozent der ausbildungsberechtigten Betriebe im betrachteten Ausbildungsjahr Ausbildungsplätze an. Es werden 12.000 Ausbildungsplätze angeboten, die 18 Prozent aller Ausbildungsplätze entsprechen. 9 Prozent der Ausbildungsplätze dieses Wirtschaftsbereichs blieben unbesetzt.

dass ein Drittel der ausbildungsberechtigten Betriebe im vergangenen Jahr Ausbildungsplätze angeboten hatte, und zwar hochgerechnet 67.000. Gegenüber dem Vorjahr sind sowohl der Anteil der Betriebe mit Ausbildungsangebot wie die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen etwas gesunken. Von den angebotenen Stellen konnten 14 Prozent nicht besetzt werden. Die Verteilung der angebotenen Ausbildungsstellen auf Branchen, Kammern und Beschäftigungsgrößenklassen entspricht in etwa der der Ausbildung insgesamt und braucht daher nicht näher kommentiert zu werden.

Die folgende Aufstellung präsentiert die aktuelle Situation im Hinblick auf die Neuabschlüsse. Angegeben ist der Anteil der Betriebe, die bereits neue Ausbildungsverträge geschlossen haben oder dies noch beabsichtigen. Da die Interviews vor Beginn des Ausbildungsjahres stattfanden, handelt es sich bei Angaben zu letzteren eher um Orientierungsgrößen als um präzise Werte.

15 Prozent aller Betriebe haben bereits neue Ausbildungsverträge abgeschlossen und 4 Prozent beabsichtigen, bis zum Beginn des Ausbildungsjahres weitere Verträge abzuschließen. Dies entspricht in etwa den Werten der Vorjahresbefragung. Wird dies realisiert bieten erneut 34 Prozent aller ausbildungsberechtigten Betriebe neue Ausbildungsplätze an. Hat ein Bereich einen hohen Anteil ausbildungsberechtigter Betriebe, dann ist die Differenz zwischen den beiden Anteilswerten c) und d) gering. Dies zeigt sich im Baugewerbe und im Bereich der Handwerkskammerbetriebe. Genau umgekehrt verhält es sich im Bereich Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung und bei Betrieben ohne Kammerzugehörigkeit. Betriebe, die gegenüber dem Vorjahr die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöht haben, bieten deutlich mehr Ausbildungsplätze an als Betriebe mit schrumpfender Beschäftigung.

Tabelle 32: Betriebe mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen für die Ausbildungsjahre 2004/05 bis 2008/09, Basis: alle Betriebe bzw. alle ausbildungsberechtigten Betriebe, Anteile in Prozent

	Betriebe mit Abschluss neuer Ausbildungsverträge			
	bereits realisiert		noch beabsichtigt	
	c)	d)	c)	d)
2004/05 Niedersachsen	17	30	4	7
2005/06 Niedersachsen	19	33	3	6
2006/07 Niedersachsen	18	32	4	8
2007/08 Niedersachsen	15	25	6	10
2008/09 Niedersachsen	14	24	4	7
2009/10 Niedersachsen	15	27	4	7
Verarbeitendes Gewerbe ^{a)}	21	27	7	10
Baugewerbe ^{a)}	16	27	4	7
Handel, Reparatur ^{a)}	17	24	3	4
Dienstleistungen ^{a)}	13	26	4	8
Org. o. E., öffentliche Verwaltung ^{a)}	12	19	1	1
Bereich Handwerkskammer ^{b)}	17	22	7	9
Bereich IHK ^{b)}	17	31	2	4
Bereich sonstige Kammern ^{b)}	21	31	5	7
keine Kammerzugehörigkeit	9	20	3	9
1-4 Erwerbstätige	6	15	2	6
5-19 Erwerbstätige	14	21	4	5
20-99 Erwerbstätige	42	54	9	12
100-499 Erwerbstätige	59	66	6	7
500 und mehr Erwerbstätige	93	96	12	12
sozialvers. Beschäftigung abnehmend	16	27	4	8
sozialvers. Beschäftigung zunehmend	26	35	5	7
2009/10 Westdeutschland		24		7

- a) Auf Grund von fehlenden Branchen addieren sich die Teilwerte nicht zu den Gesamtwerten.
b) Aufgrund mehrfacher Kammerzugehörigkeit ist die Summe der Teilwerte größer als der Gesamtwert.
c) Anteil an allen Betrieben bzw. allen Betrieben einer Kategorie.
d) Anteil an den ausbildungsberechtigten Betrieben bzw. an den ausbildungsberechtigten Betrieben einer Kategorie.

Lesebeispiel „2009/10 Verarbeitendes Gewerbe“: Im Verarbeitenden Gewerbe haben 21 Prozent der Betriebe bzw. 27 Prozent der ausbildungsberechtigten Betriebe bereits Ausbildungsverträge für das betrachtete Ausbildungsjahr abgeschlossen und 7 Prozent aller Betriebe bzw. 10 Prozent aller ausbildungsberechtigten Betriebe planen, dies noch zu tun.

In 23 Prozent aller Betriebe mit Ausbildungsberechtigung haben im Jahr 2009 insgesamt 43.000 Auszubildende ihre Ausbildung nach bestandener Prüfung beendet. Dabei ist der Anteil der weiblichen Absolventen mit 49 Prozent höher als der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen insgesamt (45 Prozent). Die Zahl der erfolgreichen Absolventen ist gegenüber dem Vorjahr fast konstant geblieben. Eine erfolgreiche betriebliche Ausbildung ist eine gute Voraussetzung für die künftigen Arbeitsmarktchancen der Arbeitskräfte. Gleichwohl ist sie keine Garantie für einen problemlosen Start ins Berufsleben, wie die relativ hohe Arbeitslosigkeit in der Gruppe der betrieblich qualifizierten 20- bis 25-Jährigen zeigt. Im konjunkturell günstigen Jahr 2000 konnte ein Anteil von 58 Prozent der erfolgreichen Absolventen im Betrieb verbleiben. In den folgenden Jahren sank der Wert ab und hatte 2004 ein Niveau von 50 Prozent erreicht. Erfreulicherweise ist dieser Anteil wieder angestiegen, von 2007 auf 2008 sogar sehr deutlich. Angesichts der Krise konnte dies hohe Niveau aber nicht gehalten werden. Die Situation bei den weiblichen Absolventen ist – abweichend vom meist vorherrschenden Muster – günstiger als in der Gesamtgruppe, und erreicht knapp den Vorjahreswert.

Ein großer Teil der Ausbildungsabsolventen findet sich im Bereich Dienstleistungen sowie in Handels- und Reparaturbetrieben. Auch im verarbeitenden Gewerbe finden sich relativ viele – vor allem männliche – erfolgreiche Absolventen. Trotz starker Krisenbetroffenheit ist im letztgenannten Bereich die Übernahmequote überdurchschnittlich hoch. Hohe Übernahmequoten sind im Prinzip wünschenswert, aber gesamtwirtschaftlich nicht immer eindeutig positiv zu beurteilen. Sie können sich auch daraus ergeben, dass der Ausbildungsumfang im Vergleich zum Fachkräftebedarf knapp gehalten wird. Für die Absolventen resultieren daraus gute Übernahmemechanismen. Für die Gesellschaft bedeutet es eine verstärkte Knappheit an Ausbildungsplätzen und eventuell vermehrt junge Arbeitskräfte ohne berufliche Qualifikation. Im Bereich Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung könnte eine solche Situation bestehen.

Differenziert man die Betrachtung nach den für die Ausbildung zuständigen Kammern fällt vor allem auf, dass Ausbildungsbetriebe aus dem Zuständigkeitsbereich der sonstigen Kammern wie in den Vorjahren geringe Übernahmequoten aufweisen. Die Situation in den Kammerfreien Betrieben hat sich in Bezug auf die Übernahme verbessert. Im Hinblick auf die Betriebsgröße weisen größere Betriebe die günstigste Übernahmesituation aus.

Den letzten Zeilen der Tabelle liegt die Erwartung zu Grunde, dass Betriebe mit aktuellem Arbeitskräftebedarf relativ mehr Absolventen übernehmen als solche ohne aktuellen Bedarf. Ein Blick auf die Tabelle zeigt, dass die dort angegebenen Werte damit vereinbar sind. Da es sich nur um eine bivariate Analyse handelt, ist allerdings Vorsicht bei der Interpretation angebracht.

Tabelle 33: Erfolgreiche Ausbildungsabsolventen und Übernahmequoten in Niedersachsen 2004 bis 2009, Basis: Betriebe mit erfolgreichen Absolventen

	erfolgreiche Ausbildungsabsolventen			erfolgreiche Ausbildungsabsolventen Frauen		
	insgesamt		Übernahmequote in Prozent d)	insgesamt		Übernahmequote in Prozent d)
	in Tausend	in Prozent c)		in Tausend	in Prozent c)	
2004 Niedersachsen	56		50	28		47
2005 Niedersachsen	50		52	26		52
2006 Niedersachsen	43		52	20		53
2007 Niedersachsen	48		56	23		56
2008 Niedersachsen	44		65	21		60
2009 Niedersachsen	43	100	55	21	100	59
Verarbeitendes Gewerbe ^{a)}	8	19	71	2	10	61
Baugewerbe ^{a)}	3	8	30	0	1	97
Handel und Reparatur ^{a)}	9	21	49	4	19	57
Dienstleistungen ^{a)}	17	40	49	12	57	60
Org. o. E., öffentliche Verwaltung ^{a)}	3	6	70	2	8	76
Bereich Handwerkskammer ^{b)}	10	24	41	3	14	57
Bereich IHK ^{b)}	27	62	57	12	56	64
Bereich sonstige Kammern ^{b)}	6	14	35	4	21	41
keine Kammerzugehörigkeit	6	14	69	3	17	64
1-19 Erwerbstätige	14	32	39	7	34	54
20-99 Erwerbstätige	14	33	55	7	33	51
100-499 Erwerbstätige	9	20	65	4	19	69
500 und mehr	7	15	77	3	14	78
Betr. mit Arbeitskräftebedarf	9	22	62	5	23	70
Betr. ohne Arbeitskräftebedarf	34	78	54	16	77	56

a) Auf Grund von fehlenden Branchen addieren sich die Teilwerte nicht zu den Gesamtwerten.

b) Aufgrund mehrfacher Kammerzugehörigkeit ist die Teilwertsumme größer als der Gesamtwert.

c) Anteil der Teilgruppe an allen erfolgreichen bzw. allen erfolgreichen weiblichen Auszubildenden.

d) Anteil der übernommenen erfolgreichen Auszubildenden einer Branche an den erfolgreichen Ausbildungsabsolventen der Branche in Prozent.

Lesebeispiel „Verarbeitendes Gewerbe“: Im Verarbeitenden Gewerbe haben 8.000 Absolventen ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Dies entspricht 19 Prozent aller erfolgreichen Absolventen. Von allen erfolgreichen Absolventen der Ausbildung im Verarbeitenden Gewerbe sind 71 Prozent übernommen worden. Analog für weibliche Auszubildende.

4.3 Fort- und Weiterbildung

Die Fort- und Weiterbildung bildet einen weiteren wesentlichen Eckpfeiler für die Entwicklung der beruflichen Kompetenz der Beschäftigten. Sie kann in Form von Lehrgängen und Kursen intern oder extern durchgeführt werden oder auch informell am Arbeitsplatz stattfinden. Aus Arbeitnehmerperspektive dient sie der Verbesserung

der Einkommenssituation und der Erhöhung der Beschäftigungssicherheit. Aus der betrieblichen Perspektive können für die weiterbildungsbedingte Freistellung von Mitarbeitern bzw. Übernahme von Kosten drei teilweise überschneidende Gründe maßgeblich sein. Weiterbildungsaktivitäten sind erstens eine rentable Investition, d.h. es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen individueller Weiterbildung und Produktivitätsentwicklung, wobei der Produktivitätseffekt im Durchschnitt größer ist als die mit der Weiterbildung verbundene Lohnerhöhung. Zweitens kann die Generierung bestimmter Qualifikationen durch Weiterbildung geringere Kosten verursachen als die Beschaffung des entsprechenden Humankapitals am externen Arbeitsmarkt. Drittens können die erforderlichen Qualifikationen am externen Arbeitsmarkt nicht oder nur im unzureichenden Ausmaß verfügbar sein.

Betrachtet man zunächst die Betriebe, die Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung fördern, so zeigt sich, dass ihr Anteil gegenüber dem Vorjahr um 1 Prozentpunkt zurückgegangen ist, mit 47 Prozent im ersten Halbjahr 2009 aber immer noch vergleichsweise hoch liegt.

Auch der Anteil der Erwerbstätigen, die an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen haben, ist ebenfalls etwas zurückgegangen und zwar von 25 auf 23 Prozent. Frauen partizipieren in deutlich höherem Maße an Weiterbildungsmaßnahmen. Sie stellen 54 Prozent der Weiterbildungsteilnehmer und nur 45 Prozent der Erwerbstätigen. Dementsprechend ist der Anteil der Frauen mit Weiterbildung an allen Frauen höher als der entsprechende Prozentwert für die Gesamtgruppe.

Differenziert man die Betrachtung nach Branchen, so zeigt sich ein hohes Weiterbildungsengagement in den Bereichen Dienstleistungen sowie Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung; bei ersteren sowohl in Bezug auf den Anteil der Betriebe mit Weiterbildung als auch auf die Weiterbildungsquote. Eine deutlich unterdurchschnittliche Nutzung von Weiterbildung weist das Baugewerbe aus. Dort sind vor allem allgemeine berufsfachliche Qualifikationen erforderlich, welche durch hohe Ausbildungsleistungen im Rahmen der intensiv betriebenen betrieblichen Ausbildung vermittelt werden, so dass hier auf hohe Weiterbildungsaktivitäten verzichtet werden kann.

Betrachtet man Betriebsgrößenklassen, so nimmt der Anteil der Betriebe mit Weiterbildung mit der Betriebsgröße zu. Dies ist allerdings mehr oder weniger selbstverständlich, da Großbetriebe i. d. R. eine Vielzahl von personalpolitischen Instrumenten einsetzen. Im Hinblick auf die Weiterbildungsquoten fällt auf, dass die höchsten Werte in der Größenklasse 20-99 Erwerbstätige erreicht werden. Dies gilt sowohl für Männer als auch für Frauen.

Tabelle 34: Betriebe mit Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung im 1. Halbjahr 2003, 2005, 2007 bis 2009 in Niedersachsen, Anteile in Prozent

Bereich	Betriebe mit Weiter- bildung	Erwerbstätige mit Weiterbildung ^{a)}			
		insgesamt		Frauen	
		b)	c)	b)	c)
2003 Niedersachsen	45	100	22	40 ^{d)} 100	21
2005 Niedersachsen	44	100	21	46 ^{d)} 100	22
2007 Niedersachsen	45	100	21	51 ^{d)} 100	24
2008 Niedersachsen	48	100	25	49 ^{d)} 100	28
2009 Niedersachsen	47	100	23	54 ^{d)} 100	27
Verarbeitendes Gewerbe	30	11	13	4	11
Baugewerbe	32	3	14	1	12
Handel, Reparatur	48	16	22	16	21
Dienstleistungen	54	56	29	68	34
Org. o. E., öffentliche Verwaltung	56	11	27	10	26
1-4 Erwerbstätige	30	5	19	5	21
5-19 Erwerbstätige	52	25	25	29	31
20-99 Erwerbstätige	76	36	28	36	31
100-499 Erwerbstätige	84	22	20	20	24
500 und mehr	93	12	16	9	20
nichtausbildende Betriebe	39	35	24	36	28
ausbildende Betriebe	64	65	23	64	27
Betriebe ohne Mitarbeitervertretung	40	42	22	44	26
Betriebe mit Mitarbeitervertretung	75	58	24	56	28

- a) Sofern die Betriebe in der Befragung Teilnehmerfälle statt Personen angegeben haben, wurden diese unter Verwendung von branchen- und größenklassenspezifischen Durchschnittswerten in teilnehmende Personen umgerechnet.
b) Anteil an allen Erwerbstätigen bzw. erwerbstätigen Frauen mit Weiterbildung.
c) Anteil an allen Erwerbstätigen bzw. erwerbstätigen Frauen der Teilgruppe.
d) Anteil der Frauen mit Weiterbildung an allen Beschäftigten mit Weiterbildung.

Lesebeispiel Verarbeitendes Gewerbe: Im Verarbeitenden Gewerbe fördern 30 Prozent der Betriebe Weiterbildung. Von allen Erwerbstätigen mit Weiterbildung sind 11 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe tätig. Von den Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe nehmen 13 Prozent an Weiterbildungsmaßnahmen teil. Analog bei den Frauen.

In vielen Fällen stehen die betriebliche Berufsausbildung und die Fort- und Weiterbildung in einem komplementären Verhältnis. In der Ausbildung steht die Vermittlung allgemeiner Berufsqualifikationen im Vordergrund, die dann durch spezifische Quali-

fikationen im Rahmen der Weiterbildung ergänzt werden. Die Nutzung von externen Kursen im Rahmen der Weiterbildung spricht allerdings dafür, dass die vermittelten Qualifikationen nicht ausschließlich betriebsspezifisch ausgerichtet sind. Die Komplementarität der beiden Bildungsformen müsste darin zum Ausdruck kommen, dass ausbildende Betriebe ein höheres Maß an Weiterbildung aufweisen als nichtausbildende. Dies ist für die Gesamtgruppe auch der Fall, wenngleich der Unterschied nicht groß ist. Bei Frauen ist die Weiterbildungsquote für beide Gruppen gleich.

An den betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen nehmen nicht alle Beschäftigten in gleichem Maße teil. Es zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Qualifikationsgruppen (Tabelle 35). Während unqualifizierte Mitarbeiter einen Beschäftigungsanteil von 23 Prozent haben, stellen sie nur 11 Prozent der Weiterbildungsteilnehmer. Die Weiterbildungsquote ist dementsprechend mit 11 Prozent niedrig. Angestellte, Arbeiter und Beamte mit qualifizierten Tätigkeiten stellen anteilmäßig die größte Gruppe, sind allerdings auch in der Grundgesamtheit mit einem hohen Anteil vertreten. Sowohl bei den qualifizierten Beschäftigten mit Lehrabschluss als auch bei denen mit einem Hoch- oder Fachhochschulabschluss hat knapp jeder Dritte im 1. Halbjahr 2009 an einer Weiterbildung teilgenommen. 2007 hatte die letztgenannte Teilgruppe noch eine deutlich höhere Weiterbildungsbeteiligung als erstere. Erneut zeigt sich, dass Ausbildung und Weiterbildung tendenziell komplementär sind.

Tabelle 35: Personen mit Weiterbildungsmaßnahmen im 1. Halbjahr 2007 und 2009 nach Tätigkeitsgruppen, Anteile in Prozent

Tätigkeitsgruppe	Beschäftigte Niedersachsen		Beschäftigte mit Weiterbildungsmaßnahmen Niedersachsen			
	2007	2009	2007		2009	
	a)	a)	a)	b)	a)	b)
Beschäftigte für einfache Tätigkeiten	26	23	13	12	11	11
Beschäftigte für qualifizierte Tätigkeiten, die eine abgeschl. Lehre o. ä. erfordern	63	64	69	25	74	29
Beschäftigte für qualifizierte Tätigkeiten, die einen Uni-, FH-Abschluss erfordern	11	13	17	34	15	29
Beschäftigte ^{c)}	100	100	100	23	100	25

- a) Anteil an allen Beschäftigten (Erwerbstätige minus Auszubildende, Beamtenanwärter, tätige Inhaber, Vorstände, Geschäftsführer) bzw. an allen Beschäftigten (dto.) mit Weiterbildungsmaßnahmen.
 b) Anteil an den Beschäftigten (dto.) der entsprechenden Tätigkeitsgruppe.
 c) Erwerbstätige minus Auszubildende, Beamtenanwärter, tätige Inhaber, Vorstände, Geschäftsführer.

Ein Teil der in Tabelle 34 dargestellten Branchenunterschiede lässt sich durch Unterschiede in der Personalstruktur erklären, es bleiben aber auch branchenstrukturelle Divergenzen bestehen. So ist das Baugewerbe über alle Tätigkeitsgruppen hinweg durch niedrige Weiterbildungsquoten gekennzeichnet.

Die Aufwendungen für die Fort- und Weiterbildung werden häufig von beiden Seiten - Unternehmen und Arbeitnehmern – gemeinsam getragen. Die Unternehmen tragen überwiegend die direkten monetären Kosten und die Beschäftigten wenden Ressourcen in Form von Zeit und Anstrengungen auf. Beide Seiten haben dadurch Interesse an längerfristigen Beschäftigungsbeziehungen, welche durch Kündigungen und Entlassungen verhindert werden. Kollektive Mitarbeitervertretungen wie Betriebs- und Personalräte, Belegschaftssprecher oder runde Tische können eine Verbesserung des Informationsaustausches herbeiführen und das gegenseitige Vertrauen stärken, so dass ineffiziente Trennungen vermieden werden können. Dies macht Weiterbildungsinvestitionen attraktiver. In Betrieben mit Mitarbeitervertretungen ergibt sich demnach ein etwas höheres Maß an Weiterbildungsaktivitäten, wie die letzten beiden Zeilen der Tabelle 34 ausweisen.

Im Zusammenhang mit der vielfach diskutierten Tendenz zum lebenslangen Lernen wird die Hypothese vertreten, dass sich nicht nur der Umfang, sondern auch die Formen der Weiterbildung ändern. Anstelle von vorwiegend institutioneller Weiterbildung in Kursen und Seminaren werden verstärkt arbeitsintegrierte und selbstgesteuerte Lernformen an Bedeutung gewinnen. Wenn diese Hypothese hier auch nicht direkt überprüft werden kann, da Daten nur für wenige Zeitpunkte vorliegen, so sprechen die Angaben in Tabelle 36 und ein Vergleich mit den Angaben aus den Erhebungsjahren 2003 und 2008 nicht dafür, dass dieser Verdrängungsprozess weit fortgeschritten ist. In allen Jahren dominieren institutionelle Formen wie Teilnahmen an externen und internen Kursen sowie an Vorträgen. Auffällig ist zwar, dass im Vergleich der Jahre die Bedeutung einer Weiterbildung durch Qualitäts-/Werkstattzirkel zugenommen hat, aber die quantitative Bedeutung der Weiterbildung am Arbeitsplatz sowie des selbstgesteuerten Lernens haben gegenüber dem Vorjahr wieder abgenommen.

Betrachtet man die Weiterbildungsformen nach Branchen, so zeigen sich keine großen Unterschiede. Bildet man nach der Einsatzhäufigkeit eine Rangreihe, so beginnt sie mit externen Kursen und endet ganz überwiegend mit Weiterbildungsmaßnahmen durch Arbeitsplatzwechsel und Qualitäts-/Werkstattzirkel. Bei letzteren fallen beträchtliche Unterschiede zwischen den Branchen auf.

Untergliedert man Tabelle 36 nach Größenklassen, erhält man ein recht eindeutiges Bild: Je größer der Betrieb, desto vielfältiger die angewendeten Weiterbildungsformen. Besonders auffällig sind die Unterschiede zwischen großen und kleinen Firmen

bei innovativen Weiterbildungsmaßnahmen wie Arbeitsplatzwechsel sowie Qualitäts- und Werkstattzirkeln.

Tabelle 36: Betriebliche Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung im 1. Halbjahr 2003 2008 und 2009 in Niedersachsen; Basis: Betriebe mit Weiterbildungsmaßnahmen, Anteile in Prozent (Mehrfachnennungen möglich)

Bereich	externe Kurse	interne Kurse	Weiterbildung am Arbeitsplatz	Teilnahme an Vorträgen	Arbeitsplatzwechsel (job rotation)	selbstgesteuertes Lernen	Qualitäts-Werkstattzirkel
2003 Niedersachsen	81	32	35	47	2	17	8
2008 Niedersachsen	86	50	46	54	6	23	11
2009 Niedersachsen	85	44	37	54	4	19	14
Verarbeitendes Gewerbe	82	57	56	50	7	16	16
Baugewerbe	82	28	22	30	-	8	1
Handel, Reparatur	83	44	31	52	5	20	6
Dienstleistungen	87	56	40	60	4	20	19
Org. o.E., öffentliche Verwaltung	76	60	29	41	6	20	11
1-4 Erwerbstätige	85	27	25	57	-	15	12
5-19 Erwerbstätige	83	42	34	52	5	20	10
20-99 Erwerbstätige	86	64	55	53	4	20	23
100-499 Erwerbstätige	93	77	64	61	15	26	26
500 Erwerbstätige und mehr	99	94	73	89	27	43	33
2009 Westdeutschland	81	50	46	44	4	16	9

Tabelle 37 zeigt deutlich, dass Weiterbildung überwiegend während der Arbeitszeit erfolgt. Weit überdurchschnittlich geschieht dies im Bereich Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung, in dem nicht erwartet wird, dass sich Beschäftigte durch einen Verzicht auf Freizeit an Weiterbildungsaktivitäten beteiligen. Dies gilt auch für größere Betriebe. In anderen Bereichen wird dagegen etwas mehr Wert darauf gelegt, dass Beschäftigte durch einen gewissen Freizeitverzicht zur Weiterbildung beitragen.

Tabelle 37: Weiterbildung in der Arbeits- oder Freizeit 2007 und 2009, Anteile an den weiterbildenden Betrieben in Prozent

Bereich	Weiterbildungsmaßnahmen finden ... statt			
	normalerweise während der Arbeitszeit	teilweise in der Arbeitszeit, teilweise in der Freizeit	ganz in der Freizeit	von Fall zu Fall unterschiedlich
2007 Niedersachsen	56	35	4	6
2009 Niedersachsen	60	29	6	5
Verarbeitendes Gewerbe	76	15	0	8
Baugewerbe	56	34	9	1
Handel, Reparatur	63	28	5	3
Dienstleistungen	57	30	8	6
Org. o.E., öffentliche Verwaltung	80	19	-	1
1 - 4 Erwerbstätige	54	39	7	-
5 - 19 Erwerbstätige	56	30	7	7
20 - 99 Erwerbstätige	71	19	6	5
100 – 499 Erwerbstätige	80	15	1	3
500 und mehr Erwerbstätige	61	31	0	6
2009 Westdeutschland	66	24	5	3

Tabelle 38 verdeutlicht zunächst, dass die Kosten der Weiterbildung (abgesehen von der Freizeitkomponente) überwiegend von den Betrieben getragen werden. Die Unterschiede zwischen den Sektoren sind zum Teil erheblich. So erwarten im Bereich Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung immerhin 47 Prozent der weiterbildenden Betriebe von den Beschäftigten eine vollständige oder teilweise Kostenübernahme. In Handel und Reparatur sind dies nur 25 Prozent. Auch Kleinbetriebe legen überdurchschnittlich Wert auf eine Kostenbeteiligung der Weiterbildungsteilnehmer, während bei mittleren Betrieben die Maßnahmen zu einem größeren Teil von den Unternehmen getragen werden.

Tabelle 38: Beteiligung der Beschäftigten an den Kosten der Weiterbildungsmaßnahmen, Anteile an den weiterbildenden Betrieben in Prozent

Bereich	Kostenbeteiligung der Beschäftigten?			
	nein, gar nicht	von Fall zu Fall unter- schiedlich	ja, teilweise	ja, vollständig
2007 Niedersachsen	63	2	12	23
2009 Niedersachsen	65	5	12	18
Verarbeitendes Gewerbe	65	7	1	28
Baugewerbe	57	13	11	19
Handel, Reparatur	73	2	10	15
Dienstleistungen	63	6	13	19
Org. o.E., öffentliche Verwaltung	49	4	18	29
1 - 4 Erwerbstätige	59	6	14	20
5 - 19 Erwerbstätige	64	5	12	19
20 - 99 Erwerbstätige	72	4	8	17
100 – 499 Erwerbstätige	68	13	6	13
500 und mehr Erwerbstätige	55	19	15	12
2009 Westdeutschland	75	3	9	13

Um den vielfach beklagten Mangel an Fachqualifikationen abzuwehren reicht bei spezifischen komplexen Fachqualifikationen Weiterbildung häufig nicht aus. Auch betriebliche Ausbildung ist hier teilweise überfordert, die Fachinhalte müssen eher im tertiären Bildungsbereich vermittelt werden. In diesen Fällen kann es sinnvoll sein, Interessenten frühzeitig für den Betrieb zu interessieren und ihn an sich zu binden. Praktika bilden eine Möglichkeit hierzu. Eine andere stellen finanzielle Unterstützungen in Form von Stipendien dar. Wie die folgende Tabelle zeigt, wird von dieser Möglichkeit aber nur von sehr wenigen Betrieben – vorrangig Großbetrieben bzw. Betrieben aus dem Verarbeitenden Gewerbe – Gebrauch gemacht. Es sieht auch nicht so aus, als würde sich dies Bild in naher Zukunft ändern, denn konkrete Pläne zur Förderung von Studierenden durch Stipendien bestehen ebenfalls nur in wenigen Betrieben.

Tabelle 39: Förderung von Studierenden mit Stipendien, Anteile an den Betrieben in Prozent

Bereich	Förderung von Studierenden mit Stipendien In den nächsten 12 Monaten geplant			
	ja	ja	nein	kann noch nicht sagen
2009 Niedersachsen	1	1	97	2
Verarbeitendes Gewerbe	2	1	95	3
Baugewerbe	0	0	97	3
Handel, Reparatur	1	0	98	1
Dienstleistungen	1	1	97	1
Org. o.E., öffentliche Verwaltung	0	0	99	1
1 - 4 Erwerbstätige	0	0	99	1
5 - 19 Erwerbstätige	1	1	98	1
20 - 99 Erwerbstätige	2	2	95	3
100 – 499 Erwerbstätige	3	3	86	10
500 und mehr Erwerbstätige	20	20	72	7
2009 Westdeutschland	1	1	97	2

4.4 Arbeitszeit, Arbeitszeitkonten, Überstunden und Kurzarbeit

Die wöchentliche Arbeitszeit in den niedersächsischen Betrieben betrug im vergangenen Jahr 39,3 Stunden (Tabelle 40), wobei die meisten Betriebe relativ eng bei diesem Durchschnittswert lagen. Etwa vier Fünftel aller Betriebe haben Zeiten zwischen 38,5 bis 40,5 Stunden (Tabelle 41) mit 40 Stunden als häufigstem Einzelwert (52 Prozent). Bezogen auf die Beschäftigten sind die Anteile etwas kleiner, da Großbetriebe tendenziell kürzere Arbeitszeiten haben als Kleinbetriebe. Wichtiger als die Betriebsgröße ist die Branchenzugehörigkeit, weil die wöchentliche Arbeitszeit häufig in Branchentarifverträgen geregelt wird. Auf Basis der hier betrachteten 5 Wirtschaftsbereiche reicht die Spannweite von 38,4 Stunden im Verarbeitenden Gewerbe bis 39,5 Stunden im Baugewerbe, auf der Basis einzelner Betriebe reicht sie deutlich weiter, nämlich von unter 30 (bei 5 Prozent) bis über 45 Stunden (bei 1 Prozent). Während sich die vereinbarte Wochenarbeitszeit über viele Dekaden hinweg nur in eine Richtung bewegt hat – nämlich in Richtung Verkürzung – hat sich seit 2004 eine Verlängerung um ca. 40 Minuten ergeben, die allerdings im Wesentlichen bereits in der Zeit von 2004 auf 2006 umgesetzt wurde. Seit dem ist der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt in etwa stabil geblieben. Für einzelne Betriebe hat es aber durchaus

Änderungen gegeben. So ist von 2008 auf 2009 die wöchentliche regelmäßige Arbeitszeit in 17 Prozent der Betriebe verkürzt und in 19 Prozent verlängert worden.

Tabelle 40: Vereinbarte durchschnittliche Wochenarbeitszeit niedersächsischer Betriebe 2002, 2004, 2006, 2008 und 2009.

	Die vereinbarte durchschnittliche Arbeitszeit beträgt ... Std. pro Woche
2002 Niedersachsen	38,9
2004 Niedersachsen	38,7
2006 Niedersachsen	39,3
2008 Niedersachsen	39,4
2009 Niedersachsen	39,3
Verarbeitendes Gewerbe	38,4
Baugewerbe	39,5
Handel, Reparatur	39,2
Dienstleistungen	39,4
Org. ohne Erwerbszweck, öffentliche Verwaltung	38,5
1-4 Erwerbstätige	39,3
5-19 Erwerbstätige	39,3
20-99 Erwerbstätige	39,4
100-499 Erwerbstätige	39,0
500 und mehr Erwerbstätige	37,9

Tabelle 41: Vereinbarte durchschnittliche Wochenarbeitszeit niedersächsischer Betriebe nach Arbeitszeitklassen 2009

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt ... pro Woche	in Tausend	in Prozent
bis unter 35 Stunden	8	4
35 bis unter 37,5 Stunden	9	5
37,5 bis unter 38,5 Stunden	11	6
38,5 bis unter 39,5 Stunden	39	23
39,5 bis unter 40,5 Stunden	96	56
40,5 und mehr Stunden	10	6
durchschnittliche Wochenarbeitszeit Niedersachsen	39,3 Stunden	

Zur Anpassung der tatsächlichen Arbeitszeit an das betrieblich geforderte Volumen steht den Betrieben eine Reihe von Instrumenten zur Verfügung. Überstunden stellen dabei seit Jahren das wichtigste Gestaltungsmittel dar.¹⁵ Etwa jeder zweite Betrieb greift hierauf zurück (Achtung: Angaben jeweils für das Vorjahr). Wie Tabelle 42

¹⁵ Die Instrumente der Arbeitszeitpolitik wurden in den "Beschäftigungstrends 2008" detaillierter dargestellt.

ausweist, lag dieser Wert in den Jahren 2001 und 2003 etwas über und seit 2005 unter 50 Prozent. Die Entwicklung folgt dabei einem konjunkturellen Muster. Mit der Krise 2009 wird die Nutzungshäufigkeit wieder zurückgehen. Besonders häufig wird dies Instrument 2008 im Bereich Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung sowie im Verarbeitenden Gewerbe genutzt, vergleichsweise wenig eingesetzt wird es im Bereich Dienstleistungen sowie in Handel und Reparatur, in denen ein ähnlicher Effekt durch Variation der Arbeitszeit von Teilzeitkräften erreicht wird.

Tabelle 42: Überstunden in den Jahren 2001, 2003, 2005, 2007 und 2008 in Niedersachsen

Betriebe mit Überstunden	in Tausend	Anteile in Prozent
2001 Niedersachsen	100	52
2003 Niedersachsen	97	52
2005 Niedersachsen	82	45
2007 Niedersachsen	86	47
2008 Niedersachsen	88	48
Verarbeitendes Gewerbe	8	54
Baugewerbe	10	49
Handel, Reparatur	19	45
Dienstleistungen	40	44
Org. ohne Erwerbszweck, öffentliche Verwaltung	4	62
1-4 Erwerbstätige	24	31
5-19 Erwerbstätige	43	53
20-99 Erwerbstätige	18	76
100-499 Erwerbstätige	3	77
500 und mehr Erwerbstätige	0	83
2008 Westdeutschland	755	47

Ein flexibler Zeiteinsatz ist auch möglich, wenn Betriebe über ein Zeitmanagementsystem mit Arbeitszeitkonten verfügen. Dies ist in knapp einem Drittel aller Betriebe der Fall. Da es sich dabei tendenziell um größere Firmen handelt, arbeitet knapp die Hälfte aller Beschäftigten in Betrieben mit Arbeitszeitkonten. Allerdings sind nur in 61 Prozent davon alle Beschäftigten in das Zeitmanagement einbezogen, in den anderen nur Teile der Belegschaft (im Durchschnitt 81 Prozent). Insgesamt werden für 49 Prozent aller Erwerbstätigen Arbeitszeitkonten geführt.¹⁶ Gegenüber den Vorjahren ist der Anteil deutlich angestiegen (Vorjahr 42 Prozent).

¹⁶ Detailliertere Informationen zur Ausgestaltung der Kontensysteme finden sich in den "Beschäftigungstrends 2008".

Tabelle 43: Verbreitung von Arbeitszeitkonten in niedersächsischen Betrieben 2002, 2004, 2006, 2008 und 2009

	Betriebe mit Arbeitszeit- konten	Betriebe mit geplanten Arbeitszeit- konten	Erwerbstätige mit vorhandenen Arbeits- zeitkonten	
	a)		b)	c)
2002 Niedersachsen	25	3		
2004 Niedersachsen	24	3	1.197	40
2006 Niedersachsen	21	3	1.206	40
2008 Niedersachsen	23	3	1.311	42
2009 Niedersachsen	32	2	1.553	49
Verarbeitendes Gewerbe	46	2	461	76
Baugewerbe	36	5	87	48
Handel, Reparatur	21	2	172	32
Dienstleistungen	32	2	575	42
Org. o.E., öffentliche Verwaltung	47	0	201	71
1-4 Erwerbstätige	20	1	36	18
5-19 Erwerbstätige	33	3	724	30
20-99 Erwerbstätige	58	3	456	48
100-499 Erwerbstätige	73	2	473	62
500 und mehr	89	3	372	72
2009 Westdeutschland	31	2		

- a) Anteil an allen Betrieben der Kategorie in Prozent.
b) Anzahl der betroffenen Erwerbstätigen in Tsd.
c) Anteil an allen Erwerbstätigen der Kategorie in Prozent.

Relativ weit verbreitet sind Arbeitszeitkonten im Verarbeitenden Gewerbe (76 Prozent der Erwerbstätigen) und in der öffentlichen Verwaltung einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck (71 Prozent), während man sie im Bereich Verkehr und Nachrichten sowie in Handel und Reparatur eher selten findet (32 Prozent der Erwerbstätigen). Bei einer Differenzierung der Betrachtung nach Größenklassen zeigt sich das im Hinblick auf Maßnahmeneinsatz generell vertraute Muster: Großbetriebe setzen Arbeitszeitkonten häufiger ein als Klein- und Mittelbetriebe.

Ein ganz wesentliches, dämpfendes Element der Beschäftigungsprobleme ging 2009 vom arbeitsmarktpolitischen Instrument Kurzarbeit aus. Kurzarbeitergeld wird an Betriebe gezahlt, um bei einem vorübergehenden Arbeitsausfall Entlassungen zu vermeiden. Die Anspruchsvoraussetzungen und die Leistungen wurden kurzfristig immer wieder angepasst, um es attraktiver zu machen und die Inanspruchnahme zu erleichtern. Ein Blick auf Tabelle 44 zeigt, dass dies gelungen ist. Gegenüber 2003,

einem Rezessionsjahr, hat sich die Nutzung auf betrieblicher Ebene verdoppelt und in Bezug auf die Beschäftigten verdreifacht.

Dabei konzentriert sich die Kurzarbeit in den produzierenden Betrieben, d.h. im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe. Organisationen ohne Erwerbszweck und die öffentliche Verwaltung nehmen dieses Instrument überhaupt nicht in Anspruch, was natürlich nicht überrascht, da hier die Arbeitsaufgaben keinen konjunkturellen Schwankungen unterworfen sind. Ein starker Unterschied im Ausmaß der Nutzung wird auch deutlich, wenn man nach exportierenden und nichtexportierenden Betrieben unterscheidet. In Bezug auf die Betriebsgrößenklassen zeigt sich das bekannte Muster: Mit der Betriebsgröße steigt die Nutzungshäufigkeit.

Tabelle 44: Verbreitung von Kurzarbeit in niedersächsischen Betrieben 2003, 2006 und 2009, Anteile in Prozent

	Kurzarbeit im 1. Halbjahr			
	insgesamt a)		mit Maßnahmen zur Quali- fizierung / Weiterbildung b)	
	Betriebe	Erwerbs- tätige	Betriebe	Erwerbs- tätige
2003 Niedersachsen	2	2		
2006 Niedersachsen	1	0,5		
2009 Niedersachsen	4	6	20	7
Verarbeitendes Gewerbe	16	22	13	5
Baugewerbe	13	11	27	18
Handel, Reparatur	2	2	-	-
Dienstleistungen	1	1	34	16
Org. o.E., öffentliche Verwaltung	-	-	-	-
Exportierende Betriebe	13	20	13	4
Nichtexportierende Betriebe	3	2	23	12
1-4 Erwerbstätige	2	1	22	57
5-19 Erwerbstätige	4	3	14	10
20-99 Erwerbstätige	7	3	17	8
100-499 Erwerbstätige	15	7	45	7
500 und mehr	22	15	63	4
2009 Westdeutschland	4	7	13	8

a) Anteil an allen Betrieben bzw. Erwerbstätigen.

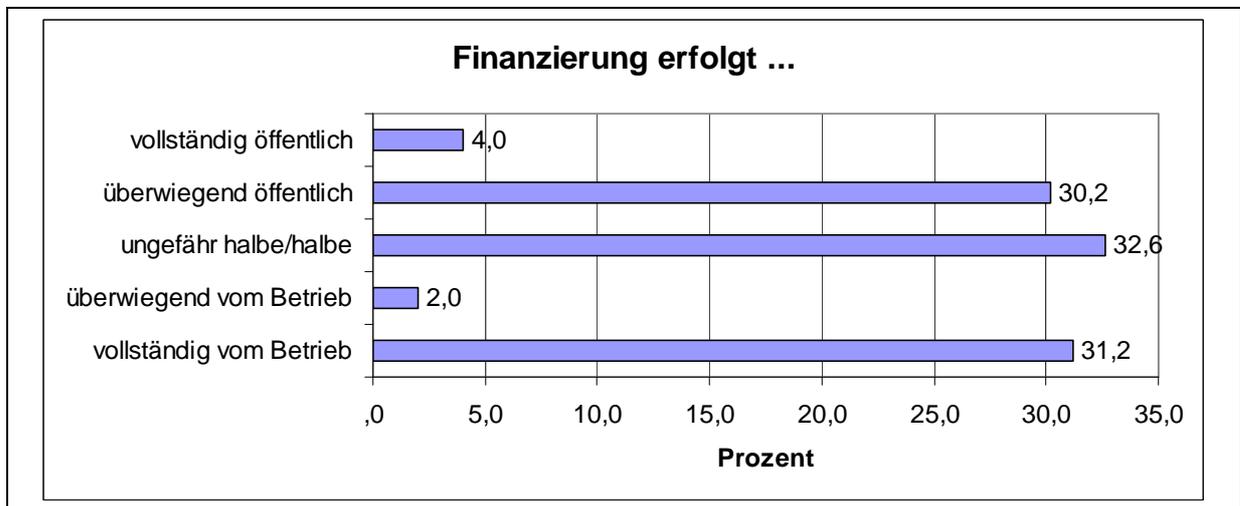
b) Anteil an kurzarbeitenden Betrieben bzw. kurzarbeitenden Erwerbstätigen.

Die Förderung von Weiterbildungsaktivitäten während der Kurzarbeit durch die Bundesagentur für Arbeit soll das Instrument noch attraktiver machen. Allerdings gilt dies nur für die Betriebe, die erwarten, dass der Arbeitsausfall kurzfristig ist und sie lang-

fristig alle Beschäftigten halten können. Immerhin nutzt jeder fünfte kurzarbeitende Betrieb die Zeit für Weiterbildungsmaßnahmen, in die aber nur jeder vierzehnte Erwerbstätige einbezogen ist. Das Baugewerbe zeigt sich dabei als deutlich weiterbildungsgeneigter als die anderen Branchen, was überraschend ist, da die Weiterbildung allgemein hier nicht so weit verbreitet ist.

Die Abbildung 7 informiert darüber, wie die Weiterbildungsmaßnahmen finanziert wurden. Knapp ein Drittel der Betriebe finanziert die Maßnahmen vollständig allein. 2003 waren dies noch 81 Prozent der weiterbildenden Betriebe. Die rein öffentliche Förderung spielte damals gar keine Rolle, bei 19 Prozent beteiligte sich der Staat teilweise. Die Mischfinanzierung hat demgegenüber stark an Bedeutung gewonnen.

Abbildung 7: Finanzierung der Weiterbildungsmaßnahmen 2009, Basis: Betriebe mit Weiterbildungsmaßnahmen während der Kurzarbeit



Da auf gesamtwirtschaftlicher Ebene Instrumente wie Kurzarbeit und Arbeitszeitkonten offensichtlich zur Stabilisierung der Beschäftigung beigetragen haben, könnte man vermuten, dass Betriebe, die diese Instrumente einsetzen, eine günstigere Beschäftigungsentwicklung haben als jene, die dies nicht tun. Dies lässt sich aber nicht durch eine einfache bivariate Analyse überprüfen, da diese Instrumente vorzugsweise von solchen Betrieben eingesetzt werden, die vor einer schwierigen Beschäftigungssituation stehen. Dieser Selektionseffekt läuft der erwarteten Wirkung entgegen, so dass ohne aufwändigere multivariate Analyse hier keine Aussage hinsichtlich der Wirkung des Instrumenteneinsatzes getroffen werden kann.

5 Wirtschaftliche Lage

5.1 Geschäftsvolumen und Produktivität

Die Betriebsbefragungen finden jeweils im Sommer eines Jahres statt. Will man zu diesem Zeitpunkt Daten erheben, die aus den betrieblichen Standardberichten stammen, muss das letzte abgeschlossene betriebliche Berichtsjahr zu Grunde legen, das in vielen Fällen mit dem Kalenderjahr übereinstimmt. Die in diesem Kapitel präsentierten Angaben zur wirtschaftlichen Situation der Betriebe stützen sich daher überwiegend auf das abgeschlossene Berichtsjahr 2008. Da die Finanz- und Wirtschaftskrise die meisten Bereiche der deutschen Wirtschaft erst Ende 2008 erfasst hat, spiegeln also die nachfolgenden Tabellen die Krisensituation noch nicht eindeutig wider.

Das Geschäftsvolumen kann in unterschiedlichen Einheiten gemessen werden. So ist für etwa 10 Prozent der Betriebe, die vor allem aus den Branchen Dienstleistungen, öffentliche Verwaltung und Organisationen ohne Erwerbszweck stammen, das Haushaltsvolumen relevant. Einige wenige Betriebe aus dem Dienstleistungssektor, vornehmlich Banken, messen ihr Geschäftsvolumen an den Bruttozins- und Provisonerträgen sowie am Handelsergebnis. Für eine weitere, sehr kleine Anzahl aus den Bereichen Dienstleistungen sowie Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung sind die Bruttobeitragseinnahmen relevant. Zusammengekommen sind dies 11 Prozent der Betriebe. 89 Prozent messen ihr Geschäftsvolumen durch den Umsatz. Für diese Betriebe liegen entsprechende Umsatzangaben vor. Da aber 23 Prozent der Befragten die Antwort auf diese sensible Frage verweigerte, werden für die Betriebe mit fehlenden Angaben die Werte geschätzt. Nichtantwortern werden die Mittelwerte aus der nach Branchen und Betriebsgrößenklassen geschichteten Stichprobe zugewiesen. Die hochgerechneten Angaben zum Geschäftsvolumen haben daher ein über das Übliche hinausgehendes Maß an Unschärfe.

Insgesamt haben die niedersächsischen Betriebe im Jahr 2008 einen Umsatz von gut 3 Millionen Euro erwirtschaftet; ein Wert, der etwas unter dem des Vorjahrs liegt. Die übliche Verzerrung des Durchschnitts nach oben durch einige umsatzstarke Betriebe ist geringer als in den vorangegangenen Jahren, dennoch erfolgt auch ein Ausweis nach Quartilen. Dem Median (50 Prozent-Perzentil) zufolge befinden sich die umsatzstärksten Betriebe im Bereich Handel und Reparatur und die umsatzschwächsten bei den Dienstleistungen. Im Baugewerbe gibt es relativ wenig „Umsatzriesen“, so dass hier die Differenz zwischen Mittelwert und Median verhältnismäßig klein ist, während es sich im Verarbeitenden Gewerbe genau gegensätzlich verhält. Bei einer Differenzierung nach Betriebsgrößenklassen ist klar, dass die Werte mit der Betriebsgröße steigen.

Tabelle 45: Umsatzvolumen der niedersächsischen Betriebe 2005-2008, Basis: Betriebe mit Umsatz^{a)}

Bereich	Perzentile in Tausend €			Umsatzvolumen		
	25	50	75	Mittelwert in Tausend €	Summe in Milliarden €	Anteil in Prozent
2005 Niedersachsen	176	440	1.100	2.700	431	100
2006 Niedersachsen	180	400	1.035	3.114	500	100
2007 Niedersachsen	150	450	1.000	3.138	520	100
2008 Niedersachsen	163	450	1.200	3.053	501	100
Verarbeitendes Gewerbe	230	800	2.800	16.083	246	49
Baugewerbe	150	443	976	1.172	23	5
Handel und Reparatur	412	809	2.000	3.286	135	27
Dienstleistungen ^{b)}	129	220	693	973	78	15
1-4 Erwerbstätige	100	163	250	294	22	4
5-19 Erwerbstätige	350	693	1.300	1.010	74	15
20-99 Erwerbstätige	1.800	4.000	5.000	5.810	112	22
100-499 Erwerbstätige	13.100	21.200	43.000	24.804	107	21
500 und mehr	88.000	175.000	678.663	60.987	188	38

a) Für Betriebe mit fehlenden Angaben ist der Wert geschätzt.

Die angesprochenen Datenprobleme übertragen sich in die Berechnung der Kennziffer Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten, d. h. die Arbeitsproduktivität, die ergänzend zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Lage herangezogen werden kann (Tabelle 46). Gemessen am Median wie am Mittelwert ist die Produktivität in Niedersachsen im Vergleich zu 2007 gestiegen. Dies ist überraschend, da auf Grund der Hortung von Arbeitskräften eher mit einer Senkung zu rechnen gewesen wäre. In einer branchenspezifischen Unterteilung ergibt sich ein differenziertes Bild: Zieht man den Mittelwert zum Vergleich heran, findet sich im Baugewerbe die höchste Arbeitsproduktivität, während gemessen am Median das Verarbeitende Gewerbe knapp vorne liegt. Den niedrigsten Wert erhält man im Bereich Handel und Reparatur (Median) bzw. Dienstleistungen (Mittelwert).

Den größten Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung in Niedersachsen hat der Bereich Dienstleistungen. Die Baubranche hat – ebenso wie beim Umsatz – den geringsten Anteil. Eine Differenzierung nach Größenklassen zeigt, dass die Produktivität mit der Betriebsgröße steigt.

Die Region Westdeutschland ist für viele niedersächsische Betriebe vor allem im Baugewerbe, im Bereich Handel und Reparatur sowie im Dienstleistungssektor das dominante Absatzgebiet (nicht in der Tabelle). Neun von zehn Betrieben erzielten 70 Prozent und mehr ihres Umsatzes in Westdeutschland. Ostdeutschland ist für 79 Prozent der Betriebe überhaupt kein Absatzmarkt und nur 3 Prozent erwirtschaften

dort mehr als die Hälfte ihres Geschäftsvolumens. Noch spärlicher waren die Verbindungen zum Ausland, wo 88 Prozent der niedersächsischen Betriebe 2008 überhaupt keinen Umsatz verzeichneten. Die stärkste überregionale Orientierung findet sich traditionell im Verarbeitenden Gewerbe.

Tabelle 46: Bruttowertschöpfung (BWS = Umsatz minus Vorleistungen) der niedersächsischen Betriebe 2005 bis 2008, Basis: Betriebe mit Umsatz ^{a)}

Bereich	Perzentile der BWS pro Erwerbstätigen in Tausend €			BWS pro Erwerbstätigen Mittelwert in Tausend	gesamte BWS	
	25	50	75		Summe in Mrd.	Anteil in Prozent
2005 Niedersachsen	20	34	60	57	132	100
2006 Niedersachsen	19	35	60	49	127	100
2007 Niedersachsen	19	34	64	50	155	100
2008 Niedersachsen	21	36	63	52	157	100
Verarbeitendes Gewerbe	25	41	70	55	26	26
Baugewerbe	22	40	61	60	9	9
Handel und Reparatur	20	21	75	58	28	27
Dienstleistungen	20	33	54	44	34	33
1-4 Erwerbstätige	19	30	57	48	6	6
5-19 Erwerbstätige	22	39	63	52	30	30
20-99 Erwerbstätige	26	43	80	60	39	38
100 und mehr	23	53	90	63	26	26

a) Für Betriebe mit fehlenden Angaben ist der Wert geschätzt.

Falls es zu einem Ansteigen der Nachfrage nach den in den Betrieben produzierten Waren und Dienstleistungen kommen würde, erhielten Beschäftigung und Investitionstätigkeit positive Impulse. Wie Tabelle 47 ausweist, kommen dann nämlich zwei von fünf Betrieben mit den vorhandenen Ressourcen nicht aus. Da die Personaldecke in vielen Firmen in den letzten Jahren ausgedünnt wurde, käme es hier häufiger zu Engpässen und zusätzlicher Nachfrage. Insgesamt 36 (27+9) Prozent der Betriebe benötigen zusätzliche Arbeitskräfte bei einem Nachfrageschub am Markt für Waren und Dienstleistungen. Zusätzliche Investitionen wären weniger häufig erforderlich. In Westdeutschland ist die Lage im Großen und Ganzen ähnlich.

Die größten Reservekapazitäten sind in den Bereichen Handel und Reparatur vorhanden. Enger ist die Situation im Baugewerbe. Hier wäre in 38 Prozent der Betriebe zusätzliches Personal erforderlich und in 8 Prozent zusätzliche Anlagen sowie zusätzliches Personal. Anders als im Vorjahr spielt die Größe der Betriebe für die Reservekapazitäten keine wesentliche Rolle.

Tabelle 47: Möglichkeit zur Erzielung eines höheren Umsatzes in Betrieben in Niedersachsen 2009, Anteile in Prozent, Basis: Betriebe mit Umsatz

	Bei erhöhter Nachfrage wäre eine Umsatzsteigerung			
	möglich mit vorhandenen Ressourcen	zusätzlichem Personal	nur möglich mit ... zusätzlichen Anlagen	zusätzlichem Personal & Anlagen
Niedersachsen	61	27	3	9
Verarbeitendes Gewerbe	62	22	5	11
Baugewerbe	54	38	0	8
Handel, Reparatur	76	16	2	6
Dienstleistungen	56	33	2	9
1-4 Erwerbstätige	60	27	5	8
5-19 Erwerbstätige	62	27	1	10
20-99 Erwerbstätige	58	29	2	11
100 und mehr	59	26	1	14
Westdeutschland	63	33 ^{a)}	8 ^{b)}	

- a) Dieser Wert enthält Betriebe die "zusätzliches Personal" sowie "zusätzliches Personal & zusätzliche Anlagen" benötigen.
b) Dieser Wert enthält Betriebe die "zusätzliche Anlagen" sowie "zusätzliches Personal & zusätzliche Anlagen" benötigen.

Tabelle 48: Erwartete Entwicklung des Umsatzes der niedersächsischen Betriebe für 2009, Basis: Betriebe mit Umsatz

Bereich	erwartete Umsatzentwicklung, Anteile in Prozent				erwartete prozentuale Umsatzentwicklung ^{a)}
	etwa gleich bleibend	eher steigend	eher sinkend	weiß noch nicht	
2009 Niedersachsen	51	17	22	10	-3,8
Verarbeitendes Gewerbe	40	22	27	11	-1,2
Baugewerbe	45	19	28	9	-4,6
Handel und Reparatur	50	20	21	10	-1,4
Dienstleistungen	56	16	18	10	-1,4
1-4 Erwerbstätige	52	16	20	13	-2,1
5-19 Erwerbstätige	53	16	22	9	-1,7
20-99 Erwerbstätige	46	25	25	4	-2,0
100 und mehr	35	21	30	14	-3,7
2009 Westdeutschland	45	17	26	12	-3,1

- a) Ohne Betriebe, die die erwartete Änderung noch nicht einschätzen können.

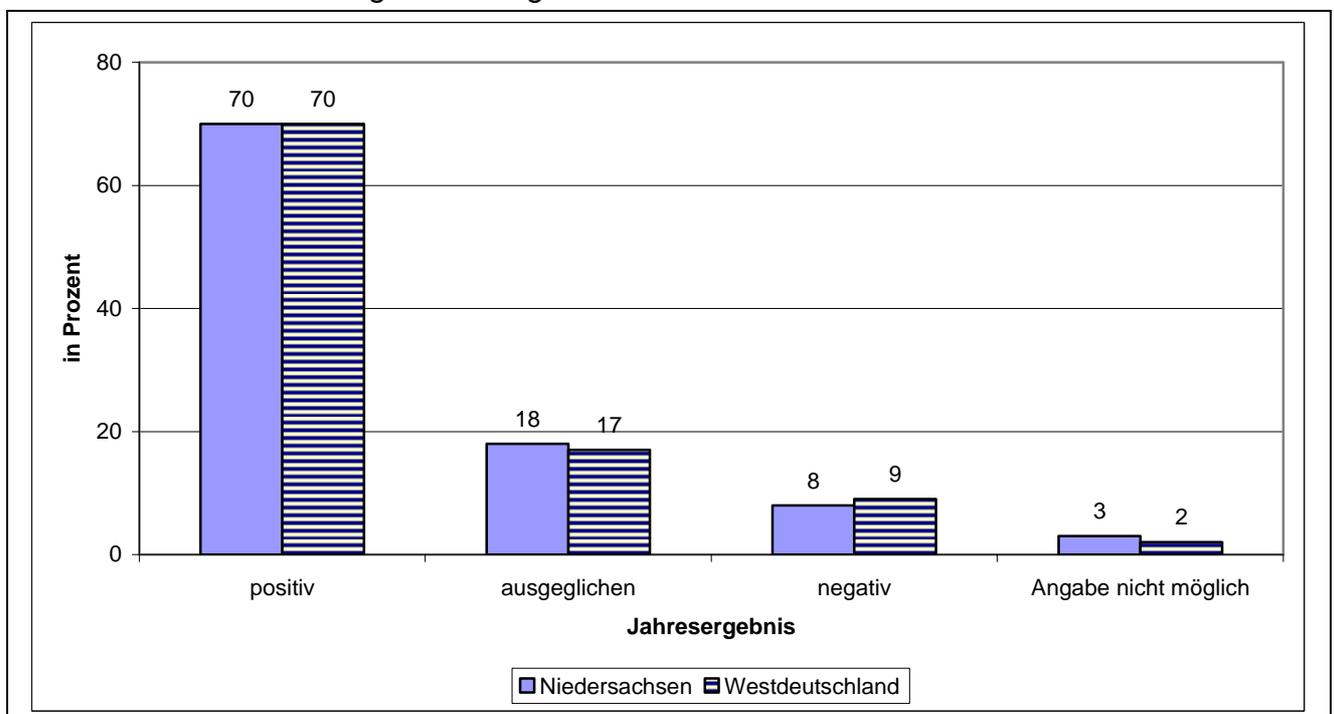
In der Befragung wurde wie in den Vorjahren auch erfasst, wie die weitere Entwicklung der Geschäftstätigkeit von den Betrieben eingeschätzt wird. Konkret heißt das hier, welche Umsatzentwicklung für das zum Zeitpunkt der Befragung laufende Geschäftsjahr 2009 erwartet wird. Wie zu erwarten, wird gegenüber 2008 im Durchschnitt mit einem Umsatzrückgang gerechnet und zwar um knapp 4 Prozent. Aller-

dings ist nur gut jeder fünfte Betrieb pessimistisch. Demgegenüber stehen 17 Prozent „Optimisten“, die mit steigenden Umsätzen rechnen. Der Rest war noch unentschieden oder erwartete gleich bleibende Geschäftsvolumina. Der anteilmäßige Abstand zwischen „Pessimisten“ und „Optimisten“ war besonders ausgeprägt im Baugewerbe; dementsprechend wird hier mit 4,6 Prozent auch der stärkste Umsatzrückgang erwartet. Ähnlich ist die Situation bei den Großbetrieben.

5.2 Ertragslage

Die Ertragslage gehört zu den kritischen Größen, über die bei nicht publizitätspflichtigen Unternehmen meist keine genauen Angaben zu erhalten sind. Es wird daher nur abgefragt, ob das Jahresergebnis (Reingewinn) positiv, ausgeglichen oder negativ ist und die Betriebe werden um eine subjektive Bewertung der Ertragslage gebeten. Abbildung 8 zeigt, dass 70 Prozent der Betriebe 2008 ein positives und 8 Prozent ein negatives Jahresergebnis erwirtschaftet haben. Diese Situation ist im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen stabil, der Anteil an Betrieben mit negativer Ertragslage hat sogar leicht abgenommen. Sie stimmt auch in etwa mit der in der Vergleichsregion Westdeutschland überein.

Abbildung 8: Ertragslage niedersächsischer und westdeutscher Betriebe 2008; Basis: Betriebe mit Ertragsermittlung



Mehr als ein Drittel der Betriebe schätzt dabei die Ertragslage als "gut" bis "sehr gut" ein, ein ähnlich hoher Anteil als "befriedigend". Damit ist der Anteil der Betriebe mit positiver Einschätzung gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Mit "mangelhaft" urteilen neun Prozent, und dies ist nicht überraschend, da es in etwa dem Anteil an Betrieben mit negativem Reingewinn entspricht. Insgesamt hat sich in der subjektiven Einschätzung die Ertragslage im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr verbessert. Die Gesamtnote stieg leicht 3,0 auf 2,9, was dem besten Wert innerhalb des betrachteten Zeitraums entspricht. Die mit Abstand positivste Sicht herrscht im Dienstleistungssektor vor, während im Baugewerbe die wenigsten sehr guten und die meisten mangelhaften Einschätzungen abgegeben wurden. Größere Betriebe beurteilen ihre Ertragslage tendenziell etwas besser als kleinere. Im Vergleich zu Westdeutschland zeigt sich auch hier kein wesentlicher Unterschied.

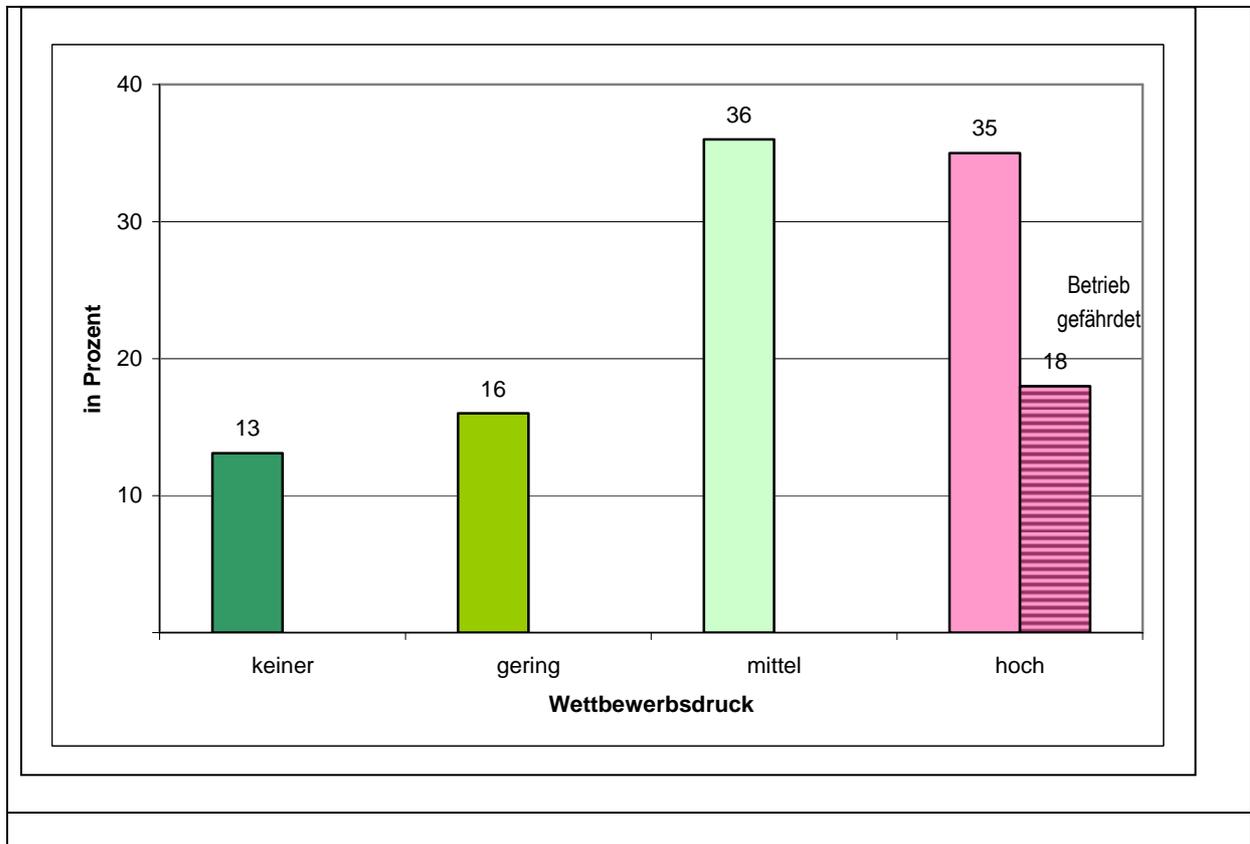
Tabelle 49: Ertragslage niedersächsischer Betriebe 2003 bis 2008, Basis: Betriebe mit Ertragsermittlung

Bereich	Beurteilung der Ertragslage					Gesamt- note
	sehr gut	gut	befriedi- gend	ausrei- chend	mangel- haft	
2003 Niedersachsen	3	15	34	26	22	3,5
2004 Niedersachsen	4	20	32	27	17	3,3
2005 Niedersachsen	3	25	36	22	14	3,2
2006 Niedersachsen	6	31	35	20	8	2,9
2007 Niedersachsen	4	31	35	20	10	3,0
2008 Niedersachsen	6	32	37	16	9	2,9
Verarbeitendes Gewerbe	5	29	25	31	10	3,1
Baugewerbe	1	27	44	15	13	3,1
Handel und Reparatur	4	28	38	20	10	3,0
Dienstleistungen	9	36	36	12	7	2,6
1-4 Erwerbstätige	3	28	39	17	13	3,0
5-19 Erwerbstätige	8	34	35	15	8	2,8
20-99 Erwerbstätige	9	40	30	16	5	2,6
100 und mehr	10	39	35	8	8	2,9
2008 Westdeutschland	7	30	37	18	8	2,9

Die Ertragslage der Betriebe ist negativ korreliert mit dem Wettbewerbsdruck, d.h. je höher der Wettbewerbsdruck, umso schlechter ist die Ertragslage. Knapp 30 Prozent der Betriebe berichten von keinem bzw. geringem Druck, während sich 36 Prozent mit einem mittleren und 35 Prozent mit einem hohen Wettbewerbsdruck konfrontiert sehen (Abbildung 9). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich in der subjektiven Wahrnehmung der Druck erhöht. Bei der letztgenannten Kategorie ist für über die Hälfte der

Betriebe der Wettbewerbsdruck so groß, dass sie die weitere Existenz ihres Betriebes als gefährdet ansehen.

Abbildung 9: Wettbewerbsdruck niedersächsischer Betriebe 2009; Basis: Alle Betriebe



5.3 Investitionen

Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe hängt u. a. vom technischen Stand der Anlagen ab. Mit modernen Anlagen lässt sich leichter die für Erfolg am Markt notwendige Flexibilität sicherstellen. Wie Tabelle 50 zeigt, sehen 21 Prozent der Betriebe ihre Anlagen auf dem neuesten Stand und 40 Prozent sagen dies mit gewissen Einschränkungen (Note 2 auf einer fünfteiligen Skala). Damit ist die Zufriedenheit der Betriebe mit ihren Anlagen im Vergleich zum Vorjahr sogar etwas gestiegen. Überproportional positiv schätzen die Dienstleistungsbetriebe ihre Anlagen ein. Eine eindeutig negative Einschätzung der Anlagen (Note 4) liegt nur bei 3 Prozent vor. Im Verarbeitenden Gewerbe sagen dies allerdings 5 Prozent. Die Einschätzungen unterscheiden sich nur geringfügig von der Vergleichsregion Westdeutschland. Bildet man Notendurchschnitte, ergibt sich für Niedersachsen wie für die Vergleichsregion

die Note 2,2. Die Modernität der Anlagen korrespondiert in etwa mit den Investitionsanstrengungen der Firmen im Vorjahr.

Tabelle 50: Technischer Stand der Anlagen und Investitionstätigkeit der niedersächsischen Betriebe 2009, Anteile in Prozent

Bereich	Die technischen Anlagen sind				
	auf dem neuesten Stand Note 1 Note 2	durchschnittlich Note 3 Note 4	völlig veraltet Note 5
2009 Westdeutschland	19	47	30	3	0
2009 Niedersachsen	21	40	36	3	0
darunter mit Investitionstätigkeit 2008	72	66	45	42	--

Tabelle 51: Investitionstätigkeit der niedersächsischen Betriebe in den Jahren 2005 bis 2008 nach Einsatzfeldern, Anteile in Prozent^{a)}

Bereich	Betriebe mit Inv. b)	Grundstücke, Gebäude		EDV, IuK-Technik		Produktionsanlagen, Betriebsausrüstung		Verkehrsmittel, Transportsysteme	
		b)	c)	b)	c)	b)	c)	b)	c)
2005 Niedersachsen	56	10	18	40	71	31	55	18	32
2006 Niedersachsen	52	9	17	36	68	30	56	18	34
2007 Niedersachsen	52	10	20	32	62	32	60	20	37
2008 Niedersachsen	59	12	21	40	68	38	64	17	29
Verarbeitendes Gewerbe	64	13	21	38	60	52	82	22	35
Baugewerbe	52	5	9	32	61	28	53	24	46
Handel und Reparatur	54	6	11	38	70	35	64	12	23
Dienstleistungen	61	13	22	44	73	37	61	17	28
Org. o.E., öff. Verwaltung	50	17	35	43	85	31	62	12	23
1-4 Erwerbstätige	50	11	20	35	73	30	60	11	22
5-19 Erwerbstätige	60	10	18	39	63	40	65	18	29
20-99 Erwerbstätige	79	19	25	53	68	51	66	29	40
100 und mehr	99	45	46	80	81	76	77	44	45
2008 Westdeutschland	54	9	16	32	59	34	62	16	30

a) Die Anteile nach Einsatzfeldern addieren sich nicht zu 100, da in mehreren Feldern investiert werden kann.

b) Anteil an allen Betrieben bzw. an allen Betrieben einer Kategorie in Prozent.

c) Anteil an Betrieben mit Investitionen bzw. allen Betrieben einer Kategorie mit Investitionen in Prozent.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2008 haben wie im Vorjahr insgesamt deutlich mehr als die Hälfte aller Betriebe (59 Prozent) Investitionen vorgenommen, was dem höchsten Wert der letzten 5 Jahre entspricht. Der Anteil der Betriebe mit Investitio-

nen nimmt dabei mit der Betriebsgröße deutlich zu. Besonders investitionsfreudig waren die Firmen im Verarbeitenden Gewerbe, während sich das Baugewerbe verhaltener zeigt. Schwerpunkte der Investitionstätigkeiten waren wie in den Vorjahren Investitionen in die EDV und in IuK-Technologien (68 Prozent der Betriebe mit Investitionen), gefolgt von Investitionen in Produktionsanlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung (64 Prozent), in Verkehrsmittel und Transportbetriebe (29 Prozent – deutlich weniger als im Vorjahr) sowie in Grundstücke und Gebäude (21 Prozent). Eine Differenzierung offenbart Gemeinsamkeiten wie Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen. Gemeinsam ist allen Branchen, dass jeweils mehr als die Hälfte der investierenden Betriebe dies in IuK-Technologien tut. Abweichungen zeigen sich in den anderen drei Investitionsfeldern, wo etwa 20 bis 30 Prozentpunkte Unterschied bestehen zwischen denen, die dem jeweiligen Bereich großes Gewicht zu messen, und ihren Gegenpolen.

Tabelle 52: Investitionsvolumen niedersächsischer Betriebe in den Jahren 2005 bis 2008, Basis: Betriebe mit Investitionen

Bereich	Investitionsvolumen			Anteil der Erweiterungsinvestitionen in Prozent
	Summe in Millionen €	Anteil in Prozent	Mittelwert in Tausend €	
2005 Niedersachsen	16.055	100	164	48
2006 Niedersachsen	16.995	100	187	47
2007 Niedersachsen	17.308	100	189	36
2008 Niedersachsen	21.730	100	210	35
Verarbeitendes Gewerbe ^{a)}	5.311	24	559	39
Baugewerbe ^{a)}	1.740	8	173	12
Handel und Reparatur ^{a)}	1.606	7	74	39
Dienstleistungen ^{a)}	7.421	34	143	30
Org. o.E., öff. Verwaltung ^{a)}	2.377	11	704	34
1-4 Erwerbstätige	2.107	10	60	59
5-19 Erwerbstätige	4.022	19	83	23
20-99 Erwerbstätige	6.488	30	390	34
100 und mehr	9.146	41	2.731	34
2008 Westdeutschland	176.204	100	203	38

a) Wegen fehlender Branchen addieren sich die Teilwerte nicht zu den Gesamtwerten.

Im Jahr 2008 investierten die niedersächsischen Betriebe insgesamt knapp 22 Milliarden Euro und im Durchschnitt 210.000 Euro (Tabelle 52). Sowohl die Investitionssumme insgesamt als auch der Wert pro Betrieb ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen, was erneut demonstriert, dass die niedersächsischen Betriebe im Jahr 2008 noch nicht von der Krise erfasst waren. Von den gesamten Investitionen entfielen 35 Prozent auf Erweiterungsinvestitionen.

Eine Differenzierung nach Branchen und Größenklassen zeigt wieder deutliche Unterschiede. So entfielen 24 Prozent des Investitionsvolumens auf das Verarbeitende Gewerbe, dessen Betriebe im Durchschnitt 559.000 Euro investierten, und nur 7 Prozent auf den Bereich Handel und Reparatur mit einer durchschnittlichen Investitionssumme von 74.000 Euro. Im Baugewerbe und im Bereich Organisationen ohne Erwerbscharakter und öffentliche Verwaltung ist eine bemerkenswerte Erhöhung der Investitionsausgaben gegenüber 2007 zu verzeichnen. Erweiterungsinvestitionen haben einen Anteil zwischen 12 und 39 Prozent; ihre Bedeutung ist gegenüber dem Vorjahr in etwa gleich geblieben und verharrt somit auf deutlich geringerem Niveau als noch in den Jahren 2005-2006.

Investitionen gelten als Frühindikator für die wirtschaftliche Entwicklung: Da sie zukunftsgerichtet sind, hängen sie in wesentlichem Maße von den Erwartungen der Unternehmen bzgl. der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung ab. Interessant ist es daher zu analysieren, inwieweit die 2009 schon präsente Wirtschaftskrise die Investitionspläne niedersächsischer Betriebe beeinflusst hat. Die Auswirkungen sind spürbar, wenngleich nicht dramatisch. Etwa ein Fünftel der niedersächsischen Betriebe gibt an, 2009 seine Investitionspläne geändert zu haben. Dabei ist bei 38 Prozent von ihnen die Wirtschaftskrise der ausschlaggebende Grund gewesen, wenngleich nur 42 Prozent aller Änderungen eine Reduzierung der Investitionstätigkeit bedeuten. In über einem Fünftel der Fälle sind die Investitionspläne sogar ausgeweitet worden.

Tabelle 53: Auswirkungen der Finanzkrise auf die Investitionstätigkeit, Anteile in Prozent

	Änderung der Investitionstätigkeit für das Jahr 2009	Änderung aufgrund der Finanzkrise	Art der Änderung	
			Investitionen zurückgestellt	Investitionsvolumen erhöht
2009 Niedersachsen	22	38	42	22
Verarbeitendes Gewerbe	21	52	58	10
Baugewerbe	26	29	51	23
Handel, Reparatur	22	41	37	14
Dienstleistungen	21	36	40	30
Org. o.E., öff. Verwaltung	19	35	14	0
1-4 Erwerbstätige	24	38	43	19
5-19 Erwerbstätige	18	30	39	28
20-99 Erwerbstätige	27	49	44	19
100 und mehr	27	69	55	4
Westdeutschland	14	53	57	14

Am stärksten ist das Verarbeitende Gewerbe von der Krise betroffen, wo über die Hälfte der Planänderungen aufgrund der Wirtschaftskrise erfolgt sind und in der Mehrzahl der Fälle eine Verringerung der Investitionstätigkeit bedeuten. Gemischter ist das Bild im Dienstleistungssektor, in dem nur etwas über einem Drittel der Planänderungen durch die Wirtschaftskrise bedingt sind und die Ausweitungen der Investitionspläne anteilmäßig fast einen Drittel der Änderungen ausmachen. In der Vergleichsregion Westdeutschland ist der Anteil der Betriebe, die 2009 ihre Investitionspläne ändern mussten, zwar geringer als in Niedersachsen, jedoch sind die Änderungen häufiger durch die Wirtschaftskrise bedingt und schlagen sich häufiger in eine Aufschiebung/Verringerung der Investitionspläne nieder.

Da die aktuelle Wirtschaftskrise im Finanzsektor ihren Ursprung hatte, wird häufig die restriktive Kreditvergabe der Banken als einer der Gründe für das Übergreifen der Krise auf die Realwirtschaft gesehen. Von den niedersächsischen Betrieben, die 2009 ihre Investitionspläne korrigieren mussten, geben 12 Prozent Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital bei Kreditinstituten als ausschlaggebenden Grund dafür an. In der Vergleichsregion Westdeutschland sind es sogar 21 Prozent.

Tabelle 54: Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital, Anteile in Prozent

	Betriebe mit Schwierigkeiten bei Beschaffung von Fremdkapital ^{a)}	Art der Schwierigkeiten ^{b)}			
		Kreditanträge wurden abgelehnt	Kreditvolumen wurden verringert	Bestehende Kredite wurden nicht verlängert	Kreditkosten wurden erhöht
2009 Niedersachsen	12	62	29	33	41
Verarbeitendes Gewerbe	7	5	41	--	37
Baugewerbe	16	74	--	--	26
Handel, Reparatur	17	68	92	65	92
Dienstleistungen	10	56	4	33	21
1-4 Erwerbstätige	12	100	40	70	40
5-19 Erwerbstätige	10	33	23	--	23
20-99 Erwerbstätige	15	29	14	9	77
100 und mehr EWT	26	36	17	11	27
2009 Westdeutschland	21	54	17	6	21

a) Anteile an allen Betrieben.

b) Anteile an Betrieben mit Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital. Anteile addieren sich nicht zu 100%, da Mehrfachnennungen möglich waren.

Der häufigste Grund für Schwierigkeiten war die generelle Ablehnung eines Kreditantrages, gefolgt von der Erhöhung der Kreditkosten. Eine eindeutige Abhängigkeit von

der Unternehmensgröße, die z.B. auf einen erschwerten Zugang zu Krediten für kleine Betriebe hindeuten würde, ist zwar nicht festzustellen, jedoch scheinen Betriebe bis zu 4 Mitarbeitern grundsätzlich mit der Kreditwürdigkeit zu kämpfen. Sämtliche befragte Betriebe, die ihre Investitionen aufschieben oder verringern mussten, nennen die Ablehnung von Kreditanträgen als einen der ausschlaggebenden Gründe und bei über zwei Dritteln von ihnen wurden bestehende Kredite nicht verlängert.

5.4 Innovationen

Die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit einer Region hängt maßgeblich vom Innovationsverhalten der Betriebe ab. Tabelle 55 gibt Auskunft über die Art und das Ausmaß von Produkt- und Prozessinnovationen in Niedersachsen 2008. Unter Produktinnovationen werden Weiterentwicklungen von Produkten, Sortimentserweiterungen sowie Marktneuheiten zusammengefasst. Weiterentwicklungen von Produkten fanden in 38 Prozent der Betriebe statt und machen den Großteil der Produktinnovationen aus. Sortimentserweiterungen wurden in 24 Prozent der Betriebe vorgenommen, Marktneuheiten gab es dagegen nur in wenigen Betrieben (8 Prozent). Niedersachsen steht damit aktuell sowohl im Vergleich mit früheren Jahren als auch mit Westdeutschland verhältnismäßig gut da.

Tabelle 55: Produkt- und Prozessinnovationen der Betriebe im Jahr 2008; Anteile der Betriebe in Prozent

Bereich	Produktentwicklung			Prozessentwicklung
	Weiterentwicklung von Produkten	Sortimentserweiterung	Marktneuheiten	
2005/6 Niedersachsen	36	26	11	16
2007 Niedersachsen	35	18	6	13
2008 Niedersachsen	38	24	8	15
Verarbeitendes Gewerbe	49	26	11	17
Baugewerbe	41	26	3	9
Handel und Reparatur	35	30	11	16
Dienstleistungen	40	24	8	16
Org. o.E., öff. Verwaltung	32	16	7	22
1-4 Erwerbstätige	33	18	5	10
5-19 Erwerbstätige	40	29	11	16
20-99 Erwerbstätige	51	29	8	26
100-499 Erwerbstätige	50	23	11	29
500 und mehr	63	43	19	41
2008 Westdeutschland	35	23	7	12

Eine Aufgliederung nach Branchen und Größenklassen zeigt einige Unterschiede. So sind Produktinnovationen in größeren Betrieben häufiger zu finden, aber auch bei den anderen Innovationstypen zeigt sich tendenziell eine positive Korrelation mit der Beschäftigtenzahl. Weiterentwicklungen sind überdurchschnittlich häufig im Verarbeitenden Gewerbe anzutreffen. Dem Produktangebot entsprechend sind Sortimentserweiterungen selten in der öffentlichen Verwaltung und in Organisationen ohne Erwerbszweck vorzufinden, auch Marktneuheiten gibt es hier kaum. Ähnlich ist die Situation im Baugewerbe. Für die betriebliche Beschäftigungsentwicklung spielt weiterhin eine Rolle, ob der Betrieb Verfahren entwickelt oder eingeführt hat, die den Produktionsprozess oder das Bereitstellen von Dienstleistungen merklich verbessern. Hier stehen die Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung (22 Prozent) sowohl im Branchenvergleich als auch im Vergleich mit Westdeutschland heraus.

Jeder fünfundzwanzigste Betrieb in Niedersachsen konnte im letzten Geschäftsjahr vor der Befragung geplante Innovationen nicht durchführen. Dies ist deutlicher weniger als 2006 und auch unter dem Vergleichswert für Westdeutschland. Als wesentliche Innovationshemmnisse sehen diese Betriebe hohe Investitionskosten (47 Prozent), hohes wirtschaftliches Risiko (38 Prozent) und die bereits besprochenen Probleme bei der Beschaffung von Fremdkapital (31 Prozent). Gegenüber 2006 haben alle drei Problemkategorien an Bedeutung gewonnen. Organisatorische Probleme, die vor zwei Jahren noch die Hauptursache waren, spielen 2008 eine weniger prominente Rolle (22 Prozent). Weitere Hemmnisse werden in Mangel an Fachpersonal (27 Prozent) und mangelnder Kundenakzeptanz (21 Prozent) gesehen.

Tabelle 56: Innovationshemmnisse in den niedersächsischen Betrieben 2006 und 2008; Anteile in Prozent

	Niedersachsen		Westdeutschland 2008
	2006	2008	
Innovationen geplant, aber nicht durchgeführt ^{a)}	7	4	5
Art der Hemmnisse ^{b)}			
Hohe Investitionskosten	33	47	49
Hohes wirtschaftliches Risiko	31	38	35
Probleme bei der Beschaffung von Fremdkapital	17	31	25
Organisatorische Probleme	39	22	18
Mangel an Fachpersonal	19	27	19
Mangelnde Kundenakzeptanz	10	21	11
Lange Genehmigungsverfahren	25	18	14

a) Basis: alle Betriebe

b) Basis: Betriebe, die Innovationen geplant, aber nicht durchgeführt haben

In Westdeutschland sind ebenfalls hohe Investitionskosten, hohes wirtschaftliches Risiko und Probleme bei der Beschaffung von Fremdkapital die Haupthemmnisse.

Dies deutet darauf hin, dass im Zuge der Wirtschaftskrise deutschlandweit die Probleme der Unternehmen in den schlechten Zukunftsaussichten und in der Kreditversorgung lagen.

Eine wichtige Determinante des Innovationsverhaltens sind Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in den Betrieben (Tabelle 57). Etwa 8 Prozent der Betriebe in Niedersachsen befassen sich mit Forschung und Entwicklung, ein Wert, der höher ist als 2007 und auch den der westdeutschen Vergleichsregion übersteigt. Misst man das Ausmaß der FuE-Anstrengungen aber durch den Anteil der Beschäftigten, die sich ausschließlich oder zeitweise mit FuE-Aktivitäten befassen, kehrt sich das Bild um, d.h. die aktuelle Zahl der Forscher und Entwickler in den FuE-Betrieben fällt relativ gering aus. Insgesamt ist damit das Bild uneindeutig (mehr Betriebe, weniger Personen pro Betrieb). Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass Forschung und Entwicklung in Westdeutschland eher großbetrieblich und in Niedersachsen eher in KMU stattfindet.

Tabelle 57: Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in den Betrieben, Anteile in Prozent bzw. Anzahl Beschäftigter pro Betrieb

	Niedersachsen		Westdeutschland 2009
	2007	2009	
Betrieb befasst sich mit FuE ^{a)}	5	8	5
Anzahl Beschäftigte/Betrieb ausschließlich FuE ^{b)}	5,9	4,2	7,0
Anzahl Beschäftigte/Betrieb zeitweise FuE ^{b)}	2,1	2,5	3,2
Keine Kooperation ^{b)}	22	14	18
Kooperation mit anderen Betrieben ^{b)}	57	53	43
Kooperation mit Universitäten/ Fachhochschulen ^{b)}	35	43	49
Kooperation mit externen Beratern ^{b)}	34	33	32

a) Basis: alle Betriebe

b) Basis: Betriebe, die FuE betreiben

Der Anteil der Betriebe, der auf Kooperation bei Forschung und Entwicklung ganz verzichtet, ist unter den niedersächsischen Betrieben aktuell relativ gering. Wichtigster Kooperationspartner sind andere Betriebe, gefolgt von Universitäten bzw. Fachhochschulen. Die Kooperationen mit Hochschulen haben gegenüber 2007 zugenommen, haben aber im westdeutschen Vergleich noch einen unterdurchschnittlichen Wert.

5.5 Öffentliche Förderung

Öffentliche Förderung wird sowohl für Investitionen und Sachausgaben als auch für Personalausgaben gewährt. Investitions- und Sachmittelzuschüsse erhielten 5 Prozent der Betriebe, wobei ein beträchtlicher Teil der Zuschüsse aus Mitteln des Bundes und der Europäischen Union stammt. Die durchschnittliche Fördersumme betrug mit 97.100 Euro deutlich mehr als bei der letzten Auswertung 2007. Das Gesamtvolumen der Subventionen belief sich auf 874 Millionen Euro und war damit ebenfalls klar höher als vor zwei Jahren (462 Mio. Euro), aber immer noch geringer als 2003. Auffallend ist zudem die starke Korrelation zwischen Betriebsgröße und Förderumfang: Kleinbetriebe nehmen Zuschüsse deutlich weniger in Anspruch als größere.

Bei einer Differenzierung nach Branchen fällt auf, dass die Bereiche Dienstleistungen sowie Öffentliche Verwaltung und Organisationen ohne Erwerbscharakter relativ viel und das Baugewerbe praktisch keine Förderung erhalten. Dies entspricht den Beobachtungen der Jahre 2004 und 2007, wo eine ähnliche Diskrepanz festgestellt wurde. In der Vergleichsregion zeigt sich ein ähnliches Bild: Der Anteil der geförderten Betriebe in Westdeutschland ist geringfügig niedriger, die durchschnittliche Fördersumme je Betrieb dafür etwas größer.

Tabelle 58: Niedersächsische Betriebe mit öffentlichen Zuschüssen 2009; Anteile in Prozent

Zuschüsse für...	Betriebe
Investitions- und Sachmittel	5
darunter	
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Wirtschaftsstr.“	0,2
Mittel aus Bonusprogrammen (DtA, KfW)	0,3
Mittel aus Landesprogrammen (z.B. Mittelstandsförderung)	0,7
Mittel aus Europäischen Förderprogrammen	1,2
Steuerliche Hilfen	--
Sachmittelzuschüsse	0,3
Lohn- und Gehaltskosten	10
darunter	
Zuschüsse für ABM-Beschäftigte	0,3
Zuschüsse für Arbeitsgelegenheiten Entgeltvariante	0,2
Zuschüsse für Ein-Euro-Jobs	0,8
Beschäftigungszuschuss	0,6
Einstiegsqualifikationen für Jugendliche	0,7
Praktika zur Berufsvorbereitung	3,6
Betriebliche Trainingsmaßnahmen	0,7
Eingliederungszuschuss	3,8
Ausbildungsbonus	0,3
Sonst. Unterstützung der betrieblichen Ausbildung	0,6
Förderung Weiterbildung	0,8

Auch bei den Zuschüssen für die Beschäftigung von Personen in Altersteilzeit, die im Durchschnitt von knapp jedem zwanzigsten Betrieb in Anspruch genommen wurden, zeigt sich eine starke Differenzierung nach Branchen und Größenklassen. Überproportional häufig werden Betriebe im Bereich Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung sowie Großbetriebe unterstützt, während auch hier das Baugewerbe und Kleinbetriebe nur selten begünstigt werden.

Programme zur Beschäftigungsförderung werden in etwa jedem zehnten Betrieb bezuschusst. Es handelt sich um einen Wert, der dem der Vergleichsregion Westdeutschland entspricht und deutlich unter dem des Jahres 2007 liegt, als sogar jeder sechste Betrieb unterstützt wurde. Dies könnte als nachlaufender Indikator für den konjunkturellen Verlauf der Vorjahre gedeutet werden, da staatliche Beschäftigungsförderungsprogramme immer eine gewisse Zeit brauchen, ehe sie von den Betrieben in Anspruch genommen und bewilligt werden. So könnte der hohe Wert 2007 vom Abschwung 2002-2005 beeinflusst sein, während der vergleichsweise geringe Anteil 2009 immer noch vom Aufschwung der Jahre 2006-2008 profitieren dürfte.

Auch im Falle der Beschäftigungsförderungsprogramme steigt die Wahrscheinlichkeit der Förderung mit der Betriebsgröße deutlich an. Am häufigsten werden Praktika zur Berufsvorbereitung öffentlich gefördert, wobei vor allem der Bereich Handel und Reparatur von diesem Programm Gebrauch macht. Eingliederungszuschüsse spielen vor allem im Baugewerbe eine große Rolle. Eine Sonderrolle nimmt die Förderung von 1-Euro-Jobs ein, da dieses Instrument im Wesentlichen nur von Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentlichen Betrieben genutzt werden kann. Durch alle Beschäftigungsförderungsprogramme zusammen werden ca. 64.600 Beschäftigte gefördert, also etwa 20.000 weniger als noch 2007. Dies entspricht einer durchschnittlichen Förderung von 3,4 Personen pro Betrieb. In Westdeutschland ist die Lage in praktisch allen Punkten sehr ähnlich.

5.6 Standortfaktoren

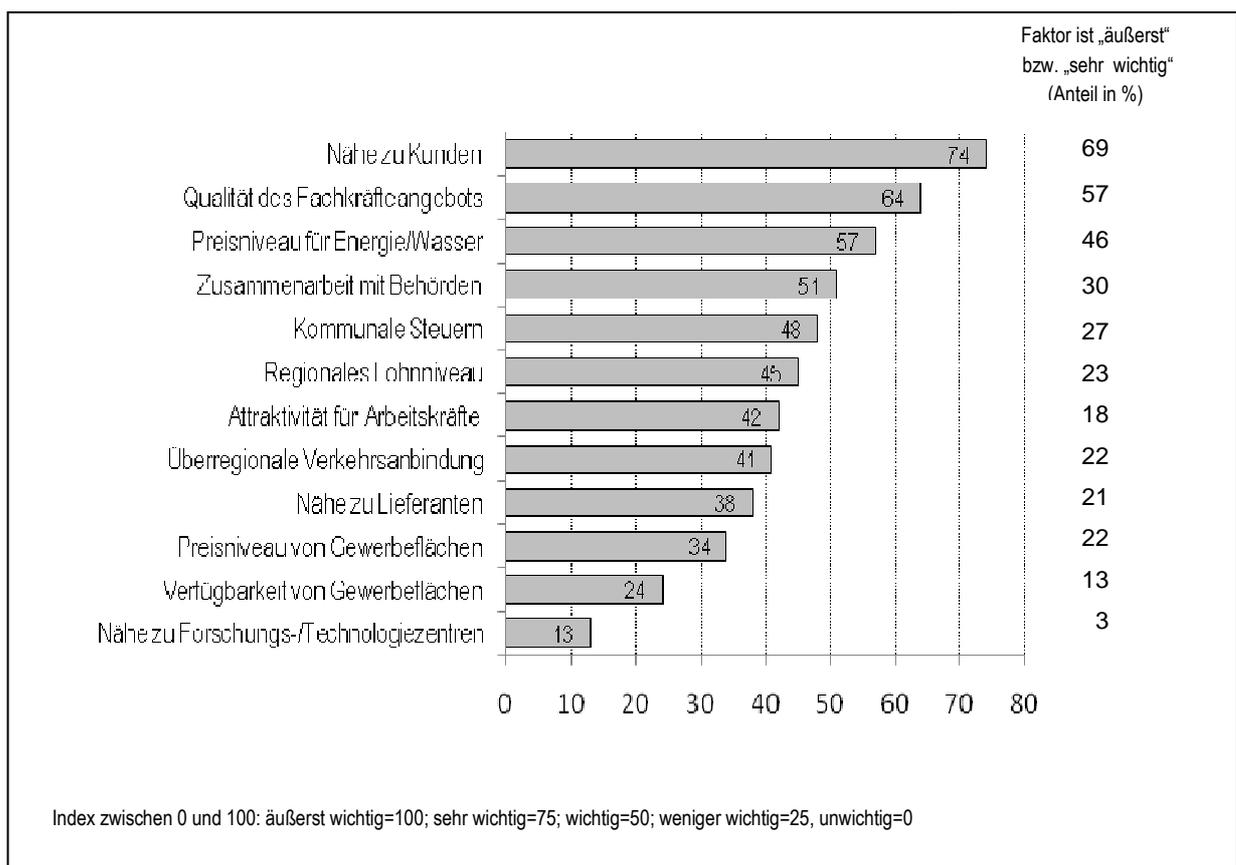
Die Bewertung von Standortfaktoren durch die Betriebe bildet einen weiteren Schwerpunkt der Betriebsbefragung 2009. Dabei werden vier Gruppen von Standortfaktoren mit folgenden Einzelfaktoren unterschieden:

- 1) Fachkräfte / Arbeitsmarkt:
 - a) Qualität des Fachkräfteangebots; b) Attraktivität für Arbeitskräfte.
- 2) Infrastruktur
 - a) überregionale Verkehrsanbindung; b) Verfügbarkeit von Gewerbeflächen.

- 3) Produktionsfaktorkosten / Steuern
 - a) regionales Lohnniveau; b) Preise der Gewerbeflächen und Mieten; c) Preise von Energie und Wasser; d) kommunale Steuern.
- 4) Wirtschaftsbeziehungen
 - a) Nähe zu Kunden; b) Nähe zu Lieferanten; c) Nähe zu Forschungs- und Technologiezentren; d) Zusammenarbeit mit Behörden.

Die Betriebe wurden zum einen gebeten, eine Einschätzung der Bedeutung dieser Standortfaktoren für ihren Betrieb vorzunehmen. Dabei konnten sie auf einer fünfteiligen Skala zwischen Urteilen von „unwichtig“ bis „äußerst wichtig“ wählen. Im zweiten Schritt sollten die Betriebe eine Bewertung vornehmen und sagen, wie ihr Standort im Hinblick auf die genannten Faktoren ausgestattet ist, wofür die Schulnoten von eins bis sechs vorgesehen waren. Die Ergebnisse sind in den nachfolgenden Abbildungen zusammengefasst.

Abbildung 10: Bedeutung der Standortfaktoren 2009 in niedersächsischen Betrieben der Privatwirtschaft ^{a)}, Indexwert

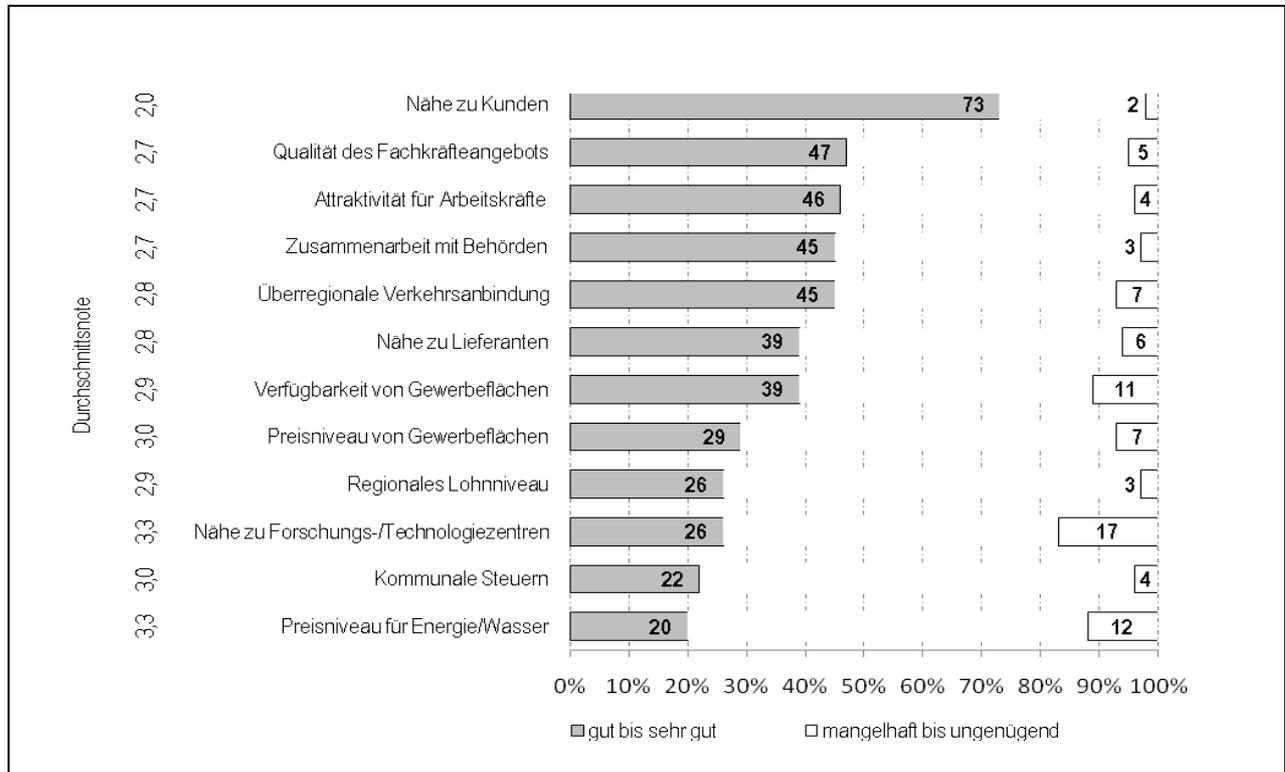


In Abbildung 10 ist aus den Urteilen zur Bedeutung der Faktoren ein Indikator gebildet worden, der zwischen 0 und 100 schwanken kann. Ein Wert von Null bedeutet, dass alle Firmen den Faktor für „unwichtig“ halten und ein Wert von 100 dementsprechend eine einhellige Einschätzung als „äußerst wichtig“. Als weitere Information ist eingetragen, welcher Anteil der Betriebe dem Faktor die höchsten beiden Bedeutungsstufen gegeben hat.

Wie man sieht, wird die Nähe zu Kunden als wichtigster Faktor eingeschätzt. Parallel kann man aus Abbildung 11 ersehen, dass ein hoher Anteil der Betriebe meint, dass ihr Standort diese Anforderung gut bis sehr gut erfüllt und nur ein kleiner Teil ihm die Note mangelhaft oder gar ungenügend gibt. Im Durchschnitt wird der Faktor mit 2,0 bewertet. Auch der nächst wichtige Standortfaktor, nämlich die Qualität des Fachkräfteangebots, wird mit dem Wert 2,7 noch als befriedigend angesehen. Die größte Diskrepanz zwischen der Bedeutung einerseits und der Bewertung andererseits tritt beim Preisniveau für Energie und Wasser auf (Index 57, Note 3,3), was angesichts der starken Energiepreissteigerungen in den letzten Jahren verständlich ist. Die Note hat sich allerdings gegenüber der letzten Auswertung 2006 um 0,3 verbessert.

Die kommunalen Steuern werden ähnlich eingeschätzt, d. h. einerseits als standortbedeutsam und andererseits nur von etwa einem Fünftel der Betriebe als gut oder sehr gut bewertet (Durchschnittsnote 3,0). Zwar wird dem Faktor Nähe zu Forschungs- und Technologiezentren die noch schlechtere Note 3,3 zugeteilt, aber dieser Faktor ist auch nur für 3 Prozent der Betriebe äußerst oder sehr wichtig. Das regionale Lohnniveau bekommt sowohl im Hinblick auf die Bedeutung wie die Bewertung Mittelplätze. Dagegen ist die als recht wichtig eingeschätzte Zufriedenheit bzgl. der Zusammenarbeit mit Behörden gegenüber 2006 gestiegen und rangiert mit einer Durchschnittsnote von 2,7 im oberen Drittel.

Abbildung 11: Bewertung der Standortfaktoren 2009 in niedersächsischen Betrieben der Privatwirtschaft ^{a)}



a) Betriebe, die ihr Geschäftsvolumen mit Umsatz, Bilanz- oder Beitragssumme messen.

Für den jeweils bedeutendsten Standortfaktor aus den vier Faktorgruppen wird in Tabelle 59 eine nach Branchen differenzierte Betrachtung vorgenommen. Dabei zeigt sich, dass sowohl die Bedeutung als auch die Bewertung variieren. Generell scheint der Bereich Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung „anspruchsvoller“ zu sein und misst jedem der vier Faktoren das mit Abstand größte Gewicht zu. Auffallend ist ansonsten die große Bedeutung, die der Nähe zu Kunden im Sektor Handel und Reparatur beigemessen wird. Dementsprechend erfolgte anscheinend die Standortwahl, da diese Betriebe ihren Standorten überdurchschnittlich gute Noten erteilen. Seinem Charakter entsprechend, schätzt dagegen das Verarbeitende Gewerbe die Qualität des Fachkräfteangebots als wichtigsten Standortfaktor ein. Die Vergleichsregion Westdeutschland fällt durch insgesamt etwas bessere Noten auf, unterscheidet sich aber ansonsten im Hinblick auf die Grundstruktur und die sektoralen Unterschiede kaum von Niedersachsen.

Tabelle 59: Bewertung und Bedeutung ausgewählter Standortfaktoren 2009 in niedersächsischen Betrieben der Privatwirtschaft ^{a)}

	Nähe zu Kunden		Qualität Fachkräfteangebot		Preisniveau Energie, Wasser		überregionale Verkehrsanbindung	
	Note	Bedeutung ^{b)}	Note	Bedeutung ^{b)}	Note	Bedeutung ^{b)}	Note	Bedeutung ^{b)}
2006 Niedersachsen	2,1	69	2,8	51	3,6	50	2,9	27
2009 Niedersachsen	2,0	69	2,7	57	3,3	46	2,8	22
Verarbeitendes Gewerbe	2,3	61	2,8	65	3,2	49	2,7	26
Baugewerbe	2,2	72	2,7	59	3,2	41	3,1	24
Handel und Reparatur	1,8	84	2,7	53	3,3	50	2,8	22
Dienstleistungen	2,0	67	2,7	60	3,3	41	2,7	23
Org. o.E., öffentliche Verwaltung	2,0	92	3,1	100	3,0	90	2,8	72
2009 Westdeutschland	2,0	61	2,5	57	3,1	35	2,6	24

a) Betriebe, die ihr Geschäftsvolumen mit Umsatz, Bilanz- oder Beitragssumme messen.

b) Anteil der Betriebe, die den Faktor als äußerst bzw. sehr wichtig ansehen.

c) Die Angaben sind wegen geringer Zahl von Interviews mit Vorsicht zu interpretieren.

5.7 Tarifbindung, übertarifliche Bezahlung, betriebliche Bündnisse, Kapital- und Gewinnbeteiligung

In der wissenschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Diskussion spielte die Entwicklung der Tarifbindung im vergangenen Jahr keine große Rolle. Ein wichtiger Grund dafür ist in der tiefen weltwirtschaftlichen Rezession zu sehen, die auch die exportabhängige deutsche Wirtschaft erfasst hat. Probleme der Beschäftigungsstabilisierung rückten ins Zentrum der Diskussion. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die wichtige Rolle, die der enormen Ausweitung der Kurzarbeit zukommt. Von Bedeutung ist weiter, dass die moderate Lohnentwicklung, die gerade auch von den Tarifvertragsparteien während der letzten Jahre getragen wurde, zu dieser Verlagerung der Diskussion beigetragen hat.

In Tabelle 60 werden die wesentlichen Informationen zur Tarifbindung dokumentiert. Betrachtet man zunächst die Entwicklung der Tarifbindung von Betrieben und der von ihr erfassten Beschäftigten, so zeigt sich im Vergleich mit dem Jahr 2008 eine Stabilisierung bei 36 Prozent (Vorjahr 35 Prozent) bei den Betrieben mit einem Branchentarifvertrag. Dies ist jedoch eine Stabilisierung auf einem niedrigen Niveau, wenn als Vergleich die ersten Jahre der Dekade herangezogen werden. Diese Aussagen gelten nicht nur für die Tarifbindung von Betrieben durch einen Branchentarifvertrag, sie lassen sich auch übertragen auf die der Erwerbstätigen. 60 Prozent aller Betriebe sind nicht tarifgebunden, von diesen orientieren sich 44 Prozent an Branchentarifverträgen. In diesen tarifungebundenen Betrieben arbeiten 35 Prozent der

Erwerbstätigen. Für 51 Prozent dieser Erwerbstätigen erfolgt eine Orientierung an Branchentarifverträgen. Die Angaben verdeutlichen weiter, dass größere Betriebe ohne Branchentarifbindung ihre Entgelt- und Arbeitszeitpolitik häufiger an Branchentarifverträgen ausrichten als kleinere Betriebe. Branchentarifverträge setzen mithin weiterhin lohn- und arbeitszeitpolitische Maßstäbe für den überwiegenden Teil der Beschäftigten.

Tabelle 60: Tarifbindung von Betrieben und Beschäftigten in Niedersachsen 2002 bis 2009; Anteile in Prozent

Bereich	Betriebe				Erwerbstätige			
	mit Bran- chen- tarif	mit Haus- tarif/ Firmen- tarif	ohne Tarif	davon mit Orien- tierung am Bran- chen- tarif	mit Bran- chen- tarif	mit Haus- tarif/ Firmen- tarif	ohne Tarif	davon mit Orien- tierung am Bran- chen- tarif
2003 Niedersachsen	46	3	51	39	61	13	26	53
2004 Niedersachsen	45	3	52	38	60	11	29	50
2005 Niedersachsen	39	4	57	39	56	12	32	49
2006 Niedersachsen	39	3	58	42	55	11	34	50
2007 Niedersachsen	37	4	59	44	50	12	38	53
2008 Niedersachsen	35	4	61	43	52	11	37	54
2009 Niedersachsen	36	4	60	44	53	12	35	51
Verarbeitendes Gewerbe	31	8	61	48	47	25	28	59
Baugewerbe	61	3	36	67	68	6	26	61
Handel und Reparatur	34	2	64	48	48	4	48	58
Dienstleistungen	29	4	67	36	47	11	42	45
Org. o. E., öffentliche Verwaltung	55	8	37	65	87	9	4	64
1-4 Erwerbstätige	29	1	70	39	36	0	64	43
5-19 Erwerbstätige	38	5	57	47	38	6	56	46
20-99 Erwerbstätige	46	11	43	50	49	10	41	54
100-499 Erwerbstätige	63	15	22	62	64	15	21	60
500 und mehr	88	7	5	85	73	23	4	86
2009 Westdeutschland	35	3	61	40				

Die Differenzierung nach Branchen zeigt zunächst, dass das Baugewerbe seine Sonderstellung als der Sektor mit dem höchsten Tarifbindungsgrad beibehalten hat. Wie in den Vorjahren weist auch der Bereich Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentliche Verwaltung einen weit überdurchschnittlichen Bindungsgrad auf. Niedersachsen wie auch Deutschland liegen damit im internationalen Trend. Der Erfassungsgrad von Tarifverträgen sowie auch der gewerkschaftliche Organisations-

grad sind im Öffentlichen Sektor hoch, stabil und nehmen tendenziell eher zu, wohingegen sie im marktwirtschaftlichen Bereich eher abnehmen oder stagnieren.

Die Aufschlüsselung nach Betriebsgrößenklassen verdeutlicht, dass der Bindungsgrad von Betrieben durch Branchentarifverträge im Vergleich zum Vorjahr sowohl in der kleinsten Klasse als auch in den beiden größten Klassen zugenommen hat. Der Zuwachs in der kleinsten Klasse lässt sich u.U. dadurch erklären, dass im Verlauf der Rezession tarifgebundene Betriebe der Größenklasse mit 5-19 Beschäftigten, die ihren Personalbestand verringert haben, sich in diesem Jahr in der nächstniedrigeren Klasse befinden. Der wenn auch leichte Anstieg der Tarifbindung in den beiden oberen Größenklassen bestätigt die bereits im Vorjahr festgestellte Attraktivität dieses Lohnsetzungsregimes für größere Betriebe. Gründe hierfür könnten zum einen die zunehmende Verankerung von Öffnungsklauseln in Tarifverträgen sein, zum anderen könnten die moderaten Tariflohnabschlüsse der letzten Jahre die Anziehungskraft von Branchentarifverträgen verbessert haben. Insgesamt verläuft die niedersächsische Entwicklung der Tarifbindung in etwa analog zur Referenzregion Westdeutschland.

Sieht man von tarifvertraglichen Öffnungsklauseln und ihren betrieblichen Umsetzungen ab, können tarifliche Regelungen im Entgeltbereich nicht unterschritten werden. Betriebe zahlen jedoch häufig übertarifliche Entgelte. Im Vorjahresbericht (S. 96) wurden bereits einige Gründe für diese betriebliche Entlohnungspolitik genannt. Weiterhin ist verstärkt darauf hinzuweisen, dass Betriebsräte im Zusammenspiel mit der zuständigen Gewerkschaft ihren innerbetrieblichen Verhandlungsspielraum auch für Lohnzuschläge nutzen können.

Tabelle 61 zeigt, dass der Anteil der Betriebe, die übertariflich entlohnen, im Vergleich zum Vorjahr marginal gefallen ist. Dies kann mit der rezessiven Entwicklung zusammenhängen. Der Anteil der Beschäftigten, die Lohnzuschläge erhalten ist hingegen leicht gestiegen. Insgesamt sind die Betriebs- und Beschäftigtenanteile in den beiden Jahren 2008 und 2009 auffällig stabil. Sie deuten jedoch darauf hin, dass größere Betriebe auch in rezessiven Phasen übertariflich entlohnen. Dies wird damit zusammenhängen, dass diese Betriebe erstens auf eine stärkere, mit Lohnkonzessionen verbundene Ausdifferenzierung der tariflichen Lohnstruktur angewiesen sind. Zweitens sind höhere Löhne und Beförderungen als Anreizinstrumente zur Stärkung der Leistungsmotivation in größeren Betrieben wichtiger als in kleineren. Und drittens weisen erstere höhere gewerkschaftliche Organisationsgrade auf, was die Verhandlungsposition der Betriebsräte stärken wird.

Auffällig ist, dass bei Lohnzuschlägen bis 5 Prozent die Betriebs- und Beschäftigtenanteile gegenüber dem Vorjahr kräftig gefallen sind. Bei einer übertariflichen Entlohnung in der Bandbreite zwischen 5 und 10 Prozent ist ein deutlicher Anstieg bei bei-

den Anteilen erkennbar. Bei hohen Zuschlägen (über 10 Prozent) ist der Betriebsanteil konstant, während der Erwerbstätigenanteil um 3 Prozentpunkte gewachsen ist. Da insbesondere größere und ertragsstärkere Betriebe höhere übertarifliche Zuschläge zahlen, resultiert daraus eine verstärkte Lohnspreizung. Der Beschäftigungsbetrieb gewinnt folglich im Zeitablauf für die Entlohnung an Bedeutung. Erwerbstätige mit vergleichbaren Qualifikationen und Berufen erhalten eine zunehmend unterschiedliche Entlohnung in Abhängigkeit von dem Betrieb, in dem sie beschäftigt sind.

Tabelle 61: Übertarifliche Bezahlung nach Betrieben und Erwerbstätigen in Niedersachsen 2006, 2008 und 2009; Anteile in Prozent

	Betriebe			Erwerbstätige		
	2006	2008	2009	2006	2008	2009
Tarifgebundene Betriebe	100	100	100	100	100	100
übertariflich zahlend	34	31	30	45	38	39
alle	100	100	100	100	100	100
bis 5 %	32	42	38	31	44	21
über 5 bis 10 %	53	37	41	39	25	45
über 10 %	15	21	21	30	31	34

In den Berichten „Beschäftigungstrends für Niedersachsen“ für die Jahre 2006 und 2008 wurde ausführlicher auf Vereinbarungen zur Beschäftigung- und Standortsicherung (Bündnisse für Arbeit, Öffnungsklauseln) eingegangen. In den Panelerhebungen dieser Jahre wurden dazu detaillierte Informationen erhoben. Bündnisse für Arbeit mit Regelungen in den Bereichen Entlohnung und Arbeitszeit, die für die Beschäftigten ungünstiger sind als die tariflichen Vorgaben, sind tarifrechtlich nur dann möglich, wenn die Tarifverträge entsprechende Öffnungsklauseln enthalten. Tarifverträge gewinnen damit Flexibilität und erleichtern es den Betrieben, wirtschaftlich schwierige Perioden zu überwinden.

Wie auch in den Berichten für die Jahre 2006 und 2008 verzichten wir auf eine Hochrechnung und präsentieren stattdessen die Stichprobenergebnisse. Die Gründe für diese Abweichung von der ansonsten gewählten Vorgehensweise wurden in den vorangehenden Berichten dargelegt. Entgegen plausiblen Erwartungen ist die Anzahl sowie der Prozentsatz der Betriebe, die Bündnisse vereinbart haben, im Jahr 2009 verglichen mit den Jahren 2006 und 2008 leicht rückläufig, wie aus der Tabelle 62 ersichtlich. Offensichtlich verhält es sich so, dass Betriebe auf den ausgeprägten gegenwärtigen konjunkturellen Rückgang vor allem das arbeitsmarktpolitische Instrument der Kurzarbeit zur Beschäftigungsstabilisierung nutzen. Wie die Literatur belegt sind Vereinbarungen zur Beschäftigungs- und Standortsicherung häufig längerfristig angelegt und setzen einen längeren innerbetrieblichen Verhandlungspro-

zess zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat voraus und bedürfen zudem einer Zustimmung durch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Sie sind aus diesen Gründen für die betriebliche Absicherung in Zeiten eines schnellen und turbulenten wirtschaftlichen Einbruchs weniger geeignet.

Tabelle 62: Häufigkeit von Vereinbarungen zur Beschäftigungs- bzw. Standortsicherung in Niedersachsen 2009, Basis: Betriebe der Stichprobe

	N	Beschäftigungssicherung				weiß nicht absolut
		ja		nein		
		absolut	in %	absolut	in %	
Niedersachsen 2006	1.041	95	9	945	90	1
Niedersachsen 2008	1.040	96	9	937	91	5
Niedersachsen 2009	1.075	87	8	947	88	41
Betriebe mit Branchentarifvertrag	512	60	12	436	85	16
Betriebe mit Haustarifvertrag	101	14	14	85	84	2
Betriebe ohne Tarifbindung	462	13	3	426	92	23
Betriebe mit Betriebsrat/Personalrat	405	79	20	318	79	8
Betriebe m. anderer Form der Mitbestimmung	160	20	13	137	86	3
Betriebe ohne Mitbestimmung	565	1	--	537	95	27
Verarbeitendes Gewerbe	249	41	16	202	81	6
Baugewerbe	76	--	--	72	95	4
Handel und Reparatur	161	5	3	151	94	5
Dienstleistungen	457	34	7	403	88	20
öff. Verwaltung und Org. o. Erwerbs.	83	4	5	75	90	4
private Wirtschaft	910	77	8	799	88	34
öff. Wirtschaft + Org.o.Erwerbszw. ^{a)}	168	10	6	151	90	7
1 bis 4 Erwerbstätige	169	1	1	156	92	12
5 bis 19 Erwerbstätige	288	6	2	266	92	16
20 bis 99 Erwerbstätige	322	24	7	293	91	5
100 bis 499 Erwerbstätige	227	41	18	181	80	5
500 und mehr	72	15	21	54	75	3

a) Betriebe die ihr Geschäftsvolumen mit einem Haushalt messen.

Erwartungsgemäß werden betriebliche Bündnisse ganz überwiegend in Betrieben mit tariflicher Bindung vereinbart. Sie dominieren in Betrieben mit einem Betriebs- oder Personalrat. Offensichtlich sind diese Vertretungsorgane der Belegschaften mit ihren fachlichen Kompetenzen eine wichtige Voraussetzung für diese Vereinbarungen. Geht es dabei doch um Vertrauen zwischen den beiden Betriebsparteien sowie um das Aushandeln von Vertragselementen auf der Grundlage von Reziprozität, die einerseits den Betrieb stabilisieren und andererseits in einer günstigeren wirtschaftlichen Lage auch für die Belegschaft von Vorteil sind. Als ein Beispiel lässt sich anfüh-

ren, dass eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich mit einer Gewinnbeteiligung der Belegschaft kombiniert werden kann.

Betriebliche Bündnisse sind überproportional häufig im Verarbeitenden Gewerbe. Auch in diesem Bereich ist jedoch ein leichter Rückgang, verglichen mit dem Jahr 2008, festzustellen. In Kleinbetrieben spielen Bündnisse für Arbeit keine Rolle, besonders häufig sind sie in Großbetrieben vertreten. Allerdings ist auch in dieser Betriebsgrößenklasse ein Rückgang im Vergleich zu 2008 festzustellen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Lohnsetzung in Niedersachsen in den letzten Jahren flexibler geworden ist. Die tarifliche Lohnsetzung ist im Bereich kleinerer Betriebe schwach ausgeprägt und verliert weiter an Bedeutung. Größere Betriebe sind weiter ganz überwiegend tarifgebunden, mit einem stabilen, eher noch leicht zunehmenden Tarifbindungsgrad. Sie kombinieren die Tarifbindung jedoch häufiger mit Vereinbarungen zur Beschäftigungs- und Standortsicherung.

Die wirtschafts- und finanzpolitische Diskussion greift das Thema einer Kapital- und Gewinnbeteiligung von Mitarbeitern in unregelmäßigen Abständen auf. Die Argumente, die im Zusammenhang mit der jeweiligen wirtschaftspolitischen Situation variieren, beziehen sich dabei auf die Verteilungsgerechtigkeit, die Flexibilitäts-, Beschäftigungs- und Produktivitätseffekte sowie die Risikoteilung. In der augenblicklichen Wirtschafts- und Finanzkrise steht das Argument der Verteilungsgerechtigkeit im Vordergrund. So hat auch die IG Metall, die einer Beteiligung von Mitarbeitern bislang skeptisch gegenüberstand, ihre Position revidiert und setzt sich für eine Stärkung der Mitarbeiterbeteiligung sowie die Entwicklung einer neuen Beteiligungskultur ein. Zudem ist die staatliche Förderung der Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland im vergangenen Jahr ausgeweitet worden.

Tabelle 63 informiert über die Verbreitung von Kapital- und Gewinnbeteiligungsmodellen. In Niedersachsen verfügten im Jahr 2009 2 Prozent der Betriebe über eine Kapitalbeteiligung, während 8 Prozent eine Gewinnbeteiligung eingeführt hatten. Diese Anteile sind seit 2001 annähernd konstant. Die im Vergleich zur Kapitalbeteiligung weitere Verbreitung der Gewinnbeteiligung lässt sich auch damit erklären, dass von ihr eine stärkere Anreiz- und Motivationswirkung für die Mitarbeiter ausgeht. Zudem vermeidet eine Gewinnbeteiligung Risiken, die mit einer Kapitalbeteiligung im Beschäftigungsbetrieb verbunden sind. Bei einer betrieblichen Krise können sowohl der Arbeitsplatz als auch das Beteiligungskapital der Mitarbeiter gefährdet sein. Der Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit einer Kapitalbeteiligung beträgt im Durchschnitt 82 Prozent, während in Betrieben mit einer Gewinnbeteiligung etwa 69 Prozent der Belegschaft an den Erträgen partizipieren. Offensichtlich wird eine Gewinnbeteiligung gezielter als eine Kapitalbeteiligung für die Mitarbeiter angeboten, deren Arbeitsmotivation stimuliert werden soll.

Tabelle 63: Betriebe mit Kapital- und Gewinnbeteiligung in Niedersachsen 2001, 2005, 2007 und 2009; Anteile in Prozent

Bereich	Anteile in Prozent	
	Kapitalbeteiligung	Gewinnbeteiligung
Niedersachsen 2001 Betriebe mit	3	6
Niedersachsen 2005 Betriebe mit	2	9
Niedersachsen 2007 Betriebe mit	2	8
Niedersachsen 2009 Betriebe mit	2	8
Beschäftigte mit	3	16
Beschäftigte in Betrieben mit	82	69
Verarbeitendes Gewerbe	1	10
Baugewerbe	–	2
Handel und Reparatur	3	9
Dienstleistungen	2	10
Org. o. E., öffentliche Verwaltung	–	–
1-4 Erwerbstätige	2	7
5-19 Erwerbstätige	1	7
20-99 Erwerbstätige	3	14
100-499 Erwerbstätige	3	24
500 und mehr	6	33
Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, GmbH & Co.KG)	2	5
übrige Rechtsformen	–	3
2009 Westdeutschland	1	9

Die Nutzungshäufigkeit von Beteiligungsmodellen nimmt mit der Betriebsgröße deutlich zu. 6 Prozent der Großbetriebe verfügen über eine Kapital- und 33 Prozent über eine Gewinnbeteiligung. Der letzte Wert deutet darauf hin, dass Motivations- und Anreizprobleme in Großbetrieben stärker ausgeprägt sind und eine Gewinnbeteiligung zur Lösung dieser Probleme beitragen soll. Die Differenzierung nach Branchen ergibt, dass Gewinnbeteiligungsmodelle im Baugewerbe sowie in Organisationen ohne Erwerbscharakter kaum, beziehungsweise überhaupt nicht existieren und in den übrigen Branchen etwa in gleicher Stärke vertreten sind.

Insgesamt zeigt sich, dass auch das in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise wieder erwachte Interesse an einer Mitarbeiterbeteiligung nicht zu einer stärkeren Nutzung dieses arbeitsmarktpolitischen Instruments geführt hat.